



Juso-Landeskonferenz

11./12. April 2015

Bad Fallingbostal

Beschlussbuch

Inhalt

| | |
|---|----|
| Ini01 Initiativantrag „Lernfabriken...meutern!“ | 5 |
| Ini02 Schutz der ärztlichen Schweigepflicht..... | 5 |
| Ini03 Initiativantrag: Resolution – Solidarität mit allen AktivistInnen gegen Rechts! | 6 |
| Ini04 Sofortiger Winterabschiebestopp für besonders schutzbedürftige Minderheiten in Niedersachsen..... | 7 |
| AP Arbeitsprogramm 2015-2017 | 8 |
| A1 Maßnahmen zur Eindämmung der geringfügigen Beschäftigung..... | 21 |
| A2 Maßnahmen zur Bagatell- und Verdachtskündigung | 21 |
| A3 ArbeitnehmerInnenrechte für alle Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen..... | 21 |
| B1 Kostenloses Mittagessen in Ganztagschulen | 22 |
| B2 Gemeinsam verantwortlich handeln – Initiative für einen flächendeckenden religionsübergreifenden Ethikunterricht an Grundschulen | 22 |
| B3 Entlastung von jungen Menschen in der Ausbildung..... | 22 |
| B4 Das moderne BaföG - Anerkennung von Ehrenamt..... | 23 |
| B5 Änderung des BAföGs..... | 23 |
| B6 Bereitstellung eines zinsfreien Darlehens für Studierende ohne BaföG-Anspruch..... | 24 |
| B7 Bezahlung von Lehrkräften in Niedersachsen | 24 |
| B8 Master Lehramt..... | 24 |
| B9 Antrag zur landesweiten Aufhebung von „Handyverboten“ an weiterführenden Schulen | 24 |
| B10 Niedersächsische Studienseminare weiterentwickeln | 25 |
| B11 Allgemeines Vertrags- und Versicherungswesen als Unterrichtsfach | 27 |
| B12 Inklusion an den niedersächsischen Schulen umfassend ermöglichen..... | 27 |
| B13 Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland stärken | 28 |
| FG1 Gesetzliche Frauenquote in Medizin und Wissenschaft | 29 |
| FG2 Einheitliche und sichere Finanzierung von Krankenhäusern..... | 29 |
| FG3 Für ein Recht auf reproduktive Selbstbestimmung: Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen | 29 |

| | |
|--|----|
| F1 Länderfinanzausgleich sozial gestalten – Solidarpakt initialisieren | 31 |
| F2 Wettbürosteuer | 34 |
| F3 Steuerhinterziehung härter und wirksamer bestrafen! | 36 |
| F4 Keine Steuern auf den Cayman Islands sparen – VW Flugzeugflotte in Deutschland registrieren! | 37 |
| F5 Umwandlung des Solidaritätszuschlags in eine Kommunalförderung | 37 |
| F6 Einschränkung der Spekulation auf Grundnahrungsmittel | 38 |
| F7 Was habt ihr eigentlich gegen Chlorhühner? Für eine differenzierte und sachliche Kritik am geplanten Freihandelsabkommen TTIP | 38 |
| F8 Wirtschaft strukturell steuern..... | 41 |
| I1 Atomwaffen – Nein danke..... | 46 |
| I2 Internationale Ächtung der Todesstrafe! | 46 |
| I3 Dem Rechtsruck in der Europäischen Union entschieden entgegenwirken! | 46 |
| I4 Pro Asyl gegen Eurosur | 51 |
| I5 Resolution: Echte Hilfe für die Flüchtlinge des „IS“ Terrors - humanitäre Katastrophe verhindern! | 55 |
| I6 Überprüfung PKK-Verbot! | 55 |
| I7 Verstaatlichung der deutschen Kriegswaffenindustrie | 55 |
| I8 Neue diplomatische Ausrichtung der EU und der NATO | 55 |
| I9 Informations- und Vetorecht für den Bundestag vor Waffenexporten | 56 |
| I10 Wirtschaftsprofit vor Menschenrecht? Nicht mit uns..... | 56 |
| I11 Verantwortung wahrnehmen – Schutz bieten | 56 |
| I12 Als hätten wir eine Wahl gehabt – Europäisches Wahlsystem weiterentwickeln | 57 |
| IR1 Resolution zu PEGIDA | 59 |
| IR2 Streaming als gesetzlich zulässig erklären | 60 |
| IR3 Dann lieber nackt! - Verbot von Kleidung der Marke "Thor Steinar" in Stadien! | 60 |
| IR4 Wiederaufnahme der systematischen Blindgängersuche und Beteiligung des Bundes!... | 61 |
| IR5 Gegen Radikalnationalismus in der SPD – Unvereinbarkeit mit den Grauen Wolfen | 61 |

| | |
|---|----|
| IR6 Resettlement-Programm des UNHCR ausweiten | 61 |
| IR7 Generalunternehmen sind auch für Missstände bei Subunternehmen verantwortlich!..... | 62 |
| IR8 Gibt es das auch auf Deutsch? – Programme kürzer und verständlicher gestalten..... | 62 |
| IR9 Abschaffung der Berittenen Polizei | 62 |
| IR10 Einwanderungspolitik reformieren..... | 62 |
| IR11 Gegen ein „Familienwahlrecht“ | 63 |
| IR12 Racial Profiling stoppen | 64 |
| IR14 Schutz der sexuellen Identität | 64 |
| IR15 Antrag zur Sicherungsverwahrung..... | 64 |
| IR16 Vorratsdatenspeicherung weiterhin ablehnen - kein Zurückfallen in alte Reflexe!..... | 65 |
| IR17 Antrag zur Ablehnung verstärkter Videoüberwachung | 65 |
| IR18 IR20 IR21 (Fusion) Grundsätze der Asylpolitik in Niedersachsen..... | 65 |
| IR19 Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften..... | 71 |
| IR22 Resolution: Kein Frieden mit den Friedenswinter - gegen Antisemitismus, Querfront und völkisches Gedankengut..... | 71 |
| IR23 Keine Nachtabschiebung in Niedersachsen, wirklich keine! | 73 |
| IR24 Alternative für Deutschland entlarven – Zum kritischen Umgang mit der AfD..... | 75 |
| IR25 Inkonsequenzen beim Hundeführerschein beseitigen | 79 |
| O1 Internationalismus leben – deutschnationale Symbole überwinden..... | 81 |
| Soz1 Vertretbare Arbeitsbedingungen im Gesundheitssystem und Pflegebereich | 82 |
| Soz2 Jugendhilfesystem an die Herausforderungen der heutigen Zeit anpassen..... | 83 |
| Soz3 Rassismus in der Medizin bekämpfen..... | 83 |
| Soz4 Jeder Mensch ist gleich viel wert — egal woher er_sie kommt! | 83 |
| Soz5 Eingliederung eines anonymen Bewerbungsverfahrens im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)..... | 84 |
| Soz6 Unser Umgang mit Antisemitismus | 85 |
| Soz7 Obdachlosigkeit Erfassen..... | 88 |
| Soz8 Fortschrittliche Familienpolitik. Elterngerecht - kindergerecht – geschlechtergerecht .. | 89 |

| | |
|--|-----|
| Soz9 Faire Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen..... | 91 |
| Soz10 „Du hast sie doch nicht mehr alle!“ - Gesellschaftlicher Stigmatisierung entgegenwirken und Versorgung psychisch erkrankter Menschen verbessern! | 91 |
| Soz11 Abschaffung familienpolitischer Transferleistungen | 93 |
| Soz12 Öffnung der Ehe für homosexuelle Menschen..... | 93 |
| S1 Rundfunkgebühr..... | 94 |
| S2 Haftpflichtversicherung als Pflichtversicherung..... | 94 |
| S3 Abschaffung Sommerzeit..... | 94 |
| S4 Kinder- und Jugendbeteiligung überregional stärken | 95 |
| S5 Mehr Transparenz innerhalb des Informationskapitalismus | 99 |
| S6 Befreiung von Menschen mit Behinderung vom ARD/ZDF Beitragsservice | 99 |
| U1 Landwirtschaftspolitik überdenken | 100 |
| U2 Schutz der Bienen..... | 101 |
| U3 Fischbestände | 102 |
| U4 Uns und der Welt geht der Phosphor aus | 102 |
| U5 Förderung erneuerbarer Energien..... | 102 |
| U6 Wildtiere raus aus dem Zirkus..... | 103 |
| U7 Biosprit | 103 |
| U8 Ablehnung von Fracking | 103 |
| U9 Einführung eines Umweltgesetzbuchs (UGB) – der Grundstein für ein praktikables und ganzheitliches Umweltrecht | 105 |
| U10 Abschaffung der Kastenstände und Kettenhaltung in der Tierzucht..... | 105 |
| U11 Energiewende unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten weiterentwickeln | 105 |
| U12 Bezahlbarer Strom ist wichtig | 107 |
| V1 Stadt, Land, Fluss - Niedersachsen im verkehrspolitischen Spannungsfeld | 108 |

Ini01 Initiativantrag „Lernfabriken...meutern!“

Die Jusos Niedersachsen schließen sich dem Aufruf des Bündnisses „Lernfabriken...meutern!“ an.

Angenommen

Ini02 Schutz der ärztlichen Schweigepflicht

Die ärztliche Schweigepflicht ist ein wichtiges Rechtsgut, welches die Privatsphäre von PatientInnen schützt und das gerade bei psychischen Erkrankungen essentielle Vertrauensverhältnis zwischen ÄrztInnen und PatientInnen erst ermöglicht. Daher ist es aus unserer Sicht unverantwortlich, dass einige PolitikerInnen, insbesondere der Union, das aktuelle Unglück um den Absturz des Fluges 4U9525 dazu nutzen, eine Lockerung der Schweigepflicht und somit eine weitreichende Einschränkung der PatientInnenrechte zu fordern. Diese Forderung stellt nicht nur eine massive Stigmatisierung von Menschen mit psychischen Problemen dar sondern dürfte auch dazu führen, dass gerade Menschen in Hochsicherheitsberufen sich gar nicht mehr trauen, ärztliche oder psychologische Hilfe in Anspruch zu nehmen, da sie sofort um ihren Job fürchten müssen.

Darüber hinaus ignorieren solche populistischen Forderungen vollkommen die tatsächlich bestehende Rechtslage, welche durchaus Ausnahmen zur Schweigepflicht zulässt, z.B. bei meldepflichtigen Infektionskrankheiten. Hinzu kommen Fälle, in denen ein rechtfertigender Notstand (§34 StGB) es zulässt eine Güterabwägung vorzunehmen, z.B. in Fällen von elterlicher Kindesmisshandlung bzw. Kindesvernachlässigung. Bei Verdacht auf Selbst-/Fremdgefährdung ist eine solche Güterabwägung ebenfalls möglich, bei Verdacht auf eine konkret bevorstehende Tat besteht seitens der behandelnden ÄrztInnen sogar eine Meldepflicht (mit Haftungseinschränkungen, vgl. §§138/139 StGB). Die bestehenden Regelungen sind also völlig ausreichend, um bei konkreten Gefährdungshinweisen entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Eine weitere Lockerung dieser Regelung oder ebenfalls geforderte Maßnahmen wie häufige Kontrolluntersuchung oder schlimmstenfalls sogar Berufsverbote für Menschen mit Depressionen sind unserer Auffassung nach billiger Aktionismus, der lediglich eine weitere Stigmatisierung psychisch erkrankter Personen zur Folge haben wird.

Aus diesem Grund schließen die Jusos Niedersachsen sich den Forderungen der Präsidenten von Bundesärztekammer und Bundespsychotherapeutenkammer sowie der Bundesdatenschutzbeauftragten an, an der jetzigen Regelung zur ärztlichen Schweigepflicht festzuhalten und weitere populistische Forderungen energisch zu bekämpfen. Im Falle anderslautender Gesetzesinitiativen rufen wir alle PolitikerInnen der SPD auf, sich energisch gegen diese zu stellen.

Angenommen und zur Kenntnisnahme an die Niedersächsische Landtagsfraktion weitergeleitet

Ini03 Initiativantrag: Resolution – Solidarität mit allen AktivistInnen gegen Rechts!

Die Jusos Niedersachsen stehen entschlossen im Kampf gegen Rechts. Wir sehen es als unsere Pflicht, für die Emanzipierung aller Menschen zu kämpfen. Wir machen keinen Unterschied, welche Herkunft, welches Geschlecht, welche Religion oder welche sexuelle Identität ein Mensch hat.

Wir sehen uns in der Tradition der Genossinnen und Genossen, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben riskiert und verloren haben. In Gedenken an diese Genossinnen und Genossen tragen wir den Kampf weiter.

Als freier, internationalistischer, feministischer und antifaschistischer Verband, ist es unsere Pflicht immer wieder gegen menschenverachtende Ideologien auf die Straße zu gehen.

Die jüngsten Anfeindungen durch die AfD und ihre AnhängerInnen gegenüber unserem stellvertretenden Landesvorsitzenden Arne Zillmer zeigen, dass unser Kampf gegen den Faschismus noch lange nicht beendet ist.

Am Freitag, den 10. April 2015 fand die Veranstaltung der Jungen Alternative statt, bei der Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD im Thüringer Landtag, zu Gast war. Höcke ist Teil des nationalkonservativen Lagers innerhalb der AfD und sorgte mit seinen Äußerungen bereits des Öfteren für Aufmerksamkeit. Seine Äußerungen über Flüchtlinge oder auch Homosexuelle entsprechen keineswegs einem toleranten Weltbild. Auf diese Problematiken wies ein offener Brief der Jusos an den Bootsclub, in dem die Veranstaltung der JA stattfand, hin.

Nach der Veröffentlichung dieses Briefs kam es zu massiven Anfeindungen gegenüber Arne, die darin gipfelten, dass auf rechten Internetseiten Fotos und Kontaktdaten von Arne verbreitet wurden. Sodass er nun den absurdesten Drohungen ausgesetzt ist. Neben wüsten Beschimpfungen und Beleidigungen erhält Arne auch Morddrohungen.

Dieses Verhalten seitens der AfD und ihrer AnhängerInnen zeigt, dass ein Nerv getroffen wurde und unser Kampf gegen die AfD und rechte Ideologien unabdingbar ist!

Die Drohungen, die sich gegen Arne richten, sind der beste Beweis dafür, dass die AfD eine rechtsradikale Partei ist und auf allen Ebenen bekämpft werden muss.

Wir stehen geschlossen hinter Arne und allen Menschen, die für ihren friedlichen Kampf gegen braunes Gedankengut angefeindet und bedroht werden!

Wir bekennen uns zum Kampf gegen den Faschismus, den Nationalismus und den Rechtsradikalismus. Wir werden uns Faschismus, Nationalismus und Rechtsradikalismus weiterhin entgegenstellen.

Wir rufen alle Mitglieder der sozialdemokratischen Partei in Niedersachsen und darüber hinaus auf, sich uns anzuschließen.

Ein solches Verhalten der AfD schüchtert und nicht ein. Wir machen weiter und kämpfen gegen Faschismus- egal wo! Jetzt erst recht!

Angenommen

Ini04 Sofortiger Winterabschiebestopp für besonders schutzbedürftige Minderheiten in Niedersachsen

Wir fordern einen sofortigen generellen Winterabschiebestopp für schutzbedürftige Personen. Diese Regelung möge künftig von jedem 1. November bis zum darauffolgenden 31. März gelten. Hierbei soll die auf Erkenntnissen der SPD-geführten schleswig-holsteinischen Landesregierung basierende Liste (Afghanistan, Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Irak, Iran, Kosovo, Mazedonien, Russland, Serbien, Türkei, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Pakistan und Ukraine) Grundlage sein und schließt in den Balkanstaaten diskriminierte Minderheiten wie Roma, Ashkali, ÄgypterInnen und GoranInnen sowie besonders schutzbedürftige Personen gemäß Artikel 17 der EU-Aufnahmerichtlinie ein.

Angenommen

AP Arbeitsprogramm 2015-2017

Arbeitsprogramm Jusos Niedersachsen 2015-2017

Unsere Grundsätze

Inneres und Recht

Die Einführung der Kennzeichnungspflicht für geschlossene Polizeieinheiten lässt immer noch auf sich warten. Hier wollen wir den Druck nicht nachlassen und uns weiter dafür einsetzen. Zusätzlich soll im Allgemeinen über polizeiliche Einsatzmethoden gesprochen werden. Die sichtbare Härte im Einsatz von PolizistInnen gegen DemonstrantInnen und Andersdenkende bereitet uns Sorge.

Repressionsmaßnahmen staatlicher Strukturen sollen in ihren Umfang und ihrer Rechtfertigung thematisiert werden. Dazu gehören unter anderem fragwürdige Hausdurchsuchungen und Überwachungen von politisch Aktiven oder auch einfachen DrogenkonsumentInnen. Repressives Vorgehen geht dabei nicht nur von Seiten der Polizei aus, sondern auch die undurchsichtigen Methoden des Verfassungsschutzes. Es soll sich deshalb auch mit den Arbeitsweisen und der Existenzberechtigung des Verfassungsschutzes auseinandergesetzt werden. Daher sehen wir hier einen Handlungsbedarf im Bereich Inneres.

Wir Jusos wollen ein gastfreundliches und tolerantes Niedersachsen. Damit einhergeht auch, dass wir unser Engagement für Flüchtlinge weiter intensivieren. Als Regierungsjugend sollten wir noch mehr dafür tun, die Lebenssituation von geflüchteten Menschen zu verbessern. Hierzu wollen wir vermehrt das Gespräch mit Flüchtlings-Initiativen suchen und einen regen und fruchtbaren Austausch mit diesen pflegen.

Unser Bundesland hat nach dem rot-grünen Regierungswechsel eine wahre Kehrtwende im Bereich Asylpolitik gemacht, doch es gibt immer noch viel zu tun. Teil eines humanen Umgangs mit Flüchtlingen muss ein Winterabschiebestopp sein.

Die wirtschaftliche und soziale Situation von Flüchtlingen aus den Balkanstaaten, vor allem von Angehörigen der Roma- und Ashkali-Minderheit, ist nach wie vor beklagenswert. Es ist erwiesen, dass sich diese Situation in den Wintermonaten nochmals dramatisch verschlechtert. Darum werden wir Jusos im Vorfeld des kommenden Winters versuchen, hier durch Öffentlichkeitsarbeit Druck aufzubauen und einen Abschiebestopp für den Winter zu erreichen, so wie es sich für einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten gehört.

Wirtschaft, Arbeit, Infrastruktur

Wirtschaftspolitik

Die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse sind immer stärker durch unser kapitalistisches Wirtschaftssystem geprägt. Die Schulden- und Finanzkrise des letzten Jahrzehnts sind keine kurzfristigen oder losgelösten Erscheinungsformen schlechten wirtschaftlichen Handelns, sondern Symptome einer Systemkrise des Kapitalismus. Eine, der Verwertungslogik des Kapitalismus entzogenen öffentlichen Daseinsvorsorge und die Stärkung der Wirtschaftsdemokratie sind hierbei erste Schritte, um dem Finanzmarktkapitalismus entgegenzuwirken. Eine Debatte, welche rein

regulatorisch geführt wird, greift jedoch zu kurz. Ziel des demokratischen Sozialismus kann es nicht sein einen regulierten Kapitalismus zu erreichen, sondern ihn zu überwinden. Gesellschaftlicher Wandel bedeutet für uns also auch immer die Veränderung des Wirtschaftssystems. Deshalb ist der Bereich der Wirtschaftspolitik einer in dem nicht nur wichtige Weichenstellungen für die Veränderung der Produktionsweisen und des Warenaustauschs getroffen werden, sondern auch ein notwendiger Bereich um den gesellschaftlichen Wandel hin zu einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft zu organisieren. Jungsozialistische Wirtschaftspolitik ist deshalb mehr als nur die Optimierung wirtschaftlicher Prozesse und ihre staatliche Steuerung, sondern Teil einer ganzheitlichen Politik zur Organisation gesellschaftlichen Fortschritts. Dies werden wir auch explizit im Prozess „Arbeit, Bildung, Niedersachsen“ des SPD Landesverbandes vertreten.

Gute Arbeit, Gute Ausbildung

Statt des Starts ins Arbeitsleben bedeutet eine abgeschlossene Ausbildung für viele junge Menschen lediglich den Start in eine ungewisse Zukunft. Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge und schlecht bezahlte Jobs bedrohen die AbsolventInnen. Wir Jusos setzen uns daher mit den KollegInnen der Gewerkschaften für eine garantierte, unbefristete Übernahme sowie für eine Ausbildungsgarantie ein! Wir müssen mehr junge Menschen in Ausbildungen bringen. Nur so können wir dem häufig beschriebenen Fachkräftemangel entgegenwirken.

Mitbestimmung

Aber auch bei der Ausbildung selbst gibt es Defizite. Der Ausbildungsreport der DGB Jugend beweist jedes Jahr: es gibt in vielen Betrieben bei der Qualität der Ausbildungssituation, der Ausbildungsvergütung und der Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen starke Mängel. Wir fordern daher neben einer branchenunabhängigen Mindestvergütung für Auszubildende eine staatliche Institution, die, anders als die Kammern, unabhängig von ArbeitgeberInnen die Arbeitsbedingungen in den ausbildenden Betrieben kontrolliert, wo eine angemessene Kontrolle von Betriebsräten und Jugend- und Auszubildendenvertretungen nicht gegeben ist. Ferner sollen diese durch angemessene Erweiterungen ihrer Mitbestimmungsrechte in ihrer Aufgabenerfüllung unterstützt werden. Denn die Situation der ArbeitnehmerInnen und Auszubildenden können am besten durch diese selbst verbessert werden. Es muss ebenfalls die unsoziale Politik der Kettenverträge endlich beendet werden. Die Menschen brauchen einen sicheren Arbeitsplatz! Wir fordern daher, dass Betriebs- und Personalräten ein größeres Mitspracherecht im Betrieb und auch bei sogenannten Werksverträgen eingeräumt wird. Die Mitbestimmung der Angestellten und das Streikrecht müssen ausgebaut werden. In vielen Betrieben wird dies durch die Betriebsführung verhindert. Mit unseren BündnispartnerInnen im DGB und vor allem den Jugendorganisationen wollen wir uns verstärkt für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Mitbestimmung einsetzen.

Mindestlohn und Ausbildungsplatzumlage

Außerdem fordern wir die Ausbildungsumlage. Betriebe, die nicht selbst ausbilden, sollen die ausbildenden Betriebe finanziell unterstützen. Menschen die trotz Ausbildung und Arbeit von Armut bedroht sind, sind Opfer einer verfehlten Arbeitsmarktpolitik. Der von der Großen Koalition eingeführte Mindestlohn schafft erste Erfolge gegen prekäre Arbeitsbedingungen. Dennoch sind vor

allem Jugendliche⁷ und Langzeitarbeitslose von den ungerechten Ausnahmen des Mindestlohns betroffen. Gegen diese Ausnahmen werden wir uns weiterhin einsetzen.

Verkehrsinfrastruktur

Mobilität ist für uns ein grundlegender Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Insbesondere das bestehende Bahn- und Schienennetz muss deshalb modernisiert und ausgebaut werden. Verkehrsnetze sind für uns ein öffentliches Gut. Daher verurteilen wir die zunehmende Privatisierung von ÖPNV sowie beim Bau und Betrieb von Verkehrsinfrastruktur. In Zukunft muss es gelingen, intelligente Verkehrssysteme gerade in den Ballungszentren zu entwickeln, die die verschiedenen Verkehrsmittel miteinander verbindet und den ÖPNV gegenüber dem Individualverkehr stärkt. In diesem Zusammenhang werden wir uns für den Ausbau des ÖPNV einsetzen und den fahrscheinlosen Nahverkehr fordern.

Aber gerade auch in ländlicheren Räumen gilt es die Abwärtsspirale im ÖPNV zu stoppen, der teilweise über die Schülerinnenbeförderung nicht mehr hinaus kommt. Hier wollen wir uns für innovative und zukunftsweisende Konzepte für einen starken und attraktiven ÖPNV einsetzen.

Gerade Angesichts der massiven Unterfinanzierung gilt für uns grundsätzlich das Prinzip Nachhaltigkeit und Erhalt vor Neubau bei Straßen, Schienen und Wasserwegen. Es gilt den Bund in die Verantwortung zu nehmen, insbesondere in Bezug auf die Finanzierung. Beim Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur fordern wir einen angemessenen Transparenz und BürgerInnenbeteiligung.

Der Juso-Landesverband wird sich weiterhin mit alternativen Mobilitätskonzepten beschäftigen. Diese Mobilitätskonzepte müssen vor allem am Leitbild einer sozialen, ökonomischen und ökologischen Entwicklung nachhaltig ausgerichtet werden.

Bildung

Gleichheit statt Gerechtigkeit – Reproduktionsfunktion

Aus unserer Sicht hat sich Bildung einzig dem Ziel der persönlichen Emanzipation und Reproduktion unterzuordnen. Sie befreit den Einzelnen und ist in ihrer Konsequenz die Voraussetzung zur Befreiung aller. Dass Menschen gegenwärtig durch die vielen, historisch gewachsenen und zu dem System gehörenden Barrieren in ihrem individuellen Anspruch auf Bildung eingeschränkt werden, ist ein zutiefst unsolidarischer Zustand, den es mit allen Anstrengungen zu überwinden gilt. Der Zugang zu Bildung und das Bildungssystem als Ganzes darf in jeglicher Hinsicht nur vollkommen barrierefrei gestaltet werden! Daraus ergibt sich unser Anspruch an ein Bildungssystem der Gleichheit.

Bildung ist Allgemeingut – Sozialisationsfunktion

Bildung ist aus dieser Sicht ein für uns ein allgemeines Gut, welches jeder Menschen unabhängig seines akkumulierten ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapitals, seiner gesammelten Lebenserfahrungen, seiner Herkunft, sexuellen Orientierung, des Geschlechtes und seiner Religion

ausnahmslos kostenfrei in Anspruch nehmen können soll. Insoweit darf mit Bildungsangeboten kein unternehmerischer Gewinn erzielt werden. Der Ausbau des privaten Nachhilfe- und Weiterbildungssektors ist nicht zu akzeptieren. Letztlich führt er zur Reproduktion von Eliten und vermindert dadurch Aufstiegschancen.

Bildung ist unabhängig von fremden Zwecken - Qualifikationsfunktion

Bildung ist Selbstzweck und dient nicht der kapitalistischen Verwertungslogik. Mit dem Programm Arbeit. Bildung. Niedersachsen ist die niedersächsische SPD darum bemüht, Bildung der staatlichen Wirtschaftspolitik unterzuordnen. Zwar stehen Arbeit und Bildung im derzeitigen System in einem Abhängigkeitsverhältnis, dies rechtfertigt jedoch nicht die Deutung von Bildung als Handlanger von Wirtschaftsinteressen. Bildung muss unabhängig sein, aus diesem Grund darf Daseinsvorsorge nur vom Staat betrieben werden. Unabhängigkeit bedeutet im gleichen Atemzug auch, dass sich das System nicht nach den Interessen von nationalen und internationalen Wirtschaftsorganisationen und Unternehmen auszurichten hat.

Individuum und Kollektiv – Legitimationsfunktion

Anstatt der Demokratisierung aller Lebensbereiche Rechnung zu tragen, geschehen aktuelle Entwicklungen unter dem Motto, dass sich der Mensch dem System zwangsläufig anzupassen und unterzuordnen hat. Schon allein dieser Zustand bewirkt letztlich sowohl die Neuentstehung als auch die Verfestigung von Unfreiheit. Wir kämpfen entschieden für die Demokratisierung aller Lebensbereiche. Wir brauchen keine selbstbewussten Konkurrenzsubjekte, denn Bildung und Erziehung dient einzig der Befähigung zur selbstbestimmten, aktiven und gleichgestellten Teilhabe.

Frühkindliche Bildung

Für uns ist Bildung und lebenslanges Lernen der Grundstein für ein emanzipiertes Leben.

Bildung beginnt aber nicht erst mit der Grundschule und endet nach dem Studium. Bereits in Kindertagesstätten ist Bildung für uns einer der wichtigsten Bestandteile. Hierbei muss besonders auf die individuelle Entwicklungsgeschwindigkeit der einzelnen Kinder Rücksicht genommen werden. Voraussetzung hierfür ist eine möglichst niedrige Fachkraft-Kind-Relation.

Der Besuch einer Kindertagesstätte stellt sich aus unserer Sicht positiv dar, da dort wichtige Fähigkeiten für ein soziales Zusammenleben erlernt werden können.

Ein sicherer Platz in einer Kindertagesstätte ist vor Allem für berufstätige Eltern unabdingbar. Das von der ehemaligen schwarz-gelben Bundesregierung eingeführte Betreuungsgeld stellt keine Alternative zu einem Betreuungsplatz dar.

Gemeinsam Lernen: Für eine inklusive Gesellschaft!

Es ist unsere Pflicht die Verschiedenheit der Menschen als Normalität anzuerkennen und die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe aller Menschen mit Beeinträchtigungen und/oder chronischer Erkrankung am gesellschaftlichen Leben in den Mittelpunkt zu stellen. Inklusion muss daher in unserer Gesellschaft insgesamt verwirklicht werden. Sie betrifft alle staatlichen und

gesellschaftlichen Ebenen sowie alle Altersgruppen und wird von uns daher als Querschnittsaufgabe angesehen. Wir werden daher die Novellierung des Niedersächsischen Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung kritisch begleiten und auch die Inklusivität unseres eigenen Verbandes überprüfen.

Hochschul- und Wissenschaftspolitik

Langzeitstudiengebühren – Nein, danke!

Die noch bestehenden Langzeitstudiengebühren sind eine nicht hinzunehmende Belastung, insbesondere für Studierende mit Kind, Studierende, die einer Tätigkeit nachgehen, Studierende mit Beeinträchtigung sowie Studierende aus NichtAkademikerInnen-Familien. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die

Langzeitstudiengebühren sowie der Verwaltungskostenbeitrag, nach der Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren, ebenfalls abgeschafft werden. Die Jahrzehnte lang bestehende, strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen kann und darf nicht durch Studiengebühren ausgeglichen werden. Hierzu muss eine umfassende staatliche Grundfinanzierung herangezogen werden.

Masterplätze für alle!

Der sogenannte Bologna-Prozess hat für zusätzliche Hürden in unserem Bildungssystem gesorgt. Die Unterscheidung in Bachelor- und Master-Abschlüsse hat zur Folge, dass alle Studierenden mit dem Erreichen des Bachelors einen ersten sogenannten berufsqualifizierenden Abschluss erreicht haben. Dieser wird jedoch auf dem Arbeitsmarkt längst nicht so stark nachgefragt, wie ein Masterabschluss. Da die Hochschulen jedoch zu wenige Master-Kapazitäten vorhalten, sind diese zulassungsbeschränkt, also nur für Studierende mit guten oder sehr guten Noten erreichbar.

Dieser Zustand ist für uns Jusos unhaltbar. Wir brauchen endlich einen gültigen Rechtsanspruch auf einen Masterplatz für alle Bachelor-AbsolventInnen, damit allen der Abschluss offen steht, den sie erreichen möchten und nicht die Rahmenbedingungen des Studiums und die Noten für die Möglichkeit einen Studienplatz im Master zu erlangen ausschlaggebend sind.

Mitbestimmungsrechte der Studierenden stärken

Studierende werden an den wichtigen Entscheidungsprozessen in Hochschulen nur unzureichend beteiligt. Die Studierenden stellen die mit Abstand größte Statusgruppe an allen Hochschulen, sind aber im Verhältnis sehr schwach in den verschiedenen Gremien der akademischen Selbstverwaltung der Hochschule vertreten. Hier muss dringend nachgesteuert werden.

Entscheidungsprozesse in Hochschulen müssen endlich wieder transparent und unter Einbeziehung der Studierenden auf allen Ebenen ausgestaltet werden. Wir werden uns daher für eine umfassende Demokratisierung und Repolitisierung der Hochschulen einsetzen. Als Grundlage gilt hierfür der Beschluss des Landesparteitags 2014, den wir zusammen mit den Juso-Hochschulgruppen Niedersachsen erarbeitet haben. Wir suchen zur Durchsetzung des Beschlusses vor allem die Zusammenarbeit mit der SPDLandtagsfraktion, aber auch weiteren hochschulpolitischen BündnispartnerInnen.

Familienfreundliche und inklusive Hochschule

Die Jusos Niedersachsen werden sich in den nächsten Jahren mit dem Thema familienfreundliche und inklusive Hochschule auseinandersetzen müssen, da es mittlerweile viele Studierende mit Kindern gibt und diese auf Grund von nicht angemessenen, ausreichenden und kostenfreien Betreuungsmöglichkeiten an der Hochschule ihrem Studium nicht angemessen nachgehen. Deswegen fordern wir für jedes Kind eines Studierenden einen kostenfreien, ganztägigen Betreuungsplatz. Auch für Studierende mit Beeinträchtigung gibt es kaum Vertretungsstrukturen an den Hochschulen. Dies muss dringend geändert werden. Studierende mit Beeinträchtigung müssen angemessen in der studentischen und akademischen Selbstverwaltung berücksichtigt werden. Betreuungs- und Beratungsangebote müssen ausgebaut werden. Auch im Punkt Barrierefreiheit gibt es an den Hochschulen viel zu tun, weshalb wir uns auch damit in der kommenden Amtsperiode auseinandersetzen werden.

Finanzierung der Studierendenwerke

Für die Bereitstellung eines sozial verträglichen Hochschulumfeldes ist die Arbeit der Studierendenwerke zentral, da sie in vielen Einrichtungen Dienstleistungen für Studierende vorhalten, die unter normalen Umständen für diese finanziell nicht leistbar wären. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat jedoch die finanziellen Hilfen für die Studierendenwerke vor allem im Bereich der Bauunterhaltung massiv gekürzt, was zu steigenden Beiträgen für die Studierenden führt. Diese Entwicklung gilt es umzukehren, denn nach unserer Auffassung ist hier das Land in der Pflicht die Studierendenwerke finanziell so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben voll erfüllen können. Insbesondere in Bezug auf die studentische Wohnungsnot in Hochschulstädten müssen die Studierendenwerke vom Land finanziell unterstützt werden, um ihrem Auftrag nachkommen zu können, bezahlbaren, zentralen studentischen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Unsere Vorstellung einer linken und gerechten Gesellschaft

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD wissen, dass eine menschliche Gesellschaft nur verwirklicht werden kann, wenn Freiheit, Gleichheit und Solidarität erkämpft wurden. Unser Ziel ist daher der demokratische Sozialismus: die freie, gleiche und solidarische Gesellschaft. Wir kämpfen seit Jahrzehnten für Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen, da wir leider immer noch in einem kapitalistischen System leben. Wir wollen jedoch für ein System kämpfen, das immer im Dienste Aller steht und nicht im Dienste des Kapitals. Auch wenn sie nicht mehr so offensichtlich sind wie vor 100 Jahren: Die Klassenstrukturen in Deutschland und international sind verfestigt, ein gesellschaftlicher Aufstieg ist daher kaum möglich. Unser Verständnis des demokratischen Sozialismus endet nicht bei wenigen Themengebieten, sondern erstreckt sich in alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche. Aus diesem Grund möchten wir unsere Politik auch immer an den Grundsätzen Freiheit, Gleichheit und Solidarität ausrichten, um zu gewährleisten, dass wir der Verwirklichung einer menschlichen Gesellschaft näher kommen.

In diesem Sinne wollen wir uns die Tagespolitik für eine soziale, gerechte und fortschrittliche Gesellschaftspolitik einsetzen. Menschen dürfen in keinsten Weise nach ihrem wirtschaftlichen Nutzen und Wert beurteilt werden. Auch und erst Recht nicht, um Zuwanderung zu rechtfertigen. Wir wehren uns gegen eine einseitige Integrationsdebatte, nach der es Aufgabe der MigrantInnen ist, sich

anzupassen. Vielmehr stehen wir für eine weltoffene und multikulturelle Gesellschaft, in der alle Menschen willkommen sind, insbesondere Flüchtlinge, die vor kriegerischen Konflikten, Verfolgung oder wirtschaftlicher Not Schutz und Hilfe bei uns suchen. Wir werden deshalb offensiv gegen offene oder unterschwellige Fremdenfeindlichkeit kämpfen, die sich immer weiter in der Gesellschaft ausbreitet und auch längst im Landtag abgekommen ist.

Unsere Toleranz gilt aber nicht nur den MigrantInnen, sondern allen Menschen die wegen ihrer Lebensentwürfe, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer sozialen Herkunft oder ihres Geschlechts diskriminiert und angefeindet werden. Es ist unsere Aufgabe und Pflicht uns weiter für mehr Toleranz und Anerkennung gesellschaftlicher Realitäten einzusetzen und mit denen zu solidarisieren, die von der gesellschaftlichen und politischen Konservativen angefeindet werden.

Ein Kernthema der Jusos ist und bleibt die soziale Gerechtigkeit. Auch auf Landesebene ist es immens wichtig sich für einen starken und vorsorgenden Sozialstaat einzusetzen. Das gilt insbesondere für den Bereich der Bereich der Gesundheits- und Pflegepolitik. Wir wollen der stetigen Privatisierung von Lebensrisiken entgegenwirken. Gesundheit und Pflege sind in jeder Hinsicht ungeeignet dazu auf Kosten der Betroffenen und Beschäftigten private Gewinne zu erwirtschaften.

Das Querschnittsthema Inklusion ist für uns im Sinne unserer Grundsätze eine Herzensangelegenheit. Das Recht auf Selbstbestimmung und die Abschaffung der Bevormundung sind für uns nicht nur Lippenbekenntnisse, die nur halbherzig umgesetzt werden sollten. Wirtschaftliche Interessen dürfen dem nicht im Wege stehen.

Auch unser Grundsatz der Freiheit ist nach wie vor hochaktuell. Wir wollen uns für mehr gesellschaftliche Freiheit bspw. in der Drogenpolitik einsetzen und uns klar gegen Einschnitte in die Freiheit wie bspw. in der Innen- und Sicherheitspolitik positionieren.

Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Der Schutz von Umwelt und Natur ist in Niedersachsen ein wichtiges und unterstützenswertes Anliegen. Dieser bildet für uns keinen grundsätzlichen Gegensatz zu Effizienz in der (Land)Wirtschaft und bezahlbaren Preisen für die VerbraucherInnen. Nachhaltigkeit, Tierschutz und Umweltschutz dürfen nicht den Gewinninteressen der Konzerne untergeordnet werden. Wir wollen die traditionelle Landwirtschaft gegenüber den Großkonzernen stärken und diese stärker für das Allgemeinwohl in Verantwortung nehmen.

Gleichzeitig ist ein achtvoller Umgang mit der Natur Aufgabe der Allgemeinheit. Nachhaltigkeit ist eine sinnvolle Querschnittsaufgabe und kein notwendiges Übel, das unnötiges Geld verschlingt. Wir wollen die landschaftliche Vielfalt erhalten und ein lebenswertes Niedersachsen von morgen gestalten.

Dies ist für uns auch keinen Gegensatz zu einer fortschrittlichen Energieerzeugung. Die Politik muss sich endlich beherzt von den Interessen großer Wirtschaftsinteressen lösen und sich für eine konsequente, zügige und nachhaltige Umstellung auf umweltfreundliche Energieerzeugung einsetzen. Fracking und CCS sind für uns klare Stolpersteine auf diesem Weg die entschieden bekämpft werden müssen. Gerade Niedersachsen muss sich hier auf Bundesebene gegen ein Setzen auf Kohlestrom stark machen. Gleichzeitig muss der Ausstieg aus der Kernenergie weiter vorangetrieben werden. Die Suche nach einem Endlager sowie geeigneten Zwischenlagern muss

grundsätzlich frei von politischen Entscheidungen getroffen werden. Dennoch ist klar, dass der Standort Gorleben für eine Endlagerung von stark radioaktivem Müll nicht geeignet und daher inakzeptabel ist.

Trotz eines zügigen Umstiegs auf erneuerbare und nachhaltige Formen der Energieerzeugung darf die soziale Schlagkraft nicht vergessen werden. Energie muss für die Bevölkerung und insbesondere die sozial Schwachen weiterhin bezahlbar bleiben. Wir werden uns entschieden gegen die massiven Preissteigerungen im Energiebereich einsetzen.

Kampf gegen Rechts

Den gesellschaftlichen Rechtsruck stoppen!

In den vergangenen Monaten war hierzulande ein deutlicher Ruck nach rechts zu spüren. Rassistische und islamfeindliche Vorurteile sind endgültig in der Mitte der Gesellschaft angekommen und haben Tausende auf die Straße gebracht. Die zahlreichen Großkundgebungen gegen „Islamisierung“ oder „Salafismus“ und die Proteste von AnwohnerInnen gegen Flüchtlingsheime zeigen, wie anfällig die Menschen für rechte Ressentiments gegen Muslime und Flüchtlinge sind. Im Zuge dieser besorgniserregenden Entwicklung hat auch die rassistisch-motivierte Gewalt hierzulande massiv zugenommen, so stieg die Anzahl der Angriffe auf AsylbewerberInnen und ihre Unterkünfte um 130 Prozent. Gleichzeitig zieht mittlerweile mit der AfD eine Partei vom rechten Rand große Mengen WählerInnen an und kann erschreckende Wahlerfolge verzeichnen. Bewusst schüren Lucke & Co. dabei bürgerliche Abstiegsängste und betreiben so eine kaum versteckte Hetze gegen MigrantInnen und Andersgläubige. In typischer rechtspopulistischer Manier werden komplexe Zusammenhänge ausgeblendet und scheinbar einfache Lösungen propagiert, die jedoch vor allem Ausgrenzung und Diskriminierung bedeuten und den grassierenden Alltagsrassismus nur noch mehr befeuern.

Der Kampf gegen rechte Ideologien und rechtes Gedankengut beginnt für uns nicht erst am rechten Rand. Rechte Tendenzen sind bereits in der Mitte der Gesellschaft verankert, weshalb der Kampf für eine freie Gesellschaft hier ansetzen muss.

Es ist daher umso wichtiger, dass wir unsere Anstrengungen im Kampf gegen Rechts noch steigern. Wir dürfen den PopulistInnen und HetzrednerInnen nicht das Feld überlassen, sondern müssen ihre Stimmungsmache entlarven und zeigen, dass wir die besseren Argumente und Lösungsansätze haben. Gerade auch im Hinblick auf die Kommunalwahl 2016 in Niedersachsen wollen wir darum Materialien und Aktionen entwickeln und zur Verfügung stellen, um den Wahlkampf der AfD ins Leere laufen zu lassen. Mit Aufklärung und Kreativität können wir so den simplen populistischen Antworten entgegen wirken und klar machen, dass Ausgrenzung und Chauvinismus keine wirkliche Alternative zu einer solidarischen und toleranten Gesellschaft sind.

Natürlich wollen wir aber den ganzen braunen Sumpf trocken legen. Auch wenn aktuell der Fokus auf dem rechtspopulistischen Milieu liegt und die extreme Rechte weniger in Erscheinung tritt bzw. mit Auflösungserscheinungen zu kämpfen hat, dürfen wir hier nicht nachlassen. Gerade im ländlichen Raum gelingt es beispielsweise der NPD immer wieder, vereinzelte kommunale Mandate zu erringen. Darum müssen wir hier unsere Anstrengungen in der Fläche verstärken und klar machen, dass es kein ruhiges Hinterland für braune Ideologie gibt. Zudem hat sich die rechte Szene in Niedersachsen immer

mehr ausdifferenziert und tritt auf die verschiedensten Arten auf, doch völlig egal ob als „Identitäre“, „Nipster“ oder „Autonome Nationalisten“ getarnt, es bleibt Rassismus und Nationalismus und wir gehen dagegen vor.

Leider wird Niedersachsen auch in Zukunft nicht von Nazi-Aufmärschen verschont bleiben. Wir werden uns weiterhin aktiv in antifaschistische Bündnisse einbringen und zu friedlichen Sitzblockaden aufrufen.

Die Arbeit des Landesvorstandes

BündnispartnerInnen

Für die Umsetzung unserer Ziele und unserer Arbeit und im Sinne der Doppelstrategie gehört es zu unserem Selbstverständnis auch weiterhin auf starke Bündnisse mit anderen Organisationen und Strukturen zu setzen. Uns ist es dabei wichtig im Sinne der emanzipatorischen Wertorientierung der Jusos zu agieren, weshalb wir sexistischen, antiemanzipatorischen oder anders diskriminierenden Gruppen nicht für eine Zusammenarbeit zur Verfügung stehen.

Als wichtigsten Akteur auf landespolitischer Ebene erachten wir dabei die Grüne Jugend Niedersachsen. Über die Zusammenarbeit im Verein Politischer Jugendorganisationen hinaus schätzen wir die gemeinsame, projektorientierte Arbeit in bestimmten Themenbereichen zur besseren Realisierung unserer Vorstellungen um als Regierungsjugendenden gemeinsam auf die Rot-Grüne Landesregierung Druck auszuüben.

Die Gewerkschaftsjugendorganisationen stellen für uns natürliche BündnispartnerInnen dar. Wir wollen sie in unsere Arbeit einbinden und den Austausch mit ihnen fördern.

Selbiges gilt für die Vernetzung mit der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken.

Die thematische Breite unsere Aufgaben erfordert darüber hinaus die Kooperation mit weiteren Gruppen. Anknüpfend an die bisherige Zusammenarbeit der Jusos Niedersachsen, wollen wir den Kontakt zum LandeschülerInnenrat, den JunglandwirtInnen, der LandesASTen-Konferenz (LAK) und SchLAu aufrechterhalten und vertiefen.

Die bisherigen antifaschistischen Bündnisse im Kampf gegen Rechts sollen ebenfalls fortgeführt und intensiviert werden. Dazu soll im Bündnis gegen den Naziaufmarsch in Bad Nenndorf weiterhin mitgearbeitet werden. Auch gemeinsame Aufrufe mit antifaschistischen Organisationen, wie gegen das jährliche Ostertreffen der Ludendorffer, werden weiterhin angestrebt.

Feminismus und Gleichstellung

Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband. Diesen Anspruch werden wir auch in unserer Rolle als Parteijugend und Teil der SPD wahrnehmen. Die SPD ist nach wie vor stark von Männern dominiert und geprägt. Auch innerhalb der Gesellschaft treffen Frauen immer wieder auf patriarchale Strukturen, die sich nur schwer aufbrechen lassen – aber genau das ist unser Ziel. Wir können und werden es nicht akzeptieren, wenn die Landtagsfraktion einen Frauenanteil von 28% hat oder das

Landeskabinett entgegen anderslautender Ankündigungen seitens der SPD überwiegend mit Männern besetzt wird.

Die SPD muss weiblicher werden und muss sich ihres Problems noch viel stärker bewusst werden. Die Kommunalwahlen 2016 und die Aufstellung der

LandtagskandidatInnen 2017 werden hierfür zum Gradmesser werden. An dieser Stelle erwarten wir, dass die SPD ihren Worten Taten folgen lässt. Wir als Jusos werden uns für eine geschlechtergerechte Verteilung von Macht, Verantwortung und Positionen in Partei und Verband einsetzen und diese Problematik so lange laut thematisieren, wie sie besteht.

Aber auch innerhalb unseres eigenen Verbandes sind wir noch nicht am Ziel. So wollen wir regelmäßig auf der Landeskonferenz einen Gleichstellungsbericht vorlegen, in dem wir die Geschlechterverteilung in Vorständen, unter Teilnehmenden auf Seminaren usw. aufzeigen. Feminismus und Gleichstellung müssen als Querschnittsthemen begriffen werden, die wir dauerhaft in unsere Arbeit einfließen lassen. Auch mit dem Themenschwerpunkt Queer-Feminismus werden wir uns auf einer theoretischen Grundlage in Seminaren beschäftigen, um unser politisches Spektrum zu erweitern.

Bei Seminaren und Verbandswochenenden werden wir auf ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis achten und das Thema regelmäßig u.a. in Geschlechterplena aufgreifen. Auch wollen wir unsere Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Feminismus intensivieren und spezielle Mitgliederwerbung für junge Frauen betreiben.

Wir wollen junge Frauen in der Partei und im Verband unterstützen. Dafür wollen wir ein Frauenforum einrichten, in dem Frauen sich innerhalb eines geschützten Raumes austauschen und vernetzen können. Eine autonome Frauenstruktur zur Vernetzung der Frauen in unserem Landesverband muss etabliert werden. Es sollen regelmäßige Treffen stattfinden, bei denen Frauen zusätzlichen Raum für Diskussionen bekommen und bestehende Strukturen aus anderen Gliederungen die Möglichkeit haben sich zu vernetzen. Besonders wichtig ist uns außerdem der Erfahrungsaustausch, denn auch wenn Frauen unterschiedlich sind, treffen sie häufig auf ähnliche Situationen. Die Vergangenheit und unser feministisches Grundverständnis zeigen uns: Solidarität ist entscheidend, wenn etwas verändert werden soll. So soll das Frauenforum Unterstützung im Kampf für Gleichstellung und gegen auftretenden Sexismus bei den Jusos auf den verschiedenen Ebenen bieten. Zusätzlich wollen wir jungen Frauen anbieten, im Rahmen eines Mentoring-Programms persönliche Unterstützung zu bekommen.

Kritik und Solidarität – Unser Verhältnis zur SPD

Das Verhältnis der Jusos zur SPD war stets von kritischer Solidarität geprägt, aber nie durchgehend harmonisch. Denn unser Bekenntnis zur Solidarität darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir die Entwicklungen – darunter auch den aktuellen Wirtschaftsprozess des SPD-Landesverbandes und große Gefahr der Öffnung der Parteispitze für Wirtschaftsinteressen – kritisch begleiten. Eines steht deshalb fest: Wir sind weder Jubel-Jusos in Zeiten des Wahlkampfes noch werden wir politische und programmatische Entscheidungen einsehen, die unseren Grundsätzen und Beschlüssen widersprechen und sich – weit schlimmer – von unseren Beschlusslagen stetig weiter entfernen. Diesbezüglich werden wir selbstredend als JusoLandesverband unseren Fokus auch fortan auf die Landespolitik richten und das gute

Verhältnis sowie den ständigen Kontakt zum Landesverband der SPD wahren. Weiterhin werden wir für eine fortschrittliche Beschlusslage sowie Politik streiten und hierfür innerhalb der SPD und Mehrheiten suchen und notfalls erkämpfen. Die gleichen Maßstäbe legen wir an, wenn es im Sinne unserer Doppelstrategie um die allgemeine und themenbezogene Kooperationen mit innerparteilichen Arbeitsgemeinschaften und Gliederungen geht. Die bisherige Zusammenarbeit und der enge Kontakt müssen deshalb erhalten bleiben und ausgebaut werden.

Unser innerparteilichen Geltungs- und Gestaltungsanspruch macht jedoch nicht nur Halt vor programmatischen Auseinandersetzungen, sondern betrifft überdies die Aufstellung von Listen zu öffentlichen Wahlen. Denn eines ist überdeutlich: Progressive Inhalte lassen sich nicht von konservativen Köpfen vertreten! Deshalb setzen wir uns auch in Zukunft verstärkt dafür ein, dass Kandidaturen und Listen in den einzelnen Wahlkreisen weiblicher und jünger werden.

Organisatorisch werden wir den schon viel zu lange dauernden Kampf für eine politische Juso-Landesgeschäftsführung fortsetzen und alles daran setzen ihn endlich zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Ein Einlenken der SPD ist hier überfällig.

Bildungsarbeit/Seminare

Unsere Bildungsarbeit vor allem in Form des dreimal jährlich stattfindenden Verbandswochenendes wollen wir zwar wie gewohnt fortsetzen, aber um neue Aspekte und inhaltliche Schwerpunkte erweitern. Die bewährten Aspekte, inhaltliche und methodische Workshops anzubieten, im Geschlechterplenium zu diskutieren und bei Kamingesprächen mit ReferentInnen kritische Themen zu besprechen werden um eine längerfristige, gemeinsame Arbeit an Kampagnen und Themenschwerpunkten sowie der Besichtigung von Institutionen, Orte und Betriebe ergänzt.

Zusammenarbeit ist uns wichtig. Insoweit unterstützen wir künftig die einzelnen Gliederungen auf Bezirks-, Unterbezirks- und Kreisebene sowie die AGen durch den Aufbau eines festen ReferentInnen-Pools dessen ReferentInnen zu inhaltlichen Schwerpunkten referieren können. Diese Unterstützung erweitern wir überdies um die Möglichkeit, bereits ausgearbeitete Seminarkonzepte abzurufen.

Damit Termine zwischen dem Landesverband und den Bezirken nicht auf ein gleiches Datum fallen, sind wir stets um eine enge, terminliche und inhaltliche Abstimmung bemüht. Durch die Koordination der Termine möchten wir erreichen, dass TeilnehmerInnen sich nicht zwischen zwei Seminaren entscheiden müssen und unsere Ressourcen gebündelt eingesetzt werden. Dabei soll neben der zeitlichen Überschneidung auch eine inhaltliche Überschneidung vermieden werden. Wir streben für die Verbandswochenenden zudem ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis in Bezug auf die TeilnehmerInnen an.

Demokratischer Juso-Verband

Wir verstehen uns als linker Richtungsverband innerhalb der SPD, der die Politik der Partei in kritischer Solidarität begleitet und sie mit progressiven inhaltlichen Konzepten vorantreibt. Um dieses jedoch zu gewährleisten, sind wir darauf angewiesen, unsere demokratischen Strukturen zu stärken und transparent zu gestalten.

Demokratische Strukturen stärken

Wir möchten transparent und offen nach außen und innen auftreten. Diesem Ziel können wir mit der Einrichtung eines regelmäßig erscheinenden Newsletter näher kommen, der im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit erläutert wird. Hinzu kommt, dass wir gerade vor Parteitag Kontakt- und Netzwerkstrukturen aufbauen wollen, um mögliche Initiativen, Themen und Projekte als Jusos gemeinsam durchzusetzen. Denn nur wenn wir eine gemeinsame Mobilisierung erreichen, können wir unseren Inhalten eine starke Stimme verleihen und sie in die Partei tragen.

Außerdem ist es uns ein wichtiges Anliegen die Juso-SchülerInnen auf Landesebene wieder zu beleben und allen Juso-SchülerInnen eine Anlaufstelle zu bieten, sofern sie keine Gliederung vor Ort haben. Gerade im Bereich der Schulpolitik kommt es auf den geschärften Blick der SchülerInnen an, um dieser Entwicklung die richtige Richtung vorzugeben - und zwar eine linke! Auch für unsere verbandsinterne Mitgliederwerbung sind funktionierende SchülerInnen-Strukturen unablässig.

Juso-Landesausschuss

Der Juso-Landesausschuss ist das demokratische Kontrollgremium, das die Arbeit des zukünftigen Landesvorstandes begleiten und kritisch kontrollieren wird. Damit dies gewährleistet werden kann, wollen wir ermöglichen, dass der Landesausschuss öfter und ausführlicher tagen kann. Gemeinsam mit den Unterbezirken müssen wir den Landesausschuss strukturell stärken, um eine wirkliche Kontrolle und demokratische Mitbestimmung herzustellen und Austausch zu ermöglichen.

Öffentlichkeitsarbeit

Ein zentraler Punkt der politischen Arbeit des Landesverbandes ist die Öffentlichkeitsarbeit. Es reicht nicht aus bloß gute Arbeit zu leisten und die richtigen Positionen zu haben. Vielmehr muss sie auch nach außen sichtbar werden und in die landespolitische Debatte einfließen. Als politischer Verband sind wir auf öffentliche Rezeption besonders angewiesen. Unsere Arbeit ist kein Selbstzweck.

Öffentlichkeitsarbeit verstehen wir nicht bloß im klassischen Sinne. Natürlich soll es in Zukunft weiter und umfangreich Pressemitteilungen zu aktuellen politischen Debatten und Veranstaltungen auf Landesebene und darüber hinaus geben. Hierzu wird der neue Landesvorstand intern ein praktikables und effektives Verfahren geben, um möglichst schnell und gezielt auf Themen zu reagieren und – auch dies muss in Zukunft stärker geschehen – eigene Themen auf Landesebene selber zu setzen.

Abseits der Pressearbeit ist die Ansprache junger Menschen von erheblicher Bedeutung. So bieten Facebook und Twitter eine gute Möglichkeit aktuell, ansprechend, einfach und mit hohem Verbreitungsgrad über unsere Positionen und unsere Arbeit zu informieren. Aber auch unsere Internetseite soll stärker und effektiver genutzt werden. Im Gegensatz zu den sozialen Netzwerken dient die Homepage einer (inhaltlich) tiefergehenden Information. So sollen Mitglieder des Landesvorstandes, aber auch Gäste und BündnispartnerInnen, dort die Möglichkeit haben, tief gehende Kommentare und Beiträge zu veröffentlichen. Auch wollen wir dort bspw. Diskussionen im Verband und in der Öffentlichkeit durch Pro/Contra-Beiträge veranschaulichen und anregen. Auf diese Weise wollen wir die Webseite zu einem lebendigen Ort jungsozialistischer Debatte und Inhalten machen.

Wir werden einen regelmäßigen Newsletter einführen, um alle Mitglieder im Landesverband und Interessierte über aktuelle Themen und Termine der Jusos Niedersachsen auf dem Laufenden zu halten. Gerade in der Kommunikation und dem Informationsaustausch zwischen dem Landesvorstand und der Basis liegt ein entscheidender Faktor für die Arbeit dieses Vorstandes.

Weiterhin wollen wir auch die Demonstration als Mittel der Meinungsverbreitung nutzen. Wir wollen gemeinsam mit unseren BündnispartnerInnen Demos organisieren und zu diesen frühzeitig mobilisieren. Gleichzeitig wollen wir uns auch weiterhin öffentlich zum Mittel der Blockaden bekennen und uns öffentlich solidarisieren.

Arbeit im Landesvorstand

Eine zielorientierte und kollegiale Zusammenarbeit ist die Basis eines erfolgreichen Landesvorstandes. Es ist wichtig, dass Probleme offen und schon zu ihrem Beginn in fairer Weise thematisiert werden und ausgeräumt. Eine gute Arbeitsatmosphäre ist uns sehr wichtig.

Es soll eine möglichst effektive Arbeitsteilung erfolgen, bei der jede und jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten mitarbeitet. Die Arbeit soll gleichmäßig auf alle Schultern verteilt werden. In diesem Zusammenhang soll auch eine thematische Aufteilung unter den Landesvorstandsmitgliedern nach Interessens- und Kenntnis Gesichtspunkten erfolgen.

Neben den klassischen Vorstandssitzungen, die grundsätzlich einmal im Monat stattfinden sollen, wird es zusätzlich monatlich sowie nach Bedarf Telefonkonferenzen geben, um zeitnah aktuelle Themen erörtern zu können und sich regelmäßig auszutauschen.

Der Landesvorstand versteht sich als Ansprechpartner für die Unterbezirke und Kreisverbände. Dies bedeutet für uns, dass die Mitglieder des Landesvorstandes vor Ort Präsenz zeigen und auch jederzeit für Berichte etc. für Untergliederungen zur Verfügung stehen. Wir verstehen uns als Dienstleister für die Basis und sind Anregungen und Kritik gegenüber immer aufgeschlossen.

Angenommen

A1 Maßnahmen zur Eindämmung der geringfügigen Beschäftigung

Die Regierungskoalition und die SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen sollen sich für eine 1. Abschaffung der Abgabenprivilegierung geringfügiger Beschäftigung („Minijobs“) ein.

Angenommen und zur Kenntnisnahme an die SPD-Landtagsfraktion weitergeleitet

A2 Maßnahmen zur Bagatell- und Verdachtskündigung

Die Regierungskoalition und die SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen setzen sich für eine gesetzliche Fixierung und Bestimmung unter sozialen Gesichtspunkten für Bagatellkündigungen und Verdachtskündigungen ein.

Nicht behandelt

A3 ArbeitnehmerInnenrechte für alle Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen

Die Jusos Niedersachsen fordern für alle Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen (z.B. Krankenhäuser, Pflegedienste, KiTas etc.):

1. die schnellstmögliche Aufnahme von Tarifverhandlungen mit den zuständigen Tarifpartnern durch die Kirchen bzw. zuständigen Direktorien mit dem Ziel von Tarifabschlüssen für alle Beschäftigten
2. die Garantie uneingeschränkter Rechte von ArbeitnehmerInnen (z.B. Streikrecht, Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz)
3. eine Begrenzung der Einschränkung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auf den vom Tendenzschutz unmittelbar berührten Bereich (z.B. im Bereich der Verkündigung).

Nicht behandelt

B1 Kostenloses Mittagessen in Ganztagschulen

In Niedersachsen soll den Schülerinnen und Schülern an allen Ganztagschulen ein kostenfreies Mittagessen angeboten werden. Die Kosten teilen sich das Land und die Schulträger. Die Anhebung darf zu keiner Verschlechterung der bisherigen Situation führen.

Angenommen

B2 Gemeinsam verantwortlich handeln – Initiative für einen flächendeckenden religionsübergreifenden Ethikunterricht an Grundschulen

Wir fordern die Einführung eines flächendeckenden, verbindlichen und religionswissenschaftlichen Ethikunterrichts ab der Grundschule, bei gleichzeitiger Abschaffung des bisherigen Religionsunterrichtes und etwaiger Ersatzfächer. Neben der wissenschaftlichen Beleuchtung verschiedener Glaubensrichtungen Glaubensrichtungen muss außerdem ebenfalls ein Verständnis weiterer Werte und Normen sowie ethischer Ansichten vermittelt werden.

Nicht behandelt

B3 Entlastung von jungen Menschen in der Ausbildung

Auszubildende und Lehrlinge leisten in den Betrieben wertvolle Arbeit für das Ausbildungsunternehmen. Gerade in fortgeschrittenen Ausbildungsjahren arbeiten viele zum Teil gleichwertig mit den Fachkräften. Ihre Arbeit ist somit auch ein Beitrag zur Stärke der deutschen Wirtschaft, insbesondere des deutschen Mittelstands.

In Anerkennung dessen fordern die Jusos Niedersachsen:

1. Die sog. Geringverdiener-Grenze für ArbeitnehmerInnen soll von derzeit 325 Euro auf mindestens 400 Euro angehoben werden. Auszubildende mit einer Ausbildungsvergütung unterhalb dieser Geringverdiener-Grenze zahlen keinen Arbeitnehmeranteil zur Sozialversicherung. Die Beiträge zu allen Zweigen der Sozialversicherung werden ausschließlich vom Arbeitgeber getragen. Das würde Auszubildende mit einer geringen Ausbildungsvergütung besonders entlasten.
2. Die „Gleitzone-Regelung“ soll auf Ausbildungsverhältnisse mit einer Vergütung oberhalb der Geringverdiener-Grenze übertragen werden. In dieser Gleitzone, von der Geringverdiener-Grenze (siehe 1., min. 400 Euro) bis zu einem Betrag von 850 Euro, zahlt der Arbeitgeber seinen vollen Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung, der/die Auszubildende hingegen nur einen reduzierten Arbeitnehmeranteil. Mit steigender Höhe der Ausbildungsvergütung steigt dementsprechend auch der

Sozialversicherungsbeitrag, bis ab 850 Euro der volle Arbeitnehmeranteil erreicht wird.

3. Für alle geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse muss gelten: kein Lohn unter 8,50€ pro Stunde. Für Ausbildungsverhältnisse bekräftigen wir unsere Forderung nach einer Mindestausbildungsvergütung, die deutlich über 400€ pro Monat liegen muss.

Durch die genannten Maßnahmen sollen Auszubildende hinsichtlich ihrer Sozialversicherungsbeiträge eine Entlastung erfahren, trotzdem sind sie in beiden Fällen durch die Sozialversicherung vollumfänglich abgesichert. Die geforderten Regelungen sollen auch für ArbeitnehmerInnen Anwendung finden, die ein Praktikum, ein duales Studium oder ein freiwilliges ökologisches/soziales Jahr (ebenso: Bundesfreiwilligendienst) absolvieren bzw. als Doktoranden beschäftigt sind.

Angenommen

B4 Das moderne BaföG - Anerkennung von Ehrenamt

Die Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit bei der Genehmigung des BaföG ,von SchülerInnen und StudentInnen in das bürgerschaftliche Engagement in allen Vereinen, Parteien, Verbänden und Kommunalparlamente.

Dies soll geschehen durch die Anpassung der „Förderungshöchstdauer“ des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG).

Abgelehnt

B5 Änderung des BAföGs

Der § 7 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes benachteiligt ErzieherInnen und muss so geändert werden, dass ein Studium nach der Ausbildung gefördert wird.

Nicht behandelt

B6 Bereitstellung eines zinsfreien Darlehens für Studierende ohne Bafög-Anspruch

Wir Jusos Niedersachsen fordern die Bildungs- und WissenschaftsministerInnen der Länder und die Bundesbildungsministerin auf, die Vergabe zinsfreier Darlehen für Studierende ohne Anspruch auf Leistungen des „Bundesausbildungs- und Förderungsgesetzes (BAföG)“ durch die Universitäten/Studierendenwerke zu ermöglichen.

Nicht behandelt

B7 Bezahlung von Lehrkräften in Niedersachsen

Die Landesregierung wird aufgefordert, dass die Bezahlung aller Lehrkräfte innerhalb Niedersachsens angeglichen wird. Dieses bedeutet zum Einen die Angleichung der Gehaltszahlungen verbeamteter und nicht-verbeamteter Lehrkräfte, zum Anderen die Angleichung der Gehaltszahlungen an Lehrkräfte mit unterschiedlichen Ausbildungen (bspw. zwischen Gymnasial- und Grundschullehrkräften).

Nicht behandelt

B8 Master Lehramt

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine Änderung der „Verordnung über Masterabschlüsse für Lehrämter in Niedersachsen (Nds. MasterVO-Lehr)“ in dem Sinne einzusetzen, dass für alle Lehramtsstudiengänge verbindlich die Ausbildung mit für die Inklusion notwendigen Inhalten festgeschrieben wird: Hierzu gehört eine Einführung in die Sonder- und Heilpädagogik, der Heterogenität von Schüler*innen und in die Differenzierung/Individualisierung.

Nicht behandelt

B9 Antrag zur landesweiten Aufhebung von „Handyverboten“ an weiterführenden Schulen

Wir fordern eine landesweite Aufhebung der totalen Verbote von Smartphones, Laptops und vergleichbaren elektronischen Geräten an weiterführenden Schulen. Es soll eine einheitliche Ordnung

für angemessenes Nutzungsverhalten konzipiert werden. Die angemessene Nutzung von Smartphones, Laptops und vergleichbaren elektronischen Geräten sollte in Pausen, Freistunden und sonstigen Zeiträumen, die den Schülerinnen und Schülern zur freien Verfügung stehen, generell erlaubt sein. Darüber hinaus ist es wichtig, Schulen zur produktiven Verwendung elektronischer Geräte im Unterricht als Lernmittel anzuhalten. Außerdem müssten Möglichkeiten geschaffen werden, um Schülerinnen und Schüler im kompetenten Umgang mit Smartphones und anderen elektronischen Geräten zu unterrichten – beispielsweise durch Projektwochen und Workshops.

Nicht behandelt

B10 Niedersächsische Studienseminare weiterentwickeln

Die Landeskonzferenz der Jusos Niedersachsen möge beschließen, dass die Ausbildung an Niedersächsischen Studienseminaren für alle Fächer und Schulformen durch die Landesregierung weiterentwickelt wird. Im Zuge der durch die Landesregierung vorgenommenen Reformen im Bildungsbereich muss die Basis von gutem Unterricht, nämlich die LehrerInnenausbildung, auf den Prüfstand gestellt werden. Nur durch die Evaluation und Weiterentwicklung der Ausbildung von Lehrkräften kann eine deutliche Verbesserung der Unterrichtsqualität an den Niedersächsischen Schulen im Zusammenspiel mit weiteren Reformen herbeigeführt werden. Insbesondere die Situation der ReferendarInnen zu Beginn der Ausbildung, die mangelnde Transparenz zwischen AusbilderInnen und ReferendarInnen und das Fehlen von allgemeingültigen Anforderungen und Kriterien für die zu erbringenden Prüfungsleistungen bedürfen einer Reform.

Studienseminare müssen hierfür in ihrer bestehenden Form grundsätzlich evaluiert werden.

Wir fordern daher die Niedersächsische Landesregierung auf:

1. Anonyme, regelmäßige und transparente Evaluation der AusbilderInnen durch die ReferendarInnen in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Landesamt für Qualitätsmanagement (LNQ) durchzuführen. Die Ergebnisse müssen aufbereitet werden und anonymisiert einsehbar sein. Zugleich muss eine externe Supervision die Ausbildung generell objektivieren und zugleich die Stärken und Schwächen der AusbilderInnen herausarbeiten, um eine Vergleichbarkeit herzustellen und die Qualität sichern zu können. Hierzu ist auch ein umfangreiches Beratungsangebot für die AusbilderInnen notwendig, falls wiederholt Probleme festgestellt werden.
2. Um den Übergang zwischen Studium und dem in der Verkürzung des Referendariatszeit begründeten direkten Berufsstart mit Unterrichtsverantwortung für die ReferendarInnen und SchülerInnen angenehmer zu gestalten, wird ein Training für angehende Lehrkräfte im Vorfeld des Referendariats verpflichtend eingeführt. Dieses Training soll als Vorbereitung auf das Referendariat dienen und referendariatsrelevante Bestandteile wie Gestaltung der ersten Unterrichtsstunden, Orientierung in der Schule, Unterrichten als neue Rolle, Zeitmanagement im Referendariat, Rechte und Pflichten im Referendariat umfassen. Das Training kann im Rahmen des

Referendariats selbst oder als verpflichtender, unbewerteter Bestandteil in der universitären Ausbildung angeboten werden.

3. Die verpflichtende Examensarbeit und die verpflichtende mündliche Prüfung werden in Anlehnung an das Berliner Modell durch zwei sog. Modulprüfungen ersetzt. Die ReferendarInnen wählen aus vier möglichen Prüfungsformen zwei aus, die ihren individuellen Stärken entsprechen. Als Prüfungsformen sind denkbar: 1. schriftliche Modulprüfungen oder 2. mündliche Modulprüfungen oder 3. multimediale Modulprüfungen (bspw. eine Präsentation) oder 4. ein Prüfungsportfolio als Modulprüfung. Eine nähere Beschreibung der Modulprüfungen findet sich in der Begründung. Ein Prüfungsportfolio, indem die ReferendarInnen ihren Ausbildungsgang dokumentieren, begleitet die Ausbildung-
4. Für alle Prüfungsformen werden verbindliche und transparente Kriterien erstellt, damit garantiert wird, dass die Prüfungen an Vergleichbarkeit und Transparenz gewinnen und nicht die Kompetenzbereiche der PrüferInnen überschreiten. In die Kriterien wird ein Beratungsleitfaden inklusive Zielvorgaben für Beratungsgespräche für die PrüferInnen aufgenommen, damit die Unklarheiten, die hier bestehen, bereinigt werden. Ferner sollte der bisher geltende hohe Anteil der Modulprüfung an der Abschlussnote verringert werden.
5. Allgemeingültige Kriterien, die für alle Studienseminare in Niedersachsen bindend sind, werden eingeführt. Dazu zählen sowohl eine einheitliche Anzahl an Großen Unterrichtsbesuchen (GUB) als auch einheitliche Kriterien für die Unterrichtsreflexion, die in einem Leitfaden für die ReferendarInnen festgehalten werden. Damit einher geht eine einheitliche Notentransparenz bei der Besprechung aller Formen des Unterrichtsbesuchs.
6. Stärkung bestehender Strukturen von sozialpsychologischer Unterstützung der ReferendarInnen durch eine externe Stelle, die nicht dem Studienseminar angehört. Diese Institution muss ersichtlich in jedem Seminar beworben werden (Aushang, Ankündigung bei Referendariatsbeginn, Hinweise in Begrüßungsmail etc.). In diesem Zusammenhang wird überdies die Einführung und Erprobung kollegialer Beratung - angeleitet durch die externe Stelle - im Kreise der ReferendarInnen angestrebt.
7. Der Prüfungstag wird entzerrt. Denkbar sind dabei mehrere Möglichkeiten: Die beiden Prüfungsunterrichte und die mündliche Prüfung (nach Annahme dieses Antrages dann Modulprüfung) finden an unterschiedlichen vom Studienseminar festgelegten Tagen statt. So wird garantiert, dass die theoretischen und fachpraktischen Kenntnisse mit gebührender Konzentration und Vorbereitungszeit abgeprüft werden können. Eine weitere Möglichkeit bestünde darin, angelehnt an die Prüfungsdurchführung in Hamburg, dass die ReferendarInnen sich die Prüfungstermine in eigenständiger Absprache mit den PrüferInnen eigenverantwortlich terminieren. Dadurch könnten sich ReferendarInnen auf jeden Prüfungsteil gezielt vorbereiten.
8. Aufwertung der Funktion der Ausbildungslehrkraft in der Prüfungskommission. Um einen umfassenderen Blick auf die gezeigten Prüfungsunterrichte zu ermöglichen und den/die ReferendarIn in der Prüfungssituation zu stärken, wird der Ausbildungslehrkraft in Zukunft gestattet sich über den Zustand der Lerngruppe hinaus auch zum Verlauf der Unterrichtssequenz, der Einpassung der gezeigten Unterrichtsstunde in selbige, der Entwicklung des Stundenthemas etc. zu äußern, sofern es von dem/der ReferendarIn nicht ausdrücklich unerwünscht ist. Die Ausbildungslehrkraft ist in der Prüfungsphase i. d. R. die engste Vertrauensperson und GesprächspartnerIn für die ReferendarInnen und hat einen präzisen Blick auf die Lerngruppe, den Unterrichtsverlauf in der Unterrichtssequenz und die Entwicklung der/des ReferendarIn. Für den Arbeitsaufwand, den eine angemessene und umfassende Begleitung als AusbildungslehrerIn

verursacht, sollen diesen Lehrkräften für das Prüfungshalbjahr 0,5/1,0 Anrechnungstunden zur Verfügung gestellt werden.

9. Von den Landesschulbehörden werden SupervisorInnen benannt, die als externe BeobachterInnen der Prüfungen die Validität der Staatsprüfungen garantieren. Diese SupervisorInnen fungieren auch als Ansprechpersonen im Falle eines begründeten Anzweifeln der Beurteilung durch die ReferendarInnen.

Angenommen und weitergeleitet an SPD-Landtagfraktion, AK Kultus der Landtagsfraktion und SPD-Landesvorstand

B11 Allgemeines Vertrags- und Versicherungswesen als Unterrichtsfach

Die Landeskonferenz möge den Einsatz für die Einführung eines allgemeinbildenden Schulfaches beschließen, welches zur späteren Alltagsbewältigung dienlich sein soll. Hierzu möge in der gymnasialen Oberstufe, sowie in den Abschlussjahren anderer weiterführender Schulen ein neues Fach „Allgemeinwesen“ zumindest als Wahlfach eingeführt werden, welches den Umgang mit Verträgen, Finanzen, Versicherungen und Behörden im späteren Berufs- und Alltagsleben behandelt.

Abgelehnt

B12 Inklusion an den niedersächsischen Schulen umfassend ermöglichen

Um die Inklusion an den niedersächsischen Schulen weiter voranzutreiben, müssen die Bedürfnisse der SchülerInnen, der LehrerInnen sowie der Eltern umfassend berücksichtigt werden. Wir fordern deshalb die niedersächsische Landesregierung auf sich für folgende Maßnahmen einzusetzen:

- Die Klassengröße weiter zu verkleinern.
- Jede Schule muss durch mindestens eine sozialpädagogische Fachkraft mit einer entsprechenden Ausbildung unterstützt werden.
- Die angekündigten Weiterbildungsmaßnahmen für LehrerInnen müssen durch regelmäßige Weiterbildungen sowie eine (noch) grundlegendere Reform des Lehramtsstudiums ergänzt werden, welche außerhalb der Schulzeiten stattzufinden haben.
- In den entsprechenden Klassen muss ein zusätzlicher Lehrer mit sonderpädagogischem Studium anwesend sein.
- Die baulichen Umbaumaßnahmen für körperlich eingeschränkte SchülerInnen müssen voll finanziert werden.

Angenommen und weitergeleitet an Landesparteitag und SPD-Landtagsfraktion

B13 Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland stärken

Die Jusos Niedersachsen fordern die SPD Bundestagsfraktion sowie die Landtagsfraktion in Niedersachsen dazu auf, sich in der Hochschulrektorenkonferenz sowie den Bildungsausschüssen einzusetzen für

1. sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in (internationalen) PhDProgrammen und Einzelpromotionen aller Fachdisziplinen bei gleichzeitiger adäquater tariflicher Eingruppierung
2. die gewährleistete Zahlung der Leistungen für die volle reguläre Dauer der wissenschaftlichen Qualifikation durch die Hochschulen und/oder Landeshaushalte
3. eine bessere Planbarkeit für NachwuchswissenschaftlerInnen an Hochschulen/Universitäten, auch in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, z.B. durch Änderungen im Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WisszeitVG) und Neuinvestitionen im akademischen Mittelbau.

Nicht behandelt

FG1 Gesetzliche Frauenquote in Medizin und Wissenschaft

Wir fordern, dass mindestens 40% der Stellen von ChefärztInnen und OberärztInnen in kommunalen Krankenhäusern Führungspositionen bis 2018 mit Frauen besetzt werden. Wir fordern die VertreterInnen der SPD in den jeweiligen Aufsichts- und Verwaltungsgremien auf, entsprechende Beschlüsse herbeizuführen. Wir fordern zudem auch andere JusoGliederungen auf, gleichlautende Beschlüsse zu fassen.

Weitergeleitet an SPD-Landesparteitag

FG2 Einheitliche und sichere Finanzierung von Krankenhäusern

Eine sichere Finanzierung der Frauen- und Männerhäuser und Fachberatungsstellen auf der Grundlage einer bundesgesetzlichen Regelung, sodass gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe zusteht.

Dieser Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe gewaltbetroffener Frauen Soll den Frauen zudem kostenlos zustehen

Nicht behandelt

FG3 Für ein Recht auf reproduktive Selbstbestimmung: Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen

Für uns Jusos in Niedersachsen stellen die Rechte auf körperliche und reproduktive Selbstbestimmung zentrale Menschenrechte dar. Die momentane Gesetzeslage in Deutschland spiegelt dies nicht wieder. Daher setzen wir uns für eine Streichung der §§ 218-219b StGB (und anderer betroffener Paragraphen) ein, welche durch eine Regelung folgenden Inhalts zu ersetzen sind:

- Schwangerschaftsabbrüche sind grundsätzlich bis zur 14. SSW (11+6) Post Menstruationem ohne Angabe von Gründen und ohne auferlegte Wartezeit möglich. Die Durchführung des Schwangerschaftsabbruchs muss von ausgebildeten medizinischen Personal erfolgen und eine ausreichende Aufklärung über die teils operativen Maßnahmen muss gewährleistet sein.
- Eine Schwangerschaftsberatung über die normale medizinische Beratung der/des behandelnden Arztes/Ärztin hinaus ist den Betroffenen auf Wunsch zu ermöglichen, jedoch keine Voraussetzung für einen Abbruch. Die Beratung ist ergebnisoffen zu führen. Eine Wartezeit ist entsprechend nicht einzuhalten.
- ArbeitgeberInnen dürfen ihren MitarbeiterInnen die Beteiligung an einem Abbruch nicht verbieten oder diesen für einen solchen Fall mit negativen Konsequenzen drohen.
- Schwangerschaftsabbrüche stellen ein PatientInnenrecht dar und dürfen nicht verweigert werden. Daher ist jede größere medizinische Einrichtung (Kliniken etc.), die schwangerschaftsbegleitende

medizinische Versorgung anbietet, verpflichtet vor Ort eine Abtreibung vorzunehmen, wenn diese gewünscht wird.

- Minderjährige müssen die Möglichkeit erhalten, auch ohne Zustimmung der Eltern einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen, wenn sie dies wünschen.
- Soll ein Schwangerschaftsabbruch ohne Zustimmung der Eltern erfolgen, ist bei Personen unter 16 generell einE qualifizierteR SozialarbeiterIn (o.Ä.) hinzuzuziehen, die die betroffene Person berät und ggf. beim Eingriff begleitet. Auch diese Beratung hat Ergebnisoffen und im besten Interesse der Betroffenen zu erfolgen

Abgelehnt

F1 Länderfinanzausgleich sozial gestalten – Solidarpakt initialisieren

Die neoliberale Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik hat für eine Vielzahl von Regierungen in der abgelaufenen Dekade europaweit für eine Aushöhlung staatlicher Handlungsfähigkeit gesorgt. Ein fortgesetzter länderübergreifender Steuerdumping-Wettbewerb führte nicht nur zu einer wachsenden steuerlichen Ungerechtigkeit, sondern auch zu Privatisierungstendenzen mit dem Trend des Rückzugs staatlicher Ebenen aus der öffentlichen Finanzierung und Verantwortung über Aufgaben und Leistungen, die im öffentlichen Interesse stehen. Vor allem die letzte Reform des Länderfinanzausgleichs stand im Form des so genannten Wettbewerbsföderalismus. Dieser sieht vor, dass die Bundesländer untereinander um ihre Steuerbasis konkurrieren sollen.

Durch den Verlust an staatlicher Handlungsfähigkeit gerät nicht nur der soziale Frieden in Gefahr, sondern schwindet zugleich das Vertrauen in die Wirksamkeit politischen Handelns und damit letztlich auch die Demokratie.

Zu der neoliberalen Austeritätspolitik gesellte sich speziell in Deutschland die Begrenzung politischer Handlungsfähigkeit durch die einseitige Einführung einer Schuldenbremse in Grundgesetz, ohne dass zugleich die auskömmliche Finanzierung der Staatsaufgaben durch gerechte Steuern sichergestellt wurde. Die Schuldenbremse ist heute Verfassungsrealität – wir müssen ihre Gültigkeit zur Kenntnis nehmen und als Vorbereitung für politischen Handeln akzeptieren. Was wir allerdings nicht hinnehmen, ist die weitere Ungerechtigkeiten in der Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Deswegen fordern wir eine nachhaltige Finanzpolitik, die Einnahmen und Ausgaben sowie Aufgaben und Subsidiarität eben auf allen Ebenen im politischen Diskurs bündelt.

Wir wollen einen fairen Interessensausgleich der Finanzkraftunterschiede für alle schaffen. Es müssen sich alle Bundesländer beteiligen, damit die Solidargemeinschaft auch in Zukunft gewahrt bleibt, damit bleibt für uns die horizontale Verteilung ein zentraler Punkt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Neuregelungen am Grundgesetz der gleichwertigen Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet festhält. Es soll so auch wirtschaftlich schwachen Bundesländern und ihren Kommunen möglich seien, für ihre EinwohnerInnen z.B. Bildungseinrichtungen und Sozialleistungen in gleichem Umfang und analoger Qualität anzubieten, wie Bundesländer mit deutlich höherem Steueraufkommen.

Wir brauchen eine Abkehr des reinen Wettbewerbsföderalismus hin zu einer Reform zum sozialen Länderfinanzausgleich damit jedes Bundesland davon profitiert kann und wir sozial miteinander leben und nicht konkurrierend. Daher muss die Steuer- und Finanzkraft und die damit einhergehende Leistungsfähigkeit einiger Länder auch weiterhin in die kollektive Solidarität aller Ländern münden.

Der Länderfinanzausgleich im „engeren“ Sinne muss auch dementsprechend neugeordnet werden, um die „Schuldenbremse“ die in vielen Landesverfassungen im Landesgesetz beschlossen ist, auch umzusetzen und die Länder ihren Landesaufgaben erfüllen können.

Gemeinschaftliche Anleihen nutzen – Gleiche Zinssätze für alle und weniger Wettbewerb im Föderalismus in der Refinanzierung

Um die Altschulden der Bundesländer zu tilgen, versucht jedes Bundesland mit ihren Einzelemissionen am Markt zu bestehen. Einige Bundesländer haben aufgrund des höheren Emissionshandels und der größeren Wirkung gemeinsame „Länder-Jumbos“ am Markt platziert. Aufgrund der Bonitätseinstufung, war es für allem für stark verschuldende Bundesländer die Möglichkeit, günstigere Zinssätze für ihre Schulden zu erreichen.

Das Solidarprinzip, das alle Bundesländer die gleichen Zinssätze für ihre Anleihe bezahlen, stand auch für die nächste, gemeinsame Anleihe im Mittelpunkt. Mit der Bund-Länder-Anleihe sollte die gemeinschaftliche Haftung weiter ausgebaut werden und mit Hilfe des Bundes vernünftige Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass diese Anleihe am Markt bestmöglich platziert werden konnte.

Wir wollen, dass die gemeinschaftliche Haftung ausgebaut wird und fordern alle Bundesländer auf, sich am Solidaritätsprinzip anzuschließen, damit alle Bundesländer von den gleichen Zinsen betroffen sind. Dabei soll die gemeinsame Anleihen weiterhin mit dem Bund am Markt platziert werden, denn wir leben nicht in Konkurrenz zueinander, sondern müssen uns gemeinsam solidarisieren. Auch soll in Niedersachsen geprüft werden, in wie weit eine Anleihe wie die „Ruhrpott“-Anleihe verwirklicht werden kann.

Der Bund und die Bundesländer dürfen sich ihrer finanzpolitischen Verantwortung gegenüber dem Ländern bzw. Kommunen nicht entziehen und muss für Stabilität sorgen. Der günstige Zinssatz des Bundes und der Länder, müssen an die Länder und Kommunen weitergegeben werden und es muss vor allem für stark verschuldende Bundesländern und Kommunen die Möglichkeit geben, ihre Schuldenbasis zu langfristig zu tilgen.

Gemeinsame Handlungsfelder stärken – Stärkung der Finanzlage für Kommune & Länder verbessern und Eigenstaatlichkeit verankern

Bei der Steuerpolitik geht es um die Handlungsfelder aller staatlichen Ebenen. Doch viele Kommunen und Länder sind aufgrund ihres hohen Schuldenstandes nicht mehr aktiv in der Lage, ihre Handlungsfähigkeit zu behalten. Um die langfristige Handlungsfähigkeit sicherzustellen, brauchen wir neben einer allgemeinen Stärkung der Finanzlage von Ländern und Kommunen auch einen Altschuldentilgungsfonds für Kommunen und Länder. Wir wollen hoch verschuldete Kommunen und Ländern wieder die Möglichkeit geben, weiterhin soziale Einrichtungen und öffentliche Institutionen zu ermöglichen.

Damit dies gelingen kann, muss der Länderfinanzausgleich auch die Ausgabenstrukturen berücksichtigen und nicht nur die unterschiedlichen Steuereinnahmen der Bundesländer angleichen. Ein so genannter Soziallastenfaktor könnte ein Ansatz für ein Korrekturmaß sein, damit die Kommune & Länder ihre öffentlichen Aufgaben gewährleisten können und wieder Handlungsfähig werden.

Wir wollen dass das Solidarprinzip gewährleistet wird und werden die Eigenstaatlichkeit der Kommunen und Ländern steigern und die damit eingehende Existenzsicherung regeln. Wir wollen keine Finanzierung über die Vertikalisierung, sondern die Eigenständigkeit.

Gemeinsam Ausgaben und Einnahmen gestalten

Damit der Landesfinanzausgleich die Ausgaben und die Einnahmen gemeinsam für alle gestalten kann, müssen alle Steuereinnahmen berücksichtigt werden. Durch Sonderregelungen werden die wirtschaftsstarke Bundesländern bevorzugt, die in aller Regel auch über finanzstärkere Kommunen verfügen.

Viele bundeseinheitlich geregelte Transferzahlungen, wie z.B. die Kosten der Unterkunft für Menschen mit Transfereinkommen und das BAföG, werden bisher teilweise von Kommunen oder Bundesländern finanziert. Wir brauchen eine Gesamtlösung für die geregelten Transferzahlungen, damit die Länder und die Kommunen ihren finanziellen Forderungen nachkommen können und auch wieder verstärkt handlungsfähiger werden.

Auch der kommunale Abschlag der nicht finanzstarken Länder muss neu überdacht werden. Finanzstarke Kommunen in finanzstarken Ländern, sind im finanzpolitischen Vorteil gegenüber Kommunen in finanzschwachen Bundesländer. Dabei muss geprüft werden, in wie fern „Misch-Finanzierung“ nachhaltigen Sinn ergibt und welche alternativen mitaufgegriffen werden.

Steuern sind kein Selbstzweck – Steuervermeidung bekämpfen !

Landes- und Kommunalsteuern sind elementar wichtig, damit die Kommune und das Bundesland ihre gesellschaftlichen Aufgaben nachkommen kann. Es entsteht ein nachhaltiger volkswirtschaftlicher negativer Effekt, wenn Steuern nicht bezahlt werden und das Land /die Kommune ihre Aufgaben nicht nachkommen.

Daher müssen im Länderfinanzausgleich Steuerschlupflöcher gestoppt werden und die gesetzliche Regelungen, müssen nach Steuerschlupflöcher erneut geprüft werden. Durch Steuerschlupflöcher entziehen sich vor allem vermögende Unternehmen oder Personen ihrer gesellschaftlicher Verantwortung vor der Allgemeinheit. Gerade die starken Schultern unserer Gesellschaft müssen verstärkt Verantwortung übernehmen, damit gemeinsame die Handlungsfähigkeit in der Kommune/ im Bundesland gewährleisten wird.

Steuerbetrug ist kein Kavaliers-Delikt. Durch die illegale Steuervermeidung entgehen wohlhabende Personen ihrer gesamtgesellschaftliche Pflichten für die Allgemeinheit, jedoch nutzen Sie die öffentlichen Angebote. Dieses Verhalten ist für unser Verständnis mehr als unsozial und muss drastisch bekämpft werden. Während ArbeitnehmerInnen ihre Steuern ‚automatisch‘ über ihre Gehaltsabrechnung zahlen, können alle anderen ihre Einkünfte selbst angeben. Das öffnet Tür und Tor für eine systematische Steuerhinterziehung. Daher unterstützen wir auch weiterhin die Ankäufe der Steuer-CDs von Steuerflüchtlinge. Die Selbstanzeigen der Steuerflüchtlinge hat deutlich gemacht, dass die Ankäufe der Steuer-CDs eine doppelte positive Wirkung besitzt.

Gerechte Steuersätze sind die eine Sache, die tatsächlich gezahlten Steuern eine andere. Wir müssen wieder in die Steuerverwaltung investieren. Grundsätzlich sind die Behörden personell zu schwach ausgestattet, um Steuerhinterziehung konsequent zu bekämpfen. Wir benötigen zusätzliche SteuerprüferInnen, damit die Steuerverwaltung ihre Aufgaben nachkommt und ihre jährliche

Kontrollen auch tatsächlich ausführen kann. Nur dadurch kann stärker gewährleistet werden, dass das tatsächliche Steueraufkommen liquidiert wird und das Bundesland seine Aufgabe tatsächlich nachkommen kann. Dabei muss mit allen Bundesländer diskutiert werden, wie die Praxis der laxen Steuervollzugs ein Ende bereitet werden und einige Bundesländer die sich illegale Vorteile verschafft haben, entgegengewirkt wird.

Solidarpakt III - Steuerkonzept & Strukturpolitik für Bildung, Infrastruktur (Umwelt) & und soziale Sicherung

Neben der Reform des Landesfinanzausgleiches ist eine begleitende Strukturpolitik jedoch unentbehrlich. Der Landesfinanzausgleich berücksichtigt nur die im aktuellen Jahr verfügbaren Steuereinnahmen der Bundesländer und ihrer Kommunen. Die Ausgabenbedarfe, wie beispielsweise die vielerorts bereits ausgezehrte Infrastruktur, spielen hingegen keine Rolle.

Doch durch einer falschen Steuer- und Konjunkturpolitik und fehlenden öffentlichen Investitionen (Strukturpolitik) hinterlassen wir eine heruntergekommene Infrastruktur, ein schlechtes Bildungssystem, eine Umwelt in Trümmern und eine ungerechte Gesellschaft. In einer solchen Gesellschaft zu leben kann nicht im Interesse zukünftiger Generationen liegen,

Wir fordern Steuergerechtigkeit nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Realität.

Angenommen

F2 Wettbürosteuer

Wettbürosteuer in den Kommunen in Niedersachsen ermöglichen! Deregulierten Glücksspielmarkt und Wettbüros eindämmen und Möglichkeit für verbesserte Prävention sichern.

Die Zunahme von Wettbüros mit Livewetten im Bereich der Sport- und Pferdewetten sind in Niedersachsen spürbar angewachsen. Anbieter wie Tipico oder Digibet sind die großen Franchisegeber und drängen verstärkt auf dem niedersächsischen Markt. Dabei beeinträchtigen Wettbüros das Sicherheitsgefühl der Bürger und Bürgerinnen vor Ort, behindern die Neuansiedlung von Geschäften und unterstützen die Spielsucht der Menschen.

Besonders junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund gelten als sogenannte „Risikogruppen“, da sie besonders suchtgefährdet sind. Die Spielsucht und ihre Folgen sind vor allem bei dieser Gruppe besonders ausgeprägt und die Gewinngrundlage der großen Franchisegeber.

I. Staatliche Marktlenkungsmaßnahmen versus Verbot bei Wettspiel

Mit einer Wettbürosteuer werden externe Effekte eingeführt. Bei dieser staatlichen Marktregulierung wird ein direkter staatlicher Eingriff in den Wirtschaftsprozess in der Kommune vorgenommen, um die unkompensierte Auswirkung durch ein Steuer-Instrument zu internalisieren. Durch die Internalisierung fordern wir die Einbeziehung sozialer Zusatzkosten, die durch die Wettbürosteuer erreicht werden soll.

Ziel der Wettbürosteuer ist es, ein Umverteilungsprozess um soziale Zusatzkosten wie Prävention gegen Spielsucht und für die Arbeit der SozialarbeiterInnen zu generieren.

Bei einem Verbot bei Wettspiele werden alle Arten von Sport- und Pferdewetten in der Öffentlichkeit in der Kommune verboten. Die Folgen der Spielsucht werden dann von der Gesellschaft alleine getragen. Ein Verbot halten wir nicht für sinnvoll, da in einem solchen Fall andere Wege gefunden würden, um die Bedürfnisse zu befriedigen und keine Umverteilungssteuer generiert werden kann.

Eine Steuer dagegen macht Glücksspiele und ihre Folgen für die Gesellschaft tragbarer, weil damit soziale Zusatzeinnahme generiert werden und die Folgekosten innerhalb der Gesellschaft verringert werden. Daher sprechen wir uns für eine staatliche Marktlenkungsmaßnahmen anstatt eines Verbotes aus.

II. Prävention gegen die Spielsucht

Die Präventionsarbeit in Niedersachsen und in den Kommunen muss sich auf die neuen Herausforderung der Wettbüros einstellen. Besonders durch die Substitution der Spielhallen / Spielotheken hin zu den Wettbüros, bedeutet mehr Fokussierung auf die Prävention gegen Spielsucht auf Live Sport- und Pferdewetten. Die Arbeit der SozialarbeiterInnen muss dahingehend überprüft werden, wie durch die Deregulierung des Glücksspielmarktes die Präventionsarbeit gegen Spielsucht sich verändert hat und in wie fern sich die Präventionsarbeit hinsichtlich der neuen Glücksspielmärkte innerhalb der Kommune verbessern muss.

III. Umsetzungskonzept in der Kommune

Die Kommunen in Niedersachsen haben zwei wesentliche Möglichkeiten die Wettbürosteuer in Niedersachsen zu erheben. Die Vergnügungssteuersatzung der Kommune kann geändert werden, damit das Vermitteln und das Veranstalten von Pferde- und Sportwetten in Einrichtungen besteuert wird, in denen Wettscheine angenommen und das Mitverfolgen der Wettereignisse möglich ist.

Nach unserer Auffassung entspricht die Erhebung von Vergnügungssteuer auf Sportwetten beziehungsweise Pferdewetten dem Charakter der Aufwandsteuer. Wir wollen die Besteuerung nach der Größe der genutzten Räume progressiv strukturieren. So soll die Vermittlung von beiden Arten höher besteuert werden und auch größere Räume als kleinere.

Für uns sind genutzten Räumen, die der Besteuerung zu Grunde gelegt werden, alle Räume des Anbieters. Dazu zählen die Fläche der für die Besucher bestimmten Räume einschließlich der Erfrischungsräume, die Kleiderablagen, Toiletten und ähnliche Nebenräume sowie der Thekenbereich.

Ein anderes Umsetzungskonzept ist die Möglichkeit einer neuen kommunalen Wettbürosteuer. Die kommunale Wettbürosteuer soll die gleiche Besteuerung zu Grunde gelegt werden, wie die Grundlage der Wettbürosteuer bei der Vergnügungssteuer.

IV. Langfristiges Ziel: Glücksspielstaatsvertrag in Niedersachsen rückgängig machen – Staatsmonopol zurück erkämpfen

Der Glücksspielstaatsvertrag der die Zahl der bundesweiten Lizenzen auf 20 Anbietern von Glücksspiele pro Jahr lizenziert, wurde von Niedersachsen ratifiziert. Die Auswüchse dieses Vertrages ist nun durch die deutliche Zunahme von Wettbüros der großen Franchisgeber in Niedersachsen

erkennbar. Der Glücksspielstaatsvertrag hat das Staatsmonopol der Wetten für Sportwetten zerstört, bekannte staatliche Wettanbieter wie „Oddset“ werden aus dem Markt gedrängt. Die Verdrängung vom ehemaligen Staatsmonopol von z.B. Sportwetten, zerstört eine weitere Internalisierung. Diese Gelder werden aber benötigt, um die Folgekosten innerhalb der Gesellschaft von Menschen die Süchtig nach dem Glücksspiel sind zu behandeln und zu helfen. Für die Jusos Niedersachsen kann außerdem ein Unternehmen, dass nur auf Leid der Betroffenen aufbaut um langfristigen Gewinn zu erzielen, in einer sozialistischen Welt nicht existieren.

Wir fordern daher:

- eine Überprüfung der Wettbürosteuer nach einem Umsetzungskonzept der Jusos. Dabei soll das Konzept der Wettbürosteuer von Nordrhein-Westfalen als weitere Grundlage dienen.
- die Landesregierung soll sich dafür einsetzen, dass eine kommunale Steuer wie die Wettbürosteuer in der Kommune erhoben werden kann, auch wenn dies eine neue kommunale Steuer darstellen sollte.
- die Jusos Niedersachsen sollen sich für staatliche Marktlenkungsmaßnahmen bei Live Sport- und Pferdewetten aussprechen, damit ein Umverteilungsprozess generiert werden kann.
- die Jusos Niedersachsen sollen sich zeitgleich für mehr Prävention gegen Spielsucht einsetzen und die Präventionsarbeit hinsichtlich der neuen Veränderungen des Glücksspielmarktes in der Kommune überprüfen.
- die Jusos Niedersachsen sprechen sich gegen den Glücksspielvertrag aus und setzen sich wieder für ein Staatsmonopol für Sportwetten aus.

Angenommen und weitergeleitet an SPD-Landesparteitag

F3 Steuerhinterziehung härter und wirksamer bestrafen!

Steuerhinterziehung darf nicht länger als Kavaliersdelikt gelten. Dazu sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Die Verjährungsfristen zwischen Steuerrecht und Strafrecht sind generell auf zehn Jahre anzupassen.
2. Die Strafen auf Steuerhinterziehung sind zu erhöhen. Eine Geldstrafe soll unabhängig von möglichen weiteren Strafen wie Freiheitsentzug immer verhängt werden.
3. Die strafbefreiende Wirkung einer Selbstanzeige ist hin zu einer strafmildernden Wirkung zu verschärfen. Der § 398a Abgabenordnung ist durch Erhöhung des Zuschlages verschärfen oder gar ganz abzuschaffen.
4. Die Bundesländer müssen insgesamt wesentlich mehr Steuerfahnder einstellen und für eine bessere materielle Ausstattung sorgen.
5. Eine bundesweite Steuersünderkartei ist anzulegen.
6. Sogenannte „Steuer-CDs“ sollen weiter angekauft werden.

Nicht behandelt

F4 Keine Steuern auf den Cayman Islands sparen – VW Flugzeugflotte in Deutschland registrieren!

Die Jusos Niedersachsen fordern die SPD-Landtagsfraktion und die SPD Mitglieder der niedersächsischen Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die momentan aus acht Flugzeugen bestehende auf den Cayman Islands registrierte und auf dem Braunschweiger Flughafen beheimatete Flugzeugflotte in Deutschland registriert wird und nach deutschem Recht und den hier gültigen Vorschriften betrieben wird.

Angenommen und weitergeleitet an SPD-Landesparteitag und SPD-Landesparteirat

F5 Umwandlung des Solidaritätszuschlags in eine Kommunalförderung

Die Bundestagsfraktion sowie der Parteivorstand sollen beauftragt werden, sich für die Umwandlung des Solidaritätszuschlags in eine Kommunalförderung einzusetzen.

- Der Solidaritätszuschlag sollte auch über die Periode des Solidarpaktes II hinaus erhoben werden. Die Geldmittel hieraus sollten den Kommunen als Fördermittel für Investitionen in Infrastruktur und Maßnahmen zum Erhalt der Daseinsvorsorge zu Verfügung gestellt werden. Es ist eine Förderquote von 100% anzustreben, um insbesondere strukturschwache Kommunen und solche mit defizitären Haushalten zu unterstützen.
- Die Förderhöhe für das aktuelle Jahr sollte sich an den Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag des Vorjahres bemessen.
- Die Förderhöhe je Kommune könnte durch den Quotienten der Mittel aus dem Solidaritätszuschlag und der Bevölkerungsstärke begrenzt werden.
- 16 Mrd. Euro / 80 Mio. Einwohner = 200 Euro / Einwohner
- Somit ergäbe sich eine mögliche Förderung von 1.6 Mio. Euro für eine Kommune von 8000 Einwohnern.
- Nicht in Anspruch genommene Mittel könnten in Infrastrukturmaßnahmen des Bundes fließen.

Nicht behandelt

F6 Einschränkung der Spekulation auf Grundnahrungsmittel

Am deutschen Finanzmarkt sind die Spekulationen auf Grundnahrungsmittel einzuschränken, z.B. durch Erhöhung der Sicherheitsleistungen bei Spekulationen. Durch Hungersnot sterben jedes Jahr mehr Menschen als in allen Kriegen zusammen. Dieses ist ein sehr erschreckendes Niveau. Die hohen Spekulationen tragen hierbei zu sehr starken Preisschwankungen im Bereich von Lebensmitteln bei. Dieses gilt es zu verhindern, damit sich jeder Mensch Lebensmittel leisten kann.

Nicht behandelt

F7 Was habt ihr eigentlich gegen Chlorhühner? Für eine differenzierte und sachliche Kritik am geplanten Freihandelsabkommen TTIP

Vorwort

Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) ist ein vielkritisierendes Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, welches sich zur Zeit in den Verhandlungen befindet. Es ist vor allem wegen der Tatsache, dass es einschränkend im Bezug auf Demokratie, ArbeitnehmerInnenrechte und Umwelt- sowie Gesundheitsstandards agiert, nicht vereinbar mit der Vorstellung, welche wir als linker Richtungsverband haben, um eine Verbesserung der ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen zu fördern.

Undemokratische Züge trägt das bisherige Zustandekommen von TTIP, da es unter anderem durch den starken Einfluss von LobbyistInnen unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Arbeitnehmerrechtlich einschränkend ist es aus dem Grund, dass den Konzernen möglicherweise die Macht gegeben wird, gewerkschaftlich ausgehandelte Standards zu limitieren. Darüber hinaus könnten Maßstäbe zum Schutz von Umwelt und Gesundheit unterlaufen oder ausgehebelt werden.

Die Kritik an TTIP ist äußerst wichtig, da die Ausgestaltung dieses Abkommens in keinster Art und Weise mit unseren Grundwerten vereinbar ist. Trotz dieser Tatsache wollen wir zum Ausdruck bringen, dass ein beachtlicher Teil der Rezensionen ebenfalls von kritikwürdigen Ansichten beeinflusst wird. Wir fordern in diesem Antrag einen differenzierteren Umgang mit der Kritik gegenüber dem Freihandelsabkommen. Nichtsdestoweniger ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass das TTIP in seiner heutigen Form, selbstverständlich abzulehnen ist.

Heimat vs. "Das Fremde"?

Die Kritik gegenüber TTIP wird mittlerweile von der breiten Masse der Bevölkerung getragen. Zusätzlich ist eine negative Konnotation innerhalb der Medienwelt gegenüber dem Freihandelsabkommen bemerkenswert. Diese, eigentlich positive, Tatsache hat im Laufe der Zeit jedoch abstrakte Züge angenommen. Auffällig ist, dass die Debatte zunehmend von konservativen Kräften übernommen und teils dominiert wird. Häufig stehen in den 28 Diskussionen nicht mehr entscheidende Elemente, wie zum Beispiel ArbeitnehmerInnenrechte im Vordergrund, sondern es geht vielmehr darum, "die altbekannte und heimische Wirtschaft vor ausländischen Einflüssen zu beschützen".

Oft wird dabei aufgeführt, dass große, oft amerikanische, Konzerne mehr Macht in Deutschland bekämen. Wir sehen keinen Unterschied ob Menschen durch global agierende Unternehmen aus ihrer

“Heimat” oder anderen Staaten ausgebeutet werden. Der Kapitalismus agiert global und eine differenzierte Sicht, gar die Bevorzugung, von sogenannten heimischen kapitalistischen Strukturen ausgebeutet zu werden empfinden wir als falsch und gefährlich. Diese nationalkonservative Perspektive mündet nicht selten in überspitzter Panikmache gegenüber der angeblichen Überfremdung und dem Unbekannten. Abseits dessen lehnen wir eine rein germanophile Zentrierung der Kritik, die nicht die bestehenden kapitalistischen Zustände ablehnt, sondern lediglich deutsche Interessen wahren möchte, ab.

Kritik an TTIP als Plattform für Antiamerikanismus? Zusätzlich verbirgt sich hinter einigen Rezensionen über das Freihandelsabkommen eine aufkeimend anti-amerikanische Haltung. Häufig wird auf ein mögliches Ungleichgewicht zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, zugunsten der USA, hingewiesen. Dies dient in einigen Fällen dazu Skepsis und Antipathie gegenüber den USA zu streuen und ein gewisses Konkurrenzverhältnis zwischen den beiden Verhandlungspartnern zu implizieren. Durch TTIP erhoffen sich Unternehmen in den USA und der EU höhere Gewinne und mehr Einfluss. Beide Seiten verhandeln an dem Projekt und auf beiden Seiten gibt es Befürworter aus Wirtschaft und Politik wie auch starke Gegenstimmen. Der Vorwurf, die USA würden über die EU oder über das exportstarke Deutschland räuberisch herfallen ist daher falsch!

Aber warum dann diese Behauptungen?

Während die USA mit Kapitalismus gleichgesetzt werden, welcher in den hohen Wolkenkratzern Manhattans sein Zuhause hat, sieht man in Deutschland die idyllische Heimat die mit ihrer Kultur einen Kontrast zum ungehemmten imperialistischen Kapitalismus der USA bieten soll. Oft greift Kritik an TTIP, welche auch berechtigt ist, an der Ursache, nämlich den kapitalistischen Strukturen, vorbei und bedient sich nationalistischer, fremdenfeindlicher und antiamerikanistischer Denkmuster.

Besonders deutlich wird das anhand des Beispiels der mittlerweile berühmt gewordenen Chlorhühner. Diese gelten mittlerweile als Inbegriff des als Verbraucherschutz getarnten Ressentiments gegenüber den USA und dem Neuen bzw. Fremden. Häufig wird Kritik an TTIP dazu genutzt, um vor vermeintlich gefährlichen amerikanischen Chlorhühnern zu warnen, die nach Inkrafttreten des Abkommens den heimischen Markt überschwemmen und die Gesundheit der deutschen BürgerInnen gefährden sollen. Der Name ergibt sich aus dem Chlorbad, in dem die Hühner für den Endverbrauch desinfiziert werden. Eine Praxis die in Deutschland bisher unüblich ist. In Deutschland ist währenddessen jedes fünfte Schlachthuhn mit Salmonellen belastet. Auch andere krankmachende Erreger wie Campylobacter werden nicht selten auf deutschem Geflügel beobachtet. Das Bundesinstitut für Risikobewertung kommt sogar zu dem Schluss: “Das Chlorhühnchen ist nach unserer Auffassung nicht gesundheitsschädlich für den Verbraucher. [...] Das deutsche Huhn ist auf keinen Fall gesünder als das US-Chlorhuhn. Ganz im Gegenteil: Wir müssen leider feststellen, dass wir ein massives Keimproblem auf deutschem Geflügel haben“ (Lüppo Ellerbroek im Report aus Mainz, Das Erste, Juni 2014). Wieso wird dann die vermeintliche Gefahr einer Invasion chlorgetränkter Hühner heraufbeschworen, wenn doch die deutschen Hühner kaum gesünder, wenn nicht sogar schädlicher für den Endverbraucher sind? Die Erklärung könnte in einem tief sitzenden deutsch-nationalem Antiamerikanismus liegen, der auf die Chlorhühner, fern jeglicher Tatsachen, projiziert wird. Die Debatte um TTIP wird demnach zu oft instrumentalisiert um tief sitzende Ressentiments zu bedienen und zu legitimieren.

Abkehr des Internationalismus’?

Als internationalistischer Richtungsverband hört für uns Politik und die Wahrung elementarer Rechte nicht an willkürlich gezogenen Staatsgrenzen auf. Wir begrüßen die Vorteile eines internationalen Wechselspiels in kultureller und ökonomischer Hinsicht. Das Problem an TTIP ist nicht der fremde Einfluss der durch Abschottung außer Kraft gesetzt zu sein scheint, sondern die Logik eines Systems, welches auf Gewinnmaximierung orientiert ist. Staatsübergreifende Bündnisse und das Verschwinden national-autonomer Befugnisse sind an sich positive Entwicklungen, die nur durch die Zwänge des Kapitalismus' diese negativen Erscheinungen mit sich bringen. Wir bedauern nicht die fortschreitende Globalisierung, wir bedauern, dass diese durch kapitalistische Zwänge, Ausbeutung und Leid exportiert und radikalisiert. Aus diesem Grund wird der Grundgedanke des Internationalismus' in seinem Ansehen geschwächt. Schnell verkriechen sich auch Linke in einem vermeintlichen Wohlgefühl heimatlicher Hegemonie. Abseits der durch Kapitalismus verstärkten Einschränkung von ArbeitnehmerInnen- und Umweltstandards sehen wir auch positive Aspekte staatsübergreifender Bündnisse: Die nationalen Denkstrukturen könnten langsam abgebaut werden und die politischen Beziehungen, besonders auch mit dem Fokus auf Friedenspolitik, könnten unter Wirtschaftspartnern ausgebaut werden.

Gefahr der verkürzten Kapitalismuskritik

Die konventionelle Kritik an dem Freihandelsabkommen enthält aber nicht nur gesellschaftliche Aspekte, die mit unseren Grundwerten in keinem Fall vereinbar sind, sondern auch eine ausgeprägte Form von verkürzter Kapitalismuskritik, beziehungsweise meistens erst gar keine, obwohl gerade diese der Hauptbestandteil der Kritik sein sollte. Umso negativer sehen wir es, dass gerade jene Kapitalismuskritik nur in stark verkürzter Form, oder meist überhaupt nicht in den herkömmlichen Rezensionen auftaucht, wobei es eigentlich offensichtlich ist, dass jeder kritikwerte Punkt, der sich auf Ökonomisches bezieht, auf den Kapitalismus zurückzuführen ist. Hierbei stellt sich die Frage ob TTIP an sich die Ursache der Missstände, oder eher das Resultat als Ergebnis kapitalistischer Logik ist. Würde ein Abwenden von TTIP die kapitalistische Verwertungslogik mit dem Streben der besten Standortvorteile und dem bestmöglichen Einfluss der Unternehmen auf Staat und Gesellschaft mindern oder gar abschaffen? Schafft dieses Wirtschaftssystem nicht immer Grundlagen und Anlass zu weitreichenden Maßnahmen um alle sozialen und ökologischen Aspekte auszuhebeln, sofern diese eine Gewinnmaximierung mindern? Sind nicht auch Staaten nur agierende Objekte im weltweiten Spiel um Erhalt der eigenen Macht- und Herrschaftsstrukturen? Der Ruf nach mehr Protektionismus mag den Menschen temporär ein berechtigtes Gefühl der Sicherheit geben, bietet jedoch dauerhaft keine sichere und abgeschirmte Oase vor der Wüste der kapitalistischen Regel: Gewinn über alles! Um den komplexen Kapitalismus in seinem Wesen zu verstehen, bedarf es ausreichender Lektüre der marxistischen Werke. Das System beherrscht den Alltag unseres Leben und wird jede Minute aufs neue am Leben erhalten. Diese Unwissenheit gepaart mit der Selbstverleugnung und Projektion kapitalistischer Logik auf einzelne Personengruppen oder Staaten ist der Kern verkürzter Kapitalismuskritik, die wir vehement ablehnen. Die USA sind nicht Hort des Kapitalismus', wie auch ein abgeschottetes Deutschland seine BürgerInnen nicht vor diesem schützen kann.

Fazit und Forderung

Wie wir in den oben genannten Punkten ausführlich erläutern, ist die Kritik an TTIP selbst zwar richtig und sogar erfreulich, vor allem, weil sie von so einer großen Masse der Bevölkerung getragen wird. Auf der anderen Seite wird das Freihandelsabkommen vermehrt auf der Grundlage nationalkonservativer und antiamerikanischer Denkstrukturen kritisiert. Zusätzlich ist in den seltensten Fällen eine

umfassende Kapitalismuskritik erkennbar. Diese sollte für einen sozialistischen Richtungsverband essenziell sein. Wir fordern einen differenzierteren Umgang mit dem TTIP. Es sollte auf einer Ebene kritisiert werden, welche sich nicht auf xenophobische Grundeinflüsse beruft und die tatsächliche Kehrseite dieses Freihandelsabkommens in den Vordergrund rückt.

Angenommen

F8 Wirtschaft strukturell steuern

Was wir wollen:

Wir wollen mit diesem Antrag die jungsozialistische Diskussion über die

Wirtschaftsdemokratie wieder beleben, die es momentan weder in der Gesellschaft noch in Partei und Verband gibt. Dabei wollen wir über die klassische Debatte um den Ausbau der (betrieblichen) Mitbestimmung hinausgehen, obgleich wir diese auch für notwendig halten. Wir wollen vielmehr die wirtschaftliche Basis betrachten und Möglichkeiten einer demokratischen Wirtschaftssteuerung aufzeigen. In der Vergangenheit haben wir Jusos uns in unseren wirtschaftspolitischen Überlegungen in erster Linie auf die Besteuerung von Unternehmen, Konjunkturprogramme, die Regulierung der Finanzmärkte und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge konzentriert und dabei viele Diskussionen aus der Defensive heraus geführt. Obgleich diese nationalstaatlichen Ansätze wichtig waren, reichen sie für eine Wirtschaftssteuerung nicht mehr aus, weil sich zahlreiche Kompetenzen auf die internationale Ebene verlagert haben. Zentral ist für uns die Frage, wer was wie produziert.

Dabei gehen wir von folgenden Grundüberlegungen aus:

Grundgedanken jungsozialistischer Wirtschaftspolitik

„Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ (Karl Marx)

Wirtschaftliche Verhältnisse prägen unser Leben. Deshalb ist die Analyse der Ökonomie die Grundlage unserer politischen Arbeit und unseres Selbstverständnisses. Staat, Wirtschaft sowie Zivilgesellschaft sind für uns ein zusammenhängendes System, welches sich historisch als Folge von Auseinandersetzungen und der Entwicklung der Produktivkräfte entwickelt hat.

Arbeit und Wertschöpfung ändern sich und führen dabei immer wieder zu einer Weiterentwicklung des Kapitalismus. Krisen sind Teil der kapitalistischen Wirtschaftsweise und bedingen immer neue Formen des Kapitalismus sowie neuere Formen der Auseinandersetzungen, keineswegs aber eine Transformation.

„Ohne Wirtschaftsdemokratie gibt es keine haltbare Zivilgesellschaft.“

(Oskar Negt: Der politische Mensch, 2010)

Wir Jusos streben die Demokratisierung aller Lebensverhältnisse an, die grundsätzlich nur durch die Transformation unseres Wirtschaftssystems zu Gunsten der ArbeitnehmerInnen konsequent erreicht werden kann. Für eine Demokratisierung aller Lebensbereiche im Allgemeinen und der Einleitung von

wirtschaftlichen Transformationsprozessen sind die Analyse sowie das Aufbrechen den bestehenden Macht- und Besitzverhältnissen erforderlich.

Eine Mehrheit für eine fortschrittliche Politik wird es jedoch nur über individuelle Emanzipation sowie die Erfahrungen von Verbesserungen durch gemeinsame Bemühungen geben.

Unserer Ansicht nach muss jungsozialistische Politik vom Ansatz her über klassische Umverteilungspolitik hinausgehen, die durch staatliche Maßnahmen gesellschaftliche Ungleichheiten nur abfedern kann, die entscheidende gesellschaftliche Basis nicht verändern. Hier setzen unsere Überlegungen im Kern an, um Wirtschaft strukturell zu steuern und sozialistische Transformationsprozesse einzuleiten.

Die Zentralität der Erwerbsarbeit

„Sozialistische Politik ist ein Arbeitsprozess, der zur Bedingung hat, dass die darin tätigen Subjekte sich selbst verändern, indem sie Gegenstände und Verhältnisse umgestalten.“

(Oskar Negt, Der politische Mensch, 2010)

Die Erwerbsarbeit ist für den Menschen von zentraler Bedeutung. Durch Arbeit erfährt der einzelne Mensch seine gesellschaftliche Position. Erwerbsarbeit führt zu gesellschaftlicher Teilhabe und Fortschritt, weil der Mensch das natürliche Bedürfnis hat, seine Reproduktion zu erarbeiten. Durch die Erschaffung seiner natürlichen Lebensgrundlage und das Streben nach Verbesserung seiner Lebens- und Arbeitsbedingungen erfährt der Mensch soziale Anerkennung. Deshalb schafft Erwerbsarbeit auch soziale Teilhabe, während Arbeitslosigkeit zu Ausgrenzungen und Teilnahmslosigkeit führt. Diskussionen um die Aufhebung der Erwerbsarbeit widersprechen deshalb dem natürlichen Teilhabebedürfnis des Menschen und vernachlässigen die zentrale gesellschaftliche Machtfrage, wer über die Produktionsbedingungen entscheidet. Das Ziel einer sozialen und fortschrittlichen Wirtschaftspolitik muss deshalb Vollbeschäftigung mit der Teilhabe am Erwerbsleben sein.

Wohlstand und Zugänge für alle

Unsere Ziele sind die Verbesserung des Wohlstandes für alle Menschen, gesellschaftlicher Fortschritt sowie eine gerechte und soziale Verteilung dieses Wohlstandes. Die gegenwärtige Vermehrung des Wohlstandes weniger muss gestoppt werden. Fortschritt muss immer langfristig gedacht werden und sich an sozialen, kulturellen, ökonomischen und ökologischen Kriterien orientieren. Nur so können Erfolge und Mehrheiten erreicht werden. Ein gedachter oder erzwungener Verzicht ist für uns kein Mittel, diese Ziele zu erreichen. Nur technischer Fortschritt und die Entwicklung einer solidarisch(eren) Gesellschaft bedingen eine Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu diesen Zielen.

Eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik muss die zentralen sozialen und ökonomischen Probleme in Einklang bringen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist für uns kein Kriterium zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage, weil es nur die monetäre Verteilung berücksichtigt, während die Einkommensverteilung, ungleiche Lebenschancen, der Außenhandel, der technische Fortschritt sowie der Ressourcenverbrauch nicht abgebildet werden.

Um die sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen, benötigen wir Wirtschaftswachstum, was für uns keinen Selbstzweck darstellt. Wachstum und Vollbeschäftigung sind für uns miteinander verknüpfte Voraussetzungen, um Fortschritt und eine gerechte Wohlstandsverteilung zu erreichen. Wirtschaftswachstum schafft mehr Spielräume für Umverteilungen. Umverteilung bedeutet aber

auch, dass reichen Menschen etwas genommen wird, wogegen es Widerstände gibt. Gleichzeitig erhöht eine wachsende Wirtschaft die Einnahmen des Staates und schafft damit strategisch notwendige Spielräume für Umverteilungen, um ökonomische Ungleichheiten zu bekämpfen.

Als konkrete Ansatzpunkte für eine demokratische Wirtschaftssteuerung schlagen wir vor:

Sperrminoritäten einführen:

Es gibt in Deutschland eine sich öffnende Schere zwischen Arm und Reich. In unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung geht mit Geld Macht einher. Das bedeutet die Reichen haben mehr Macht die Gesellschaft zu gestalten als die Ärmeren. Der reiche Teil der Gesellschaft wird zwar kleiner aber noch reicher, also auch mächtiger. Um dieses Missverhältnis aufzulösen streben wir Jusos nach Wirtschaftsdemokratisierung. Ziel ist es der Masse der Gesellschaft größere Gestaltungsmöglichkeiten zu geben. Ein mögliches Instrument dafür ist so genannte VW Gesetz, dass dem Land Niedersachsen eine Speerminorität im Volkswagenkonzern einräumt und die Position der Gewerkschaften im Unternehmen stärkt, gerade dann wenn es um Standortentscheidungen geht. Dieses Gesetz hat dazu geführt, dass unsere Region weiterhin Industriestandort ist und bleiben wird, damit einher gehen besonders gute Arbeitsplätze.

Daher fordern wir:

Die Bundesländer sollen anteilig an großen vor allem Industrieunternehmen beteiligt werden und eine Speerminorität erhalten. Außerdem soll für Standortentscheidungen grundsätzlich eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sein.

Etablierung öffentlicher Banken

„An die Stelle der politischen Ökonomie der toten Arbeit, des Kapitals, des Eigentums muss überall dort, wo von der Notwendigkeit menschlicher Emanzipationsprozesse besprochen wird, die politische Ökonomie treten, die auf eine vernünftige Organisationsform des Gemeinwesens zielt.“

(Oskar Negt, Arbeit und menschliche Würde, 2002)

Die wesentliche Frage der Wirtschaftssteuerung ist, wie es gelingen kann, Kapitalströme zu steuern. Hier sehen wir in öffentlichen Banken, verbunden mit staatlichen Investitionen in diese, einen Ansatzpunkt. Diese müssen jedoch nach anderen Kriterien geführt werden als die Privatbanken, bei denen das reine Renditestreben im Vordergrund steht. In diesem Zusammenhang müssen sich öffentlichen Banken auf die Förderung der Realwirtschaft und regionaler Wirtschaftsinitiativen konzentrieren. Eine weitere wesentliche Frage ist die Überführung von privaten Banken in öffentliche Bankinstitute. Wenn die öffentliche Hand mit Milliardensumme Privatbanken rettet und somit vor der Insolvenz bewahrt, muss die öffentliche Hand auch die Kontrolle über die Banken und ihre Ausrichtung haben und nicht die AnteilseignerInnen. Gerade im Zuge der Finanzkrise wurden diese Möglichkeiten leider versäumt.

Kommunale und regionale Wirtschaftscluster schaffen

Kommunale sowie regionale Ebenen müssen in einer makroökonomische Steuerungs politik mit integriert werden. Wirtschaftliche Prozesse können am besten auf der regionalen Ebene dezentrale organisiert werden, indem regionale Wirtschaftscluster mit geschlossenen Wertschöpfungsketten, Innovationsförderung sowie eine enge Rückkoppelung mit der Bevölkerung angestrebt werden. In diesem Zusammenhang bietet sich die Schaffung von regionalen Wirtschaftsclustern an, damit

Kommunen sich untereinander ergänzen können und größere Verbunde geschaffen werden. Ein weiter Vorteil dieses Ansatzes ist, dass über die Koordinierung der Wirtschaftscluster wirtschaftsdemokratische Elemente auf der institutionellen Ebene eingeführt werden können. In diesem Kontext könnte die Institutionalisierung des Austausches über die wirtschaftliche Entwicklung zwischen Vertretungen der Kommunen, der Kapital- sowie der Arbeitsseite ein erster Ansatzpunkt sein, die sich beispielsweise mit Förderpolitik, Infrastrukturentscheidungen sowie der regionalen Wirtschaftsentwicklung auseinandersetzen. Allerdings müssen die Kommunen wieder handlungsfähig werden, um dem Erpressungspotential von Unternehmen widerstehen zu können. Deshalb ist die Schaffung von demokratisch legitimierten Strukturen wie beispielsweise die Schaffung regionaler Körperschaften mit einer demokratisch legitimierten Vertretung, die die Verhandlungsgrundlage der öffentlichen Hand stärkt, erforderlich.

Kommunale Wirtschaftsbetriebe (wieder) etablieren und weiter entwickeln

Ein weiterer wesentlicher Punkt zur Steuerung von Wirtschaftsprozessen geschieht über kommunale Wirtschaftsbetriebe. Dem Privatisierungstrend der vergangenen Jahre steht heute die Rekommunalisierung entgegen, die immer mehr an Bedeutung gewinnt. Die Vorteile von öffentlichen Unternehmen sind gegenüber privaten Unternehmen klar zu erkennen: Angebote und Dienstleistungen sind für Verbraucher günstiger und besser und es werden Einnahmen für die Kommunen erwirtschaftet, die sich zur Finanzierung weiterer Aufgaben eignen. Von zentraler Bedeutung dabei ist, dass die öffentlichen Unternehmen nicht ausschließlich nach dem Marktprinzip ausgerichtet sind, sondern sich am Gemeinwohl orientieren. Im Rahmen der Debatten um die Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der Rekommunalisierung ist es wichtig, die politische Deutungshoheit zu gewinnen und das Prinzip des öffentlichen Unternehmens von den Stadtwerken, Wohnungsbaugesellschaften, des ÖPNV, den Krankenhäusern, der Müllentsorgung auf weitere Wirtschaftsbereiche auszuweiten und auch Kommunalverbände und regionale Cluster zu schaffen.

Die Debatte um die Integration weiterer Wirtschaftsbereiche in die öffentliche Hand und die damit verbundene öffentliche Kontrolle gilt für uns in einem besonderen Maße für die Energieversorgung. Gerade die Energiewende muss dezentral und kommunal umgesetzt werden, in dem durch Stadtwerke sowie durch private KleinanlegerInnen und Genossenschaften die Netze übernommen werden. Auf diese Weise ist es möglich, die Monopolstellungen der Energiekonzerne zurückzudrängen.

Das Genossenschaftsmodell und seine Relevanz

Neben der arbeitsmarktpolitischen Regulierung durch einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor wie beispielsweise in der Pflege- und Gesundheitsbranche bietet sich das Genossenschaftsmodell als weiterer Ansatzpunkt an. Genossenschaften sind eine Unternehmensform, die nach dem Prinzip des arbeitnehmergeführten Unternehmens organisiert ist. Faktisch konzentrieren sich Genossenschaften heute nur noch auf den Banken- und Wohnungsbereich, obgleich gerade in ländlich geprägten Regionen Lebensmittelgeschäfte in letzter Zeit auf Grundlage des Genossenschaftswesens entstehen, um vor Ort die Lebensmittelversorgung zu gewährleisten. Im Rahmen unseres Ansatzes erscheint das Genossenschaftsmodell aufgrund der sich bietenden Vorteile für Mitglieder interessant, die im Gegensatz zur prekärer Beschäftigung stehen. Prinzipiell interessant ist die Förderung und Etablierung des Genossenschaftsmodells in den Bereichen der sozialen Dienstleistungen sowie bei sozialen, kulturellen und ökologischen Projekten. Nichtsdestotrotz bedeutet diese Förderung dieses Modells nicht zwangsweise, dass links-progressive Ansätze verfolgt

werden. Deswegen kommt es unserer Ansicht nach darauf an, das Genossenschaftsmodell wieder zu repolitisieren, um seinen Vorteile zu verdeutlichen.

Einfluss von ArbeitnehmerInnen auf die Unternehmensausrichtung ausbauen

Wir wollen den Einfluss der ArbeitnehmerInnenvertretung ausbauen, indem diese auch Mitspracherecht bei Fragen, die die Ausgestaltung des Produktionsprozesses betreffen, erhalten. Dies beinhaltet Mitbestimmung in strukturellen Fragen wie Produktionsverlagerungen, Standortschließungen, Entlassungen, Einstellungen etc. Gerade Großbetriebe, in denen Gewerkschaften Mitbestimmungskompetenzen erkämpft haben, waren in den vergangenen Jahren immer erfolgreich. Außerdem sprechen wir uns für die Abschaffung des doppelten Stimmrechts des Vorsitzes der Aufsichtsräte aus, um eine Parität von den Vertretungen von Arbeit und Kapital herzustellen.

Angenommen

I1 Atomwaffen – Nein danke.

Das sofortige Verbot der Stationierung, des Transports, der Herstellung und der sonstigen Handhabung von Atomwaffen im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik. Dazu gehört auch, bzw. insbesondere die US-Basen in Deutschland. Die einzige Ausnahme dieser Regelung wäre für die Rücküberführung der aktuell in Deutschland stationierten Atomwaffen zu genehmigen.

Nicht behandelt

I2 Internationale Ächtung der Todesstrafe!

Mittlerweile besteht in der westlichen Welt weitestgehend Konsens darüber, dass die Todesstrafe als Strafe ein unzulässiger Eingriff in das Leben eines Menschen ist. Leider existiert sie in vielen – auch westlichen! - Staaten noch immer. Wir fordern daher:

1. Einen stärkeren politischen Druck auf Staaten, in denen es die Todesstrafe gibt,
2. sich zunächst auf dem Verhandlungswege für die gänzliche Ächtung der Todesstrafe einzusetzen,
3. ansonsten gegebenenfalls auch geeignete Maßnahmen,
4. in allen internationalen Verträgen und Gesetzestexten, die noch immer die Möglichkeit der Todesstrafe beinhalten, dies zu ändern.

Angenommen

I3 Dem Rechtsruck in der Europäischen Union entschieden entgegenwirken!

Die Wahl zum europäischen Parlament 2014 führte zu einem erwartbaren und doch in der Form erschreckenden Ergebnis. Während in den meisten EU-Ländern rechte Parteien stark dazu gewannen, gehören die linken Parteien mehrheitlich zu den Verlierern. Im neu gewählten Parlament gehen demnach fast 20% der Sitze an eurokritische Parteien.

Ihre Ziele lassen sich nicht pauschal zusammenfassen, da sie untereinander in vielen Punkten unterschiedliche Positionen vertreten und sich teils auch nicht auf eine gemeinsame Zusammenarbeit einigen können. Trotz ihres in vielen Bereichen heterogenen Programms eint diese europäischen Parteien doch einiges: Ablehnung der europäischen Idee und Rückkehr zu mehr nationaler Souveränität. Für uns Jusos ist das Ergebnis der Europawahl, bei der man durchaus von einem Rechtsruck sprechen kann Grund zur Sorge und Anlass Ziele zu formulieren, diese Entwicklung zu stoppen.

Im Folgenden werden exemplarisch einige der rechten Parteien vorgestellt, die bei der Europawahl dazu gewonnen haben und dabei teilweise sogar stärkste Kraft in ihrem Land wurden.

Front National

Die Front National wurde 1972 von dem rechtsradikalen Antisemiten Jean Marie Le Pen gegründet. Ziel sollte unter dem Motto *préférence nationale*, eine Bevorzugung französischer Staatsbürger in so gut wie allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens sein. So sollten französische Staatsbürger unter anderem bei der Suche nach Arbeitsplätzen und bei Sozialleistungen bevorzugt werden. Eine weitere Zuwanderung sollte dabei strengeren Regeln unterliegen. Besonders einer Zuwanderung aus dem südlich-islamischen Raum steht die Front National kritisch gegenüber. Von vielen anderen rechtspopulistischen Parteien Europas unterscheidet sich die Front National in ihrem Protektionismus. Die Front National ist keine Anhängerin eines freien Marktes, sondern hoher Sozialleistungen und geringerer Klassenunterschiede. Durch eine Angleichung der Gehälter sollte auch das Klassensystem überwunden werden und der Fokus sollte nach Ansicht der Front National auf die wahren unüberbrückbaren Differenzen gelegt werden: Franzosen vs. Nichtfranzosen. Da in Frankreich das Rechts-Links-Schema traditioneller als in anderen Staaten anhand der Wirtschaftspolitik bemessen wird definiert sich die Front National aufgrund ihrer Sozialpolitik nicht als rechts, jedoch auch nicht als links. Sie sehen sich als französisch: *Ni Droite ni Gauche - français!*

2011, nach 39 Jahren, gab Jean Marie le Pen, der des öfteren wegen antisemitischer und geschichtsrevisionsistischer Aussagen verurteilt wurde, den Stab des Parteivorsitzes an seine Tochter Marine Le Pen ab. Sie versuchte die Partei mehr in die rechte Mitte zu rücken um Wählerinnen und Wähler aus dem rechtskonservativen Lager zu gewinnen, die sich sonst von dem rechtsradikalen Image der Partei haben abschrecken lassen. Sie distanzierte sich auch von den offenen antisemitischen und geschichtsverklärenden Aussagen ihres Vaters. Anders als er verurteilte sie auch deutlich den Holocaust. Durch diesen Wechsel könnte man durchaus die Front National als nichts mehr rechtsradikal, aber weiter als rechtspopulistisch bezeichnen. Auch unter Marine Le Pen folgt die Partei weiter dem Motto des *préférence nationale*, der deutlichen Bevorzugung französischer Staatsbürger. Dazu soll das Einwanderungsrecht restriktiver ausgestaltet werden, was auch durch einen Austritt aus dem Schengen-Raum umgesetzt werden soll. In der Gesellschaftspolitik vertritt die Partei eine rückwärtsgewandte Position. Sie lehnt die Homo-Ehe und das Adoptionsrecht gleichgeschlechtlicher Partner ab. Sie lehnt den Bau von Moscheen genauso ab wie auch eine sog. anormale Kunst, was alles moderne ist, was nach ihrer Ansicht nicht typisch französisch sei.

Bei der Europawahl 2014 erhielt die Front National 26% der Stimmen und wurde dadurch stärkste französische Partei im neu gewählten europäischen Parlament. Dort gehört sie nach Auflösung der Fraktion Identität Tradition Souveränität keiner Fraktion mehr an.

UKIP

Anders als Front National gehört die rechtspolemische United Kingdom Independence Party, kurz UKIP, einer Fraktion im europäischen Parlament an. Unter dem Namen Europa für Freiheit und direkte Demokratie haben sich neben der UKIP Parteien wie die nationalen Schwedendemokraten und weitere vorwiegend marktliberale und gesellschaftlich rechtskonservative Parteien zusammengefunden. Die UKIP verfolgt einen klar nationalwirtschaftsliberalen Kurs. Dazu sind Islamophobie und ein großer Hass auf Umweltschutz kennzeichnend für diese Partei. Sie lehnt islamische Symbole in öffentlichen Räumen ab, will generell keinen Multikulturalismus, verstärkte Zuwanderung und pol. Korrektheit. In der Umweltpolitik will sie staatliche Förderung der Kernenergie,

eine Kommission die sich über Sinn und Zweck der Debatte über Klimawandel kritisch auseinandersetzt und sogar den Film von Al Gore über den Klimawandel in Schulen verbieten. Bei der Europawahl 2014 konnte die UKIP um ihren Parteivorsitzenden Nigel Farage 28% der Stimmen holen. Dadurch gewann erstmals seit 1910 eine andere Partei als die Konservativen oder Labour eine nationale Abstimmung im vereinigten Königreich.

Schwedendemokraten

Die Schwedendemokraten, die ebenfalls wie UKIP der Fraktion Europa für Freiheit und direkte Demokratie angehören sind eine rechtspopulistische Partei aus Schweden die auch bei der Europawahl 2014 stark dazu gewonnen hat. Inhaltlich ähnelt sie mit ihrem wirtschaftsliberalen und islamfeindlichen Programm auch der UKIP.

Entstanden sind die Schwedendemokraten 1988 durch eine Fusion der rechtsradikalen Bevara Sverige Svenskt mit der Schwedischen Fortschrittspartei. Bevara Sverige Svenskt hat kein Parteilich organisiert und demokratisch-rechtsstaatliches Fundament, sondern war ein Zusammenschluss von offen Rassistischen Neo-Nazis mit teilweise großer Sympathie für den Nationalsozialismus. Die Schwedendemokraten versuchen jedoch sich seit den späten 90er Jahren vom rechtsradikalen Image der Bevara Sverige Svenskt zu befreien um so Wählerschichten aus der rechtskonservativen Mitte zu gewinnen. Bei der Europawahl erhielten sie gut 10%.

Auch in vielen anderen Staaten Gewannen rechtspopulistische bis rechtsradikale Parteien klar wie auch die FPÖ in Österreich 20,5% und wurde so drittstärkste Kraft in Österreich. Ebenso wurden die Partei Wahre Finnen mit rechtspopulistischen Positionen mit 12,9 drittstärkste Kraft in Finnland. Auch die Euroskeptische AfD in Deutschland gilt als eine der großen Wahlgewinner in Deutschland. Die Parteien sind in sich sehr unterschiedlich und heterogen. Pauschal kann man diese schwer bekämpfen. So stehen sich auch UKIP und Front National nicht freundschaftlich gegenüber. Besonders in wirtschaftlichen Fragen, in Ausgestaltung der Vorurteile gegen andere Völker und im Umgang mit dem Islam. Einige lehnen auch die EU als Ganzes ab, andere nur den Euro.

Mögliche Gründe für Rechtsruck

Weshalb werden diese Parteien gewählt? Weshalb werden solche politischen Ansichten von den WählerInnen der einzelnen Länder teilweise nicht nur toleriert, sondern auch legitimiert und unterstützt? Deutlich wird, dass die großen sozialdemokratischen und konservativen Parteien in den letzten Jahren so viele Wählerinnen und Wähler verloren haben, dass man sie in vielen Staaten nicht mehr als Volkspartei definieren kann. Es wird deutlich, dass viele Menschen radikale Antworten auf die gängigen Fragen suchen und diese meist im Nationalismus und der Abschottung zu finden meinen. Die Wirtschaftskrise, die Finanzhilfen ökonomisch stärkerer Länder für südliche EU-Mitglieder, die sogenannte als "EU-Diktat" wahrgenommene Politik Brüssels oder die Zuwanderung der letzten Jahrzehnte, auch durch islamische Staaten oder der Sinti und Roma in westliche Staaten scheint bei vielen Menschen nicht ein europäisches Gemeinschaftsgefühl auszulösen, mit dem Bedürfnis sich solidarisch als Staatengemeinschaft zu helfen, sondern sich in eine rückwärtsgewandte und vermeintlich heimatliche Welt der Nationalen Abschottung zu flüchten, als wäre man mit der heutigen Welt überfordert und suche als Schein einen Schutzraum mit einfachen Antworten auf komplexe Fragen. Um diesen Trend entgegenzuwirken muss man direkt bei den Menschen ansetzen. Die

europäische Idee ist richtig, wir Jusos stehen weiter hinter dem europäischen Gedanken der Solidarität und des Miteinander zwischen Staaten die historisch nie in so einem langen Zeitraum sich friedlich gegenüberstanden wie in den letzten Jahrzehnten mit der EU. Unser Ziel ist eine Umgestaltung in eine Sozialunion, daran müssen wir arbeiten. Eine Flucht in Nationalismus und Abschottung mit dazu gehörenden konservativen Gesellschaftsansichten lehnen wir nicht nur ab, wir befürchten bei einem Blick in die Geschichte bei dieser Entwicklung auch Schlimmeres. In diesem Fall sehen wir den Lösungsweg nicht nur in allgemeinen Gesetzen. Eben diese werden ja der EU ja vorgeworfen und sorgen dafür, dass sich viele ihr abwenden. Ziel muss es auch sein bei den Menschen direkt anzusetzen und sie langfristig vom europäischen Gedanken zu überzeugen. Folgende Ansätze könnten dazu führen:

Ablehnung anderer Kulturen

Oft ist die Ablehnung einer anderen Kultur mit fehlendem Verständnis für diese begründet. Daher fordern wir, dass andere Länder, andere Kulturen und andere Nationen ausführlich in der Schule behandelt werden und künftig zu den Kerncurricula aller Schulformen gehören.

Wir wollen einen Ausbau von internationalen Austauschprogrammen, innerhalb der EU und weltweit, sodass unabhängig von den Vermögensverhältnissen der Eltern allen Schülerinnen und Schülern in der Schulzeit die Möglichkeit gegeben wird, andere Kulturen und Länder selbst kennen zu lernen um eigene Einschätzungen über diese zu treffen.

Durch einen Ausbau der Integration kann man Vorurteilen entgegenwirken. Nichts fördert ein solidarisches Denken innerhalb der ethnischen Gruppen und den Abbau von Vorurteilen mehr als ein Miteinander. Dies kann durch aktiv gestaltete Wohnpolitik oder dem weiteren Ausbau von Gesamtschulen erfolgen.

Schlussendlich werden damit kulturelle Ablehnung durch Unverständnis abgebaut werden, da die Empathiefähigkeit der Individuen unterschiedlicher europäischer Nationen untereinander und auch gegenüber außereuropäischen Nationen wachsen.

Ablehnung anderer Religionen

Ablehnung erfolgt nicht nur gegenüber anderen Ländern, Kulturen und Nationen, sondern insbesondere auch gegenüber anderen Religionen, wie dem Islam. Deshalb fordern wir

- die Einbeziehung anderer Religionen in den Schulunterricht
- einzelne positive Heraushebungen aller Weltreligionen

sodass die Toleranz gegenüber anderen Ideologien, Denkmustern und Religionen zunimmt.

Außendarstellung der EU

Die Darstellung der EU innerhalb der EU-Bürgerinnen und Bürger ist derzeit äußerst negativ.

Daher fordern wir die europäische Union dazu auf, auf ihre Errungenschaften verstärkt aufmerksam zu machen, wie beispielsweise auf die Reisefreiheit, auf die teils äußerst niedrigen Preise und die

enorme Auswahlmöglichkeit der Konsumenten durch die EU. Des Weiteren fordern wir die Entscheidungsträger der EU dazu auf, die europäische Sozialpolitik stärker auszubauen, um einerseits die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger der EU anzugleichen und vor allem verbessern zu können und andererseits weitere positive Veränderungen für die Bevölkerung der EU zu bewirken.

Nichtwähler

Einige Wählerinnen und Wähler gehen nicht zur Europawahl, weil sie meinen, dass sich weder durch ihre Stimme noch durch das Ergebnis der Europawahl etwas ändere. Durch den hohen Anteil der Nichtwählerinnen und Nichtwähler erhalten jedoch rechtspopulistische Parteien höhere Stimmenanteile. Die Vorzüge der Demokratie und Mitbestimmung muss verstärkt als historische Chance dargestellt werden.

Inklusion

AsylbewerberInnen, die nicht nur kaum in den Möglichkeiten der Integration unterstützt werden, sondern die sogar in ihren Möglichkeiten zur Integration beschränkt werden leidern unter den Umständen und werden dadurch auch als etwas Fremdes wahrgenommen. Diese nicht Integrierten werden oft als „Ausländer“ „die sich nicht integrieren wollen“ wahrgenommen. Dadurch entstehen Missgunst und Vorurteile gegenüber anderen Nationen. Meist ist es für AsylbewerberInnen äußerst kompliziert an eine Arbeitserlaubnis zu gelangen, sodass sie in die Rolle der arbeitsfaulen Personen gedrängt werden die auf Tasche der Sozialämter liegen.

Daher fordern wir die Unterstützung der AsylbewerberInnen bei ihrer Integration durch kostenfreie und umfangreiche Sprachkurse, die an das jeweilige Sprachlevel der einzelnen angepasst sind unbürokratischere und schnellere Wege für AsylbewerberInnen an eine Arbeitserlaubnis zu gelangen, genauer:

Jeder Asylbewerber und jede Asylbewerberin sollen das Recht bekommen, in ihrem jeweiligen Aufenthaltsland nach Vorlage der notwendigen Personalien eine Arbeitserlaubnis zu erhalten. Nach der Antragsstellung auf eine Arbeitserlaubnis ist dem Antrag nach einer Frist von höchstens zwei Wochen zuzustimmen, sofern keine gravierenden personenabhängige Gründe wegen falscher Angaben oder Urkundenfälschung bei den für den Antrag nötigen Unterlagen vorliegen.

Mediale Berichte

Meist sind die Nachrichten sehr national orientiert. Dies fördert das Nationalbewusstsein der BürgerInnen, was die Abgrenzung gegenüber anderen Nationen verstärkt. Daher fordern wir die Medien und Berichterstattungen dazu auf, mehr über andere Länder zu berichten.

Kampf gegen Rechts

Antifaschistische Gruppen müssen europaweit in ihrer gewaltfreien Arbeit gegen rechte Strukturen mehr finanzielle Mittel erhalten.

Angenommen

I4 Pro Asyl gegen Eurosur

Unsere Forderung, da der Nutzen eines Systems wie Eurosur nicht nachweisbar, jedoch die Gefahren und Kosten, die es birgt, erheblich sind, ist Eurosur umgehend einzustellen und die gesparten Gelder zum Wohle der Flüchtlinge und nicht zu ihrer Abschreckung einzusetzen.

Am 22.10.2013 einigte sich die Europäische Union in der Verordnung Nr. 1052/2013 auf die Errichtung eines europaweiten Grenzüberwachungs- und Informationsaustauschsystems: Das European Border Surveillance System oder kurz: **Eurosur**.

Im Rahmen von Eurosur soll in jedem Land der europäischen Union ein sogenanntes nationales Koordinierungszentrum errichtet werden. Diese Koordinierungszentren sammeln die Informationen aller Grenzüberwachungsbehörden (d.h. Zoll, Grenzschutz, Einwanderungsbehörde etc.) und weitere Daten, die durch neu installierte Grenzüberwachungsinstrumente (Schiffssensoren, Drohnen, Satellitenüberwachung etc.) erhoben werden, um sie in einem nationalen Lagebild zusammenzufassen.

Das nationale Lagebild soll in erster Linie als Informationsquelle für Frontex, der europäischen Grenzschutzbehörde, dienen und unter anderem eine Einstufung des Gefährdungspotenzials aller Ereignisse an den Grenzen beinhalten.

Aus der Summe dieser nationalen Lagebilder entwickelt Frontex das sogenannte „europäische Lagebild“.

In dem ebenfalls eine Einstufung des Gefährdungspotenzials bezüglich Grenzüberschreitender Kriminalität und Flüchtlingsströme, allerdings diesmal ganzer Grenzabschnitte, enthalten sein soll.

Zusätzlich entwickelt Frontex, mithilfe von nicht EU-Ländern und den bereits erwähnten Grenzüberwachungsinstrumenten, ein „Informationsbild des Grenzvorbereichs“.

Das Wort „Grenzvorbereich“ schließt hierbei alles ein was außerhalb der europäischen Union liegt, seien es internationale Gewässer oder Häfen und Küstenabschnitte anderer Länder.

Auch bei diesen erfolgt wiederum eine Einstufung bezüglich ihres Gefährdungspotenzials.

Am Ende sollen alle diese Informationen Teil des bereits bestehenden CISE (Common Information sharing Environment) werden, zudem theoretisch jedes Mitgliedsland uneingeschränkten Zugriff haben soll.

Ob und wie genau diese Eingliederung passiert steht jedoch noch nicht fest.

Nach eingehender Beschäftigung mit der Verordnung Nr. 1052/2013 und dem Aufsatz „Borderline“ der Heinrich Böll Stiftung zu diesem Thema kommen wir jedoch zu folgenden Ergebnissen:

Eurosur besitzt keine rationale Legitimation

Die Idee von Eurosur steht nicht, wie in der Vergangenheit vielfach von Politikern behauptet wurde, im Zusammenhang mit dem Arabischen Frühling des Jahres 2011, sondern ist bereits sehr viel älter.

Tatsächlich sollen bereits 2008, nach Informationen der Heinrich Böll Stiftung, Pläne für ein Projekt wie Eurosur vorgelegen haben.

Allerdings kam die Flucht einer größeren Zahl von Menschen aus Tunesien an die Küsten Frankreichs, im Zuge des arabischen Frühlings, für die Durchführung von Eurosur nicht ungelegen.

Schnell wurde dieses Ereignis genutzt und auf Basis von Rechtspopulismus und dem gezielten Spiel mit den Ängsten der europäischen Bevölkerung (Flüchtlingsschwelle/ Flüchtlingsflut) wurde versucht das von langer Hand geplante Projekt zur Abschirmung europäischer Grenzen zu legitimieren.

Der Schutz und die Rettung von Flüchtlingen spielte hierbei eine geringe bis gar keine Rolle.

Eurosur dient der Flüchtlingsbekämpfung

Auch wenn Eurosur immer wieder als Flüchtlingsschutzprogramm verkauft wird, so erkennt man die tatsächliche Aufgabe dieses Projekts beim Lesen der europäischen Verordnung nur allzu deutlich.

Hauptsächlich ist hier die Rede von der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität, deren Bedeutung und Verbreitung in Wirklichkeit nicht nachweisbar ist, und der Bekämpfung illegaler Einwanderung.

Unter Punkt 3) der Verordnung heißt es dann: „In dieser Verordnung wird anerkannt, dass die Migrationsrouten **auch** von Menschen genutzt werden, die internationalen Schutz benötigen“.

Insofern wird von der europäischen Union auf der einen Seite keine klare Trennung von Migranten und Asylsuchenden gemacht und auf der anderen Seite die begründete Asylbewerbung klar als Randerscheinung dargestellt.

Darüber hinaus fehlt es der Verordnung an einer Festlegung, wie mit Menschen, die von Eurosur beim Grenzübertritt registriert worden sind verfahren werden soll.

Es existiert weder eine Richtlinie, die die Rettung von Migranten oder Flüchtlingen vorschreibt noch eine, die etwa die Art deren späterer Unterbringung spezifiziert.

Wäre Eurosur ein Programm zum Schutz von Flüchtlingen müssten diese Regelungen klar im Vordergrund stehen oder zumindest eindeutig formuliert sein

Eurosur mangelt es an Objektivität

Allerdings bleibt nicht nur das Verfahren mit Flüchtlingen den unterschiedlichen Regelungen und subjektiven Einschätzungen der Mitgliedsländer überlassen.

Auch bei der Risikobewertung, die eine wichtige Säule bei Eurosur darstellen soll, bestehen keinerlei Vorgaben nach welchen Kriterien diese Einstufung erfolgt oder was aus einer entsprechenden Einstufung für Konsequenzen gezogen werden.

Hierzu heißt es lediglich, Das betreffende Land solle bei unerheblichen Auswirkungen (low impact level) eine **ausreichende** Anzahl an Truppen und Ressourcen zur Verfügung stellen, bei moderaten Auswirkungen (medium impact level) solle zusätzlich eine **geeignete**

Grenzüberwachung installiert werden und bei erheblichen Auswirkungen (high impact level) sollen vorhergegangene Maßnahmen verstärkt werden.

Die Frage, welche Neuerungen derartig formulierte Verordnungen bringen, bleibt besser unausgesprochen.

Eurosur kennt keine Kostenbremse

Was allerdings die Kosten für Eurosur anbelangt so zeigte sich die Europäische Union, trotz der Finanzkrise, die noch nicht ausgestanden ist, überraschend freigiebig.

Statt einer Festlegung über den Etat des Projekts heißt es hierzu: „ Die Agentur (Frontex) soll mit entsprechenden finanziellen und personellen Mitteln ausgestattet werden, damit sie die ihr im Rahmen dieser Verordnung zusätzlichen Aufgaben angemessen erfüllen kann“.

Die Heinrich Böll Stiftung kritisiert in diesem Zusammenhang, dass die Einschätzung über die Kosten des Projekts über 338 mio € viel zu gering sind und einen Rahmen von mehr als 850 mio € leicht sprengen könnten.

Vor allem, da die einzigen Gutachten über das Kosten Nutzen Verhältnis des Projekts von Frontex, beziehungsweise von den Hard- und Software Entwickler Firmen, die massiv von der Durchführung des Projektes profitieren, erstellt wurden.

Eurosur ist Technokratie statt Demokratie

Die Firmen, welche know how und Material für Eurosur liefern, sind dabei stärker in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden als das europäische Parlament oder die Bevölkerung der Mitgliedsstaaten. Legitimation erhält Eurosur einzig und allein von der europäischen Kommission und Frontex. Eine breite Diskussion der Bürgerinnen und Bürger, wie es sie vor der Einführung von Frontex gab suchte man vor der Einführung von Eurosur vergeblich.

Im weiteren Verfahren soll das europäische Parlament von Frontex alle zwei Jahre und von der Kommission alle 4 Jahre eine Einschätzung über das funktionieren von Eurosur erhalten.

Die Möglichkeit sich selbst ein Bild machen oder auf Basis der Ergebnisse Einspruch gegen das Projekt erheben zu können fehlt jedoch.

Eurosur ist Machtbasis und Datenmonopol

Obwohl die unterzeichnenden Mitgliedstaaten sich verpflichten uneingeschränkt alle Daten bezüglich ihrer Grenzen an Frontex weiterzugeben ist ein uneingeschränkter Zugriff auf diese nicht vorgesehen. Stattdessen behält Frontex sich vor, Informationsgesuche aus Mitgliedsstaaten, ablehnen zu können. Zum Teil müssen Mitgliedsstaaten auch streng geheime Informationen, wie zum Beispiel den Status, die Stärke und die Bewegung von Truppen, die sich in der Nähe von Grenzgebieten aufhalten weitergeben. Solche Berichte mögen zwar ungefährlich in Bezug auf unsere europäischen Nachbarn wirken. Allerdings erhalten sie eine gewisse Brisanz bezieht man mit ein, dass es auch Drittstaaten, innerhalb eines von Frontex im Einzelfall festzulegenden Rahmen, möglich ist Informationen aus Eurosur zu erhalten.

Dabei werden illegale Zugriffe auf Eurosur, die durchaus nicht unmöglich sind, noch unberücksichtigt gelassen.

Eurosur könnte also für jedes der unterzeichnenden Mitgliedsländer zum Sicherheitsproblem werden.

Allerdings ist nicht nur der Datenschutz der Mitgliedsländer sehr unsicher. Auch von Privatpersonen werden innerhalb von Eurosur Daten gesammelt, deren Weiterverbreitung schon festgelegt ist, da es sich bei Eurosur schließlich um ein Informationsaustauschsystem handelt.

Eurosur ist europäische Vorratsdatenspeicherung

Vor allem mithilfe der Satellitenüberwachung und der Sensor gestützten Schiffserkennung, die an den Europäischen Seegrenzen erfolgen, werden von Eurosur Daten über Europäische Bürgerinnen und Bürger erhoben und gespeichert.

Die Heinrich Böll-Stiftung, behauptet sogar, dass es nicht bei der Erhebung dieser Daten bleiben wird und Eurosur aus mangelnder Differenzierungsmöglichkeit jedwede Urlaubsreise und andere Grenzüberschreitung innerhalb des Schengenraums registrieren könnte.

Die zukünftigen Pläne Eurosur mit in das europäische CISE (Common Information Sharing Environment) zu überführen würden nach Befürchtungen der HBS dazu führen, dass Datenschutz bald überhaupt nicht mehr gewährleistet werden könnte.

Fazit

Mit der Behauptung Eurosur sei ein Programm zum Schutz für Flüchtlinge werden dabei bestimmte Informationen gezielt verschleiert.

Tatsächlich von dem Projekt profitieren können nur Frontex, der eine breite Machtbasis zugesprochen wird, und die Firmen, die ihre Technologie zu beinahe beliebigem Preis an die Europäische Union verkaufen können.

Angenommen

15 Resolution: Echte Hilfe für die Flüchtlinge des „IS“ Terrors - humanitäre Katastrophe verhindern!

Wir fordern alle politischen und gesellschaftlichen FunktionsträgerInnen auf, sich dafür stark zu machen, dass das europäische Engagement im Kampf gegen den Terror des IS verstärkt wird. Außerdem gilt es den Flüchtlingen zu helfen. Mit internationalen Anstrengungen muss verhindert werden, dass die Flüchtlinge nach den Strapazen der Flucht weiterer Tortur ausgesetzt werden und die Europäische Union soll die Türkei bei der Gewährleistung der humanitären Hilfe für über 1,5 Millionen aufgenommenen Syrien-Flüchtlinge finanziell unterstützen. Außerdem muss mit vereinten Kräften dafür Sorge getragen werden, dass den kurdischen Parteien, die vielerorts die Versorgung der Flüchtlinge übernommen haben, die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die sie für eine optimale Betreuung der Geflüchteten brauchen.

Angenommen

16 Überprüfung PKK-Verbot!

Die Landeskonzferenz möge beschließen, sich dafür einzusetzen, dass das derzeitige PKK- Verbot geprüft wird. Waffenlieferungen werden abgelehnt.

Nicht behandelt

17 Verstaatlichung der deutschen Kriegswaffenindustrie

Wir fordern die Verstaatlichung der deutschen Kriegswaffenindustrie, was in der Gründung der Deutschen Rüstungs-AG münden soll. Diese soll vom Staat gehalten werden.

Nicht behandelt

18 Neue diplomatische Ausrichtung der EU und der NATO

Wir fordern eine neue diplomatische Ausrichtung der EU und der NATO, nämlich sich Russland anzunähern und mehr auf Dialog zu setzen.

Nicht behandelt

I9 Informations- und Vetorecht für den Bundestag vor Waffenexporten

a) Dem Deutschen Bundestag wird ein Vetorecht zu gestellten Genehmigungsanträgen zur Ausfuhr von Waffen jeglicher Art zugesprochen.

b) Dem Deutschen Bundestag wird ein Informationsrecht zu gestellten Genehmigungsanträgen jeglicher Art zugesprochen. Das Informationsrecht umfasst Daten über den Hersteller, die Anzahl und Art der Waffen sowie den Bestimmungsort der Lieferung und Kenntnisse über die spätere Verwendung der Waffen.

Angenommen

I10 Wirtschaftsprofit vor Menschenrecht? Nicht mit uns.

Die Jusos Niedersachsen fordern die niedersächsische Landesregierung auf zukünftig bei der Frage von wirtschaftlichen Partnerschaften des Landes Niedersachsen die Menschenrechtssituation in den möglichen Partnerländern als Kriterium des Eingehens einer solchen Partnerschaft darstellen soll.

Dies umfasst insbesondere:

- * Zustimmung zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR).
- * gesicherte Frauenrechte, insbesondere der Gleichbehandlung von Frauen und Männern.
- * Das Recht auf freie Entfaltung der sexuellen Identität
- * Religionsfreiheit
- * Geschützter rechtlicher Status von Minderheiten.
- * Meinungs- und Pressefreiheit.
- * Schutz vor Folter.
- * Rechtsstaatlicher Schutz vor willkürlichen staatlichen Bestrafungen.
- * grundlegende Rechte von ArbeitnehmerInnen.

Angenommen und weitergeleitet zur Kenntnisnahme SPD-Landesvorstand und SPD-Landtagsfraktion

I11 Verantwortung wahrnehmen – Schutz bieten

Wir fordern die SPD auf sich aktiv zum Konzept der "Responsibility to Protect" (Schutzverantwortung) zu bekennen sowie sich international für eine Etablierung dieser Norm einzusetzen.

Das bedeutet für uns konkret:

Die Pflicht zur Prävention:

Um schwere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, sollen zunächst präventive Maßnahmen – etwa diplomatischer oder wirtschaftlicher Art – genutzt werden. Darüber hinaus muss eine Anklage vor dem Internationalen Strafgerichtshof geprüft und gegebenenfalls erhoben werden.

Die Pflicht zur Reaktion

In Extremfällen muss die Internationale Gemeinschaft als Ultima Ratio auch militärisch eingreifen, etwa bei Genoziden oder ethnischen Säuberungen. Das gilt auch für folgenden Fall: Sollte kein Beschluss des UN-Sicherheitsrates aufgrund des Vetos eines ständigen Mitglieds zustande kommen, reicht ein Mehrheitsbeschluss der UN-Vollversammlung aus, um eine humanitäre Intervention zu legitimieren.

Die Pflicht zum Wiederaufbau

Nach Beendigung der Konflikte muss ein Wiederaufflammen der Gewalt verhindert werden. Konfliktparteien sollten entwaffnet werden und in konstruktive Verhandlungen miteinander treten. Die Infrastruktur muss wieder aufgebaut werden.

Angenommen

I12 Als hätten wir eine Wahl gehabt – Europäisches Wahlsystem weiterentwickeln

Martin Schulz ist für die SPD ein großartiger Spitzenkandidat gewesen. Jemand für den wir bei den Jusos wie auch in der SPD gerne auf die Straße gehen, für den es sich lohnt bis zum Ende Wahlkampf zu machen. Aber war er auch ein europäischer Spitzenkandidat? Angesichts fragwürdiger Plakateingebungen aus Berlin und mit Blick auf den Umgang anderer Parteien mit ihren Spitzenkandidaten sind dort Zweifel mehr als angebracht. Unweigerlich kommt die Frage auf, ob die sozialistischen Parteien in Europa ebenso wenig für Martin Schulz eingestanden haben wie die CDU hierzulande für Jean-Claude Juncker? Direkt daran schließt sich an: War die Kür von Spitzenkandidaten ein Erfolg? Ist jetzt alles besser geworden? Mit Europa, mit dem vielzitierten Verständnis für Europa, mit der Politikverdrossenheit überhaupt? Wahrscheinlich beantworten die meisten EU-BürgerInnen diese Fragen mit nein.

Nach der Wahl gibt die politische Landschaft in Europa ein fürchterliches Bild ab. Wurde uns nicht vorgegaukelt, dass wir den Kommissionspräsidenten wählen? In der Realität war es dann wohl doch eher das Postengeschachere der europäischen Regierungen und konservativen Kreise mit eher glücklosen und humoristisch anmutenden Eingebungen aus der sozialistischen Fraktion. So bleibt als Ergebnis der Europawahl schließlich, dass die sozialistischen Parteien wieder nicht die Mehrheit im

europäischen Parlament erringen konnten, Juncker ist Kommissionspräsident geworden - was man davon halten mag sei jedem selbst überlassen - und Martin Schulz ist Ratspräsident geblieben. Alles in Allem wohl genau das Ergebnis, das es auch ohne die Neuerung der Spitzenkandidaten gegeben hätte, nur mit noch mehr Gepolter und wenig mehr Wählerbeteiligung.

Wenn es die Europäische Union in ihrer gegenwärtigen Form überhaupt bis zur nächsten Wahl schaffen soll - es stellt sich ja fast jeden Tag die Frage wer dann noch alles dabei sein darf oder will - müssen wir uns überlegen wie eine echte Neuerung des Wahlsystem in Europa aussehen kann. Es braucht endlich ein System, in dem die europäischen Bürger tatsächlich die Entscheidung treffen wer an der Kommissionsspitze steht, unabhängig vom Klüngel der Regierungschefs. Wir als Jusos stellen fest, dass wir bedingungslos dafür einstehen werden, dass jedes Land, das gegenwärtig Teil der EU ist, dies auch bleibt und im Falle, dass der nächste Spitzenkandidat nicht mehr Martin Schulz heißt, wir einen genauso engagierten Wahlkampf leisten werden.

Nicht behandelt

IR1 Resolution zu PEGIDA

Die Demonstrationen der Gruppe PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) sind rassistisch und ideologisch geprägte Veranstaltung, die wir als Jugendorganisation der SPD auf das schärfste ablehnen. Es ist daher die Aufgabe der Jusos, der SPD und aller ihnen nahestehenden Organisationen das wahre Gesicht von PEGIDA zu entlarven und klarzustellen, dass unsere Gesellschaft eine bunte und vielfältige ist.

Die OrganisatorInnen von PEGIDA erheben für sich den Anspruch das „deutsche Volk“ zu repräsentieren. Dabei bestehen sie lediglich aus einer stark homogenen Gruppe, die nicht eine vermeintliche Mehrheit oder sogar die Gesamtheit der Bevölkerung darstellt. Auch verkennen sie, dass die deutsche Gesellschaft heute mehr denn je eine vielfältige ist. Und das ist auch gut so! PEGIDA schürt jedoch Ängste gegen diese Vielfalt. Und dabei insbesondere gegen die schwächste Gruppe in unserer Gesellschaft, den Flüchtlingen. Seit geraumer Zeit war Fremdenhass nicht mehr so von der Mitte der Gesellschaft akzeptiert, wie seit PEGIDA. Jedoch ist diese Organisation nicht mehr die einzige Gruppe. Seit geraumer Zeit bilden sich nun schon diverse Ableger. Allen voran LEGIDA. Diese Gruppe zeichnet sich durch eine noch stärkere Radikalität aus, indem sie obskure Forderungen wie ein Ende des "Kriegsschuldskults" fordert. Eine Formulierung die man sonst nur aus Neonazi-Kreisen gewohnt ist. Diese und weitere Ableger, wie auch der noch in der Entstehung befindliche Verein "Direkte Demokratie für Europa", müssen - genau wie PEGIDA - gemeinsam politisch bekämpft werden.

Die Demonstrierenden verbreiten nicht nur islamophobe und ausländerfeindliche Parolen. Sie formulieren teils rechtskonservative bis extrem rechtsradikale Positionen. Sie glauben, dass ihre Warnungen längst überfällig sind und dass ihre Analyse von der Mehrheit geteilt wird. Sie verbreiten Angst auf der Basis von Vorurteilen. Dabei stellen sie sich selbst oftmals als eine von den Medien ausgegrenzte und denunzierte Gruppe dar. Ihr Vokabular instrumentalisiert historische Begriffe, wie die 1989 benutzte Parole „Wir sind das Volk“ und verkehrt sie ins Gegenteil. Die DemonstrantInnen von damals wollten Freiheit für alle. PEGIDA will dagegen Freiheit nur für wenige.

Wer seine Konflikte auf dem Rücken von Flüchtlingen austrägt oder diffuse Ängste nutzt, um sich auf Kosten von Asylsuchenden zu profilieren, disqualifiziert sich für einen Dialog mit der Spitze der SPD. Wer gegen Flüchtlinge hetzt, muss akzeptieren als RassistIn bezeichnet zu werden. Daher lehnen wir Jusos Göttingen den Dialog zwischen Sigmar Gabriel und PEGIDA aufs Schärfste ab. Eine Gruppe von menschenfeindlich argumentierenden Akteuren stellt keinen ausreichenden Grund dar, um als Parteivorsitzender einer linken politischen Partei mit den Mitgliedern von diesen zu reden. Stattdessen fördert ein Dialog auf dieser hohen Ebene lediglich die mediale Präsenz der Gruppe und zugleich auch den Eindruck, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei fische nach Stimmen am rechten Rand, was keinesfalls erstrebenswert sein kann. Stattdessen muss klar kommuniziert werden, dass wir Fremdenhass und Menschenfeindlichkeit keinesfalls dulden. Es muss deutlich sein, dass die Ängste, die PEGIDA schürt, unbeachtlich sind und dass unsere Gesellschaft eine tolerante und weltoffene ist. Dies auch den DemonstrantInnen von PEGIDA und seinen Ablegern zu vermitteln ist auch Aufgabe der politischen Parteien vor Ort. Die lokale Politik muss klarstellen, dass sie ihre Sorgen wahrnimmt und erkennt. Sie muss aber ebenso deutlich machen, dass Fremdenfeindlichkeit nie die Antwort sein darf.

Auch wenn die Bewegung rund um PEGIDA derzeit abzuebben scheint, so wird das Grundproblem auch nach dem endgültigen Verschwinden der Organisation noch vorhanden sein: Das Gedankengut der bis zu 17.000 Menschen, die sich bereiterklärt haben an diesen Demonstrationen mitzuwirken. Sie und

ihre Sympathisanten stammen zu großen Teilen aus der Mitte der Gesellschaft und sie werden auch nach Ende der Demonstrationen nicht so einfach verschwinden. Eine Verschärfung des Asylrechts ist strikt abzulehnen. Stattdessen kann die Antwort nur eine offene Willkommenskultur sein, die wir auf allen Ebenen fördern müssen.

Nicht behandelt

IR2 Streaming als gesetzlich zulässig erklären

Das Urheberrechtsgesetz wird dergestalt geändert, dass das ausschließliche Betrachten (Streaming) nicht ganz offensichtlich unrechtmäßig eingestellter Inhalte in das Internet künftig gesetzlich für zulässig erklärt wird. Hierzu wird das Gesetz geändert. Außerdem sollen Zweifel hinsichtlich des vorherigen legalen Uploads von Filmmaterial – also einer möglicherweise vorher erfolgten Verletzung des Urheberrechts – zugunsten der KonsumentInnen gehen, die die Streamingangebote bloß zur einmaligen Ansicht nutzen und oft die komplizierten Verhältnisse des Urheberrechtes kaum zu überblicken vermögen.

Angenommen

IR3 Dann lieber nackt! - Verbot von Kleidung der Marke "Thor Steinar" in Stadien!

Wir fordern die Landtags- und die Bundestagsfraktion dazu auf, sich dafür einzusetzen, das Tragen von Kleidung, die Schriftzüge oder Symbole rassistischer, fremdenfeindlicher, gewaltverherrlichender, diskriminierender, sowie rechtsradikaler Tendenz zeigen, bei Fußballspielen durch die Stadionordnungen aller deutschen Profifußballvereine verboten wird.

Dabei soll die Bundestagsfraktion die deutschen Fußballvereine dazu auffordern, explizit das Tragen von Bekleidung der Marke „Thor Steinar“ durch die Stadionordnung zu verbieten. Des

Weiteren sollen Ordner gezielte Schulungen erhalten, damit diese in der Lage sind, rechte Symbole zu erkennen und entsprechend zu handeln. Ferner soll durch die Schulungen auch verhindert werden, dass Rechten die Möglichkeit geboten wird sich als Ordner in Stadien aufzuhalten.

Zudem soll die Möglichkeit eines solchen Verbotes in allen Profi-Sportarten überprüft werden.

Nicht behandelt

IR4 Wiederaufnahme der systematischen Blindgängersuche und Beteiligung des Bundes!

Die Jusos Niedersachsen fordern die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion und die niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten auf, ...

1. Sich für die Wiederaufnahme der systematischen Suche nach Blindgängern aus dem Zweiten Weltkrieg einzusetzen;
2. Sich für eine Beteiligung der Bundesregierung an den Kosten für die Suche, Beseitigung und Entschärfung von vor 1945 produzierten Kampfmitteln einzusetzen;
3. Sich für eine schnellere und effektivere Beseitigung der noch vorhandenen Blindgänger einzusetzen. Ein Zeitrahmen von noch geschätzt 20 Jahren stellt keine akzeptable Gefahrenabwehr dar.
4. Diese Form der Gefahrenabwehr darf in Zukunft keine freiwillige und rein kommunale Aufgabe sein.

Nicht behandelt

IR5 Gegen Radikalnationalismus in der SPD – Unvereinbarkeit mit den Grauen Wolfen

Wir fordern, die Mitgliedschaft bei den Grauen Wölfen mit einer Mitgliedschaft der SPD für unvereinbar zu erklären.

Nicht behandelt

IR6 Resettlement-Programm des UNHCR ausweiten

Die Jusos Niedersachsen fordern eine Ausweitung der Plätze, die Deutschland für das UNHCR Resettlement-Programm zur Verfügung stellt. Es sollten jährlich 5 000 Aufnahmeplätze zur Verfügung gestellt werden.

Nicht behandelt

IR7 Generalunternehmen sind auch für Misstände bei Subunternehmen verantwortlich!

Die Jusos Niedersachsen fordern die niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten auf, sich für eine bundesweite Änderung im Gewerberecht einzusetzen und daraufhin zu wirken, dass bei sanktionierbarem Handeln von Subunternehmen auch die beauftragenden Generalunternehmen zur Rechenschaft gezogen werden. Generalunternehmen müssen in Zukunft für alle bei und/oder durch sie Beschäftigten dieselben Standards gewährleisten und dürfen sich nicht aus der Verantwortung stehlen.

Angenommen und weitergeleitet an die Landesgruppe SPD-Bundestagsfraktion

IR8 Gibt es das auch auf Deutsch? – Programme kürzer und verständlicher gestalten

Wir fordern, dass Unternehmens-AGB und Datenschutzrichtlinien im Internet, verständlich und kurz für die Allgemeinheit formuliert werden.

Die Richtlinie muss wieder so sein, dass jeder Verbraucher informiert ist und nicht alles hochjuristisch zu formulieren.

Nicht behandelt

IR9 Abschaffung der Berittenen Polizei

Die Reiterstaffeln der Polizei Niedersachsen müssen abgeschafft werden. Eine berittene Polizei soll nicht mehr Teil der niedersächsischen Polizeistrukturen sein. Zudem sollen für Einsätze wie Demonstrationen oder Fußballspiele auch keine berittenen Polizeieinheiten aus anderen Bundesländern in Niedersachsen zum Einsatz kommen.

Angenommen

IR10 Einwanderungspolitik reformieren

Wir unterstützen die Forderung nach der Schaffung eines Zuwanderungsgesetzes. Legale Migration soll auf diese Weise einfacher, die Regeln klarer werden. Eine erneuerte und bessere Zuwanderungsgesetzgebung kann, wie von verschiedenen Seiten gefordert, ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild beinhalten. Jenseits der genauen Ausgestaltung stellen wir Jusos drei Grundforderungen an eine solche Reform.

Erstens. Reform heißt nicht Verschärfung – Wir wollen ein liberaleres Zuwanderungsrecht. Die Einführung eines Zuwanderungsgesetzes soll für mehr Transparenz und Gerechtigkeit sorgen.

Das Ziel darf nicht die weitere Einschränkung von Migration und Abschottung Deutschlands sein. Ein neues Zuwanderungsrecht entbindet die Mehrheitsgesellschaft nicht von der Pflicht, MigrantInnen schneller und besser zu integrieren.

Zweitens. Angemessene Kriterien für die Punktevergabe – Wir müssen menschlichen Schicksalen gerecht werden. Migrant*innen leisten einen Beitrag zu unserer Gesellschaft, der weit über wirtschaftliche Verwertbarkeit hinausgeht. Entsprechend darf auch ein Punktesystem nicht allein auf ökonomischen Kriterien fußen. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten religiösen, kulturellen oder ethnischen Gruppe, der aufgrund von Vorverurteilungen mangelnde Integrationsfähigkeit unterstellt wird, darf keine Benachteiligung begründen. Individuelle humanitäre Notlagen müssen die Chance auf legale Migration erleichtern.

Drittens. Schutz des Asylrechts – Wir verteidigen das voraussetzungslose Grundrecht auf Asyl. Eine Reform der Zuwanderungsgesetzgebung berührt nicht das Recht auf Schutz für politisch Verfolgte. Im öffentlichen Diskurs muss klar zwischen Asyl- und Zuwanderungsrecht differenziert werden, damit auch in Zukunft ein besseres und modernisiertes Zuwanderungsrecht nicht als Rechtfertigung für Relativierungen des Asylrechts missbraucht werden kann. Das Recht auf Asyl bleibt ein uneingeschränktes Menschenrecht.

Nicht behandelt

IR11 Gegen ein „Familienwahlrecht“

Wir fordern den Parteivorstand der SPD auf, sich entschieden von der Einführung eines so genannten „Elternwahlrechtes“ zu distanzieren. Stattdessen sollte zur besseren Einbindung der Jugend in die Politik die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre, wie auf kommunaler Ebene bereits vielfach erfolgreich geschehen, geprüft werden.

Angenommen

IR12 Racial Profiling stoppen

Die Jusos in Niedersachsen verurteilen die polizeiliche Praxis des „racial Profiling“ scharf. Die rechtliche Grundlage der Vorgehensweise in §22 Abs. 1a BPolG ist abzuändern: Die Passage „oder grenzpolizeilicher Erfahrung“ ist zu streichen. Die Personenkontrolle soll künftig nur noch dann zulässig sein, wenn konkrete Lageerkenntnisse diese rechtfertigen. Weiter fordern wir die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) auf, aktiv in den eigenen Organisationsstrukturen gegen die polizeiliche Praxis des „racial Profiling“ vorzugehen.

Nicht behandelt

IR14 Schutz der sexuellen Identität

Die Jusos in Niedersachsen setzen sich dafür ein, den Schutz der sexuellen Identität verfassungsrechtlich zu verankern.

Dazu soll Art. 3 Abs. 3 der Niedersächsischen Landesverfassung wie folgt abgeändert werden: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner sexuellen Identität, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“.

Darüber hinaus soll der Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes wie folgt geändert werden: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner sexuellen Identität, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Angenommen

IR15 Antrag zur Sicherungsverwahrung

Wir Jusos in Niedersachsen fordern die dauerhafte Abschaffung der nachträglichen Sicherungsverwahrung und die dauerhafte Anerkennung der hierzu ergangenen Rechtsprechung des EGMR. Wir fordern weiterhin, dass die nachträgliche Therapieunterbringung nicht als Ersatz für die mittlerweile rechtswidrige nachträgliche Sicherungsverwahrung eingeführt wird. Die große Koalition und insbesondere die SPD sollten gemeinsam mit ihrem Justizminister von einem solchen Vorhaben Abstand nehmen.

Der Antrag soll an der Landesausschuss überwiesen werden.

Abgelehnt

IR16 Vorratsdatenspeicherung weiterhin ablehnen - kein Zurückfallen in alte Reflexe!

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2010 dürfen in Deutschland nicht mehr ohne Anlass Daten auf Vorrat gespeichert werden, da seitdem das bisherige Konzept verfassungswidrig ist. Trotzdem zeigte sich Sigmar Gabriel nach dem Terroranschlag auf Charlie Hebdo in Frankreich unter bestimmten Bedingungen offen für die Einführung der Vorratsdatenspeicherung und riet zu einer sorgfältigen Beratung verschiedener Konzepte.

Auch Thomas Oppermann positionierte sich nicht gegen eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung.

Wir Jusos jedoch lehnen die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung ab und sprechen uns vehement gegen eine Gesetzesinitiative in diese Richtung aus. Die Richtlinie 2006/24/EG über die Vorratsdatenspeicherung ist zu überarbeiten, um die Mitgliedsstaaten von der Überwachungspflicht zu befreien, aber gleichzeitig Überwachungsexzesse, wie sie in anderen EU-Staaten durchaus stattfinden, zu beschränken. Darüber hinaus setzen wir uns für ein Verbot der Überwachung von Satellitenverbindungen durch den BND ein und stellen fest, dass es für den Schutz von persönlichen Daten keinen Rechtsfreien Raum geben darf.

Angenommen

IR17 Antrag zur Ablehnung verstärkter Videoüberwachung

Wir Jusos in Niedersachsen fordern, dass die Begehren der Gewerkschaft der Polizei (GDP) für mehr Video-Überwachung im öffentlichen Raum auf Ablehnung treffen. Weiterhin fordern wir, dass der kontinuierlich schleichend stattfindende Ausbau der Video-Überwachung nicht zum alleinigen Mittel in der Bekämpfung von Verbrechen stilisiert wird.

Nicht behandelt

IR18 IR20 IR21 (Fusion) Grundsätze der Asylpolitik in Niedersachsen

Aufgrund von Krisen und kriegerischen Auseinandersetzungen in aller Welt sind heute so viele Menschen auf der Flucht, wie seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr. Die Flucht aus ihrer Heimat ist für diese Menschen das letzte Mittel sich vor politischer Verfolgung, Tod und Hunger zu retten. Der Entschluss zu einer flucht ist nicht einfach. Für viele dieser Menschen ist die Europäische Union aber auch Deutschland ein sicherer und guter Zufluchtsort. Diesen Vorstellungen müssen und wollen wir gerecht werden.

Nicht nur vor dem Hintergrund der neuen Herausforderungen, sondern auch durch unsere durch den 1992 als „Asylkompromiss“ zwischen Bundesregierung und SPD-Opposition zu dauerhafter Rechtskraft gewordene Verpflichtung müssen wir Asylpolitik grundlegend zu ändern. Die weitgehende Aushebelung des in der Verfassung festgelegten Grundrechts auf Asyl war keine Glanzstunde der Sozialdemokratie. An die Stelle des alten Artikels 16 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes trat der

Im Zuge der Asyldebatte hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den 1990er Jahren den Weg dafür freigemacht, das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl (ehem. Art. 16 GG) umfassend zu begrenzen. In der Folge ist es Menschen nahezu unmöglich, legal in die Bundesrepublik zu gelangen, um hier einen Antrag auf Asyl stellen zu können. neue Artikel 16a.“

Die Asylpolitik steht in den nächsten Jahren vor den oben genannten Herausforderungen, aber auch vor dem Scheideweg wie wir weiterhin mit Einwanderung und Asyl umgehen wollen. Wir wollen allen Menschen faire Chancen für die Selbstbestimmung für ihr neues Leben und soziale Gerechtigkeit für Sie und ihre Mitmenschen ermöglichen. Dabei müssen die Grundsätze der Asylpolitik in Deutschland und Niedersachsen endlich konsequent umgesetzt werden und im weiteren Verlauf ratifiziert werden. Wichtige Voraussetzungen hierzu sind unter anderem, dass wir die Rahmenbedingungen in Niedersachsen noch weiter für AsylbewerberInnen verbessern, wie:

„Flüchtlinge sind bei uns willkommen“

Für die Jusos Niedersachsen ist das Asylrecht ein Menschenrecht. Jeder Mensch hat ein Recht darauf, in freiheitlichen und sozialen Strukturen zu leben. Wir brauchen daher ein unbürokratisches Asylverfahren, damit wir das Verfahren zu einer Willkommenskultur umwandeln.

Wir wollen eine neue Willkommenskultur für Flüchtlinge. Hierzu gehört für uns neben der Änderung im Umgang mit Flüchtlingen auch die Einrichtung so genannter „Willkommenseminare“ auf denen den Flüchtlingen und Asylsuchenden die notwendigen Grundlagen für ein kurzes oder auch längeres Leben in Deutschland vermittelt werden.

Zu einer neuen Willkommenskultur gehört für uns neben „Willkommenseminaren“ aber auch der Abbau von bürokratischen Abläufen bei der Erstaufnahme in einer Landesaufnahmestelle und bei der weiteren Bearbeitung des Asylantrages. Wir müssen die speziellen Umstände von Flüchtlingen und Asylsuchenden akzeptieren und respektieren. Hierzu gehört auch eine Entschlackung im bürokratischen Ablauf des Bundesamtes für Migration.

Die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern findet in Niedersachsen teilweise dezentral oder auch zentral in so genannten Massenunterkünften statt. Für uns Jusos ist die beste Unterbringungsmöglichkeit nach wie vor die dezentrale Unterbringung. Diese Unterbringung fördert die Integration in die Gesellschaft vor Ort und verhindert Konflikte zwischen ausländischen ethnischen Gruppen.

Dennoch lassen sich zentrale Unterbringungen nicht gänzlich verhindern. Gerade angesichts der steigenden Zahl von Flüchtlingen stehen oftmals nur noch Massenunterkünfte als Unterbringungsmöglichkeit zur Verfügung. Willkommenskultur zeigt sich auch in den zur Verfügung gestellten Unterkünften. Wir fordern bauliche und hygienische Mindeststandards sowie die Möglichkeit zu mehr Privatsphäre in solchen Einrichtungen.

Ebenso müssen konkrete Umgangsregeln für Betreuerinnen und Betreuer sowie Sicherungspersonal in zentralen Flüchtlingsunterkünften erarbeitet und durchgesetzt werden.

Ergänzend dazu sollte ein freiwilliges Förderprogramm auf freiwilliger Ebene implementiert werden. Das Förderprogramm wird nach den Bedürfnissen der jeweiligen Kommune und den Möglichkeiten der/des Asylsuchenden bestimmt. Selbstverständlich entscheiden die Asylsuchenden selbst, welches Aufgabenfeld sie gerne übernehmen würden. Durch freiwilliges Engagement könnten diese Verantwortung im Rahmen ihrer Kommune übernehmen und sich so besser in das soziale Miteinander und das Arbeitsleben einfinden. Durch die Wahrnehmung von Aufgaben mit gesellschaftlicher und/oder öffentlicher Bedeutung würde es den Asylsuchenden ermöglicht, eine Würdigung zu finden.

Außerdem schlagen wir die Einführung einer spezialisierten Sparte des Bundesfreiwilligendienstes, die sich der besseren und höheren Betreuung von Asylsuchenden widmet, vor. Zusätzlich könnte man sogenannte Tandempartnerschaften unterstützen. Diese beinhalten gegenseitiges voneinander Lernen von beispielsweise Studirenden oder SchülerInnen und Flüchtlingen. Die Partnerschaften fördern den gegenseitigen Erwerb von Sprachkenntnissen. Zum Beispiel könnten Universitäten solchen Arbeitsgemeinschaften einen Rahmen geben. Trotz der Länderkompetenz könnte der Bund mit Hilfe finanzieller Mitteln unterstützen und Anreize liefern. Außerdem wäre es naheliegend, dass Institutionen, Stellen für den BFD mit staatlicher Unterstützung schaffen.

„Jeder ist Willkommen“

Im Umgang mit den asylsuchenden Menschen muss sich zeigen, dass die europäische Staatenunion zu ihrem Bekenntnis zu den Menschenrechten und zur Rechtsstaatlichkeit steht, wie es in der Präambel des EU-Vertrages formuliert ist, und die Gewährung menschenrechtlichen Schutzes im Rahmen eines umfassenden Abschottungsregimes nicht allein ökonomischen und fiskalischen Nutzenabwägungen unterwirft. Um diesen Bekenntnissen nachzukommen, muss die Bundesrepublik Deutschland und das Land Niedersachsen erkennen, dass jeder bei uns willkommen ist.

Hierzu gehört für uns insbesondere die Rückkehr zum uneingeschränkten Grundrecht auf Asyl und Abschaffung der Dublin III-Verordnung bei gleichzeitiger Formulierung einer solidarischen EU-Flüchtlingspolitik unter humanistischen Vorzeichen.

Ebenso muss unverzüglich dafür gesorgt werden, dass die für die Abschottungspolitik stehende EU-Grenzschutzagentur Frontex ihre unmenschliche Arbeit einstellt und dass diese Agentur abgeschafft wird.

„No Border, No Nation“

Für eine Stärkung von demokratischen Strukturen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber reicht der reine (Zwangs)Aufenthalt allein aber nicht aus. Die Residenzpflicht bei AsylbewerberInnen muss abgeschafft werden, damit die freiheitlichen Gedanken, die wir in unseren demokratischen Strukturen aufgebaut haben, auch verankert werden. Die Reisefreiheit und Reisefreizügigkeit sind elementare Bestandteile unserer demokratischen Strukturen und müssen allen die bei uns leben gleich zugestanden werden. Geflüchtete sollen sich mit der Antragstellung im gesamten Schengenraum frei bewegen dürfen.

Ebenso muss der Umgang mit Staatenlosen verändert werden. Die Staatsangehörigkeitsprüfung muss sozialer gestaltet werden und Beweislast muss nicht durch den Flüchtling, sondern durch das Bundesamt für Migration geleistet werden. Auch für Flüchtlinge hat der Grundsatz zu gelten, dass man als unschuldig gilt, solange keine Schuld bewiesen ist.

Desweiteren muss eine Kernforderung sein, dass der Aufenthalt von sich in Deutschland befindlichen illegalisierten Geflüchteten legalisiert wird. Allen Geflüchteten muss das Recht eingeräumt werden, ein ordentliches, faires und zügiges Verfahren zur Anerkennung ihres Asylstatus durchlaufen zu können. Hierfür sind den Asylsuchenden unabhängige, nichtstaatliche Beratungsangebote bereitzustellen und ein umfassender Rechtsschutz zu gewähren. Ein Widerruf der Anerkennung eines Asylgesuchs soll ausgeschlossen sein.

Hierzu gehört letztendlich auch dass Asylsuchende, deren Antrag negativ beschieden wurde, die aber dennoch geduldet werden, ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten, wenn sie sich länger als fünf Jahre in Deutschland aufhalten.

Im Rahmen von Familienzusammenführungen ist der Nachzug von Angehörigen geflüchteter bedingungslos (d.h. ohne etwa Sprachkenntnisse vorauszusetzen) zu gewähren.

„Auch Flüchtlinge leben nicht vom Brot allein“

Die Verpflegungssituation mit Essen und Getränken ist für Asylsuchende, vor allem in zentralen Einrichtungen gut gesichert. Anders sieht es bei der gesundheitlichen Versorgung aus. Die Untersuchung bei der Erstaufnahme begrenzt sich nur auf wenige Untersuchungsschritte und ist vielfach als ungenügend zu betrachten. Hier fordern wir dringend eine Überarbeitung der Erstaufnahmeuntersuchung auch im Hinblick auf Schwangerschaften, Chronischen und Krebserkrankungen der Asylsuchenden.

Will einE erkrankteR Asylbewerberin oder Asylbewerber medizinische Hilfe erhalten, muss sie_er eine Krankenversicherung bzw. einen Personalausweis vorzeigen. Dies ist bei Menschen mit illegalem Aufenthalt natürlich nicht möglich. Die Ärztinnen und Ärzte des Krankenhauses/der Arztpraxis sind aber hierzu gezwungen.

Jenseits von Notfällen kann die Behandlung verweigert werden, bis die Kostenfrage geklärt ist. Zur ambulanten Versorgung müssen Patientinnen und Patienten beim Sozialamt einen Krankenschein beantragen, muss sich also melden und läuft Gefahr abgeschoben zu werden.

Das Sozialamt benötigt personenbezogene Daten, also auch den Aufenthaltsstatus. Selbstzahler sind davon natürlich nicht betroffen, die meisten illegal eingereisten Menschen haben allerdings nicht genügend Geld dafür.

Für eine Stärkung von demokratischen Strukturen für AsylbewerberInnen reicht der reine Aufenthalt allein aber nicht aus. Auch muss die materielle und physische Armut der Menschen durch gezielte politische Maßnahmen wirkungsvoll verringert werden.

Investitionen in soziale Grunddienste wie auch Bildung, aber vor allem auch Gesundheit, wie der anonymisierte Krankenschein in der Kommune sowie Mobilitätsfreiheit tragen dazu bei. Daher muss die Residenzpflicht bei AsylbewerberInnen abgeschafft werden, damit die freiheitlichen Gedanken, die wir in unseren demokratischen Strukturen aufgebaut haben, auch verankert werden.

Nicht zuletzt ist auch aus den vorgenannten Gründen das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen. Den Geflüchteten muss der Zugang zu einer regulären Versorgung entsprechend der für Staatsbürger geltenden Sozialgesetzgebung eröffnet werden, hierzu zählt auch eine umfassende gesundheitliche Versorgung.

„Jeder hat ein Recht auf Arbeit und Bildung“

Arbeit.Bildung.Niedersachsen, unter dieser Überschrift steht das Programmjahr der SPD-Niedersachsen. Doch dieser Grundsatz darf und soll in Zukunft nicht nur für Niedersächsinnen und Niedersachsen gelten. Auch Flüchtlingen und Asylsuchende haben ein Recht auf Arbeit und Bildung, das Ihnen durch die Flucht genommen wurde.

Für uns ist klar, dass nach Antragstellung ist den Geflüchteten ein Recht auf Arbeit einzuräumen ist, ohne dass hierfür Vorrangprüfungen für Deutsche oder UnionsbürgerInnen durchgeführt werden. In diesem Zuge sind auch ausländische Bildungsabschlüsse und Qualifikationen anzuerkennen.

Geflüchteten soll die Pflicht auferlegt werden, professionelle Deutschkurse besuchen und an allen Bildungsangeboten, einschließlich der beruflichen Bildung, teilzunehmen. Diese Sprachkurse bis zu einem ausreichenden Niveau müssen entsprechend flächendeckend angeboten werden. Die Sprache ist Grundvoraussetzung für das alltägliche sowie das berufliche Leben. Damit diese Bildung für alle Asylsuchenden, unabhängig vom Alter, gesichert werden kann, muss diese bestenfalls staatlich gefördert und finanziert werden und für alle kostenfrei zugänglich sein.

„Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen besser unterstützen“

Dezentrale Unterbringung ist für uns Jusos nach wie vor die beste Unterbringungsmöglichkeit. Dies fördert Integration in die Gesellschaft vor Ort und verhindert Konflikte zwischen ausländischen ethnischen Gruppen. Doch die dezentrale Unterbringung darf nicht auf die vielfach finanzschwachen Kommunen abgewälzt werden. Die Kostenerstattung, die die Kommunen für die Unterbringung, Kleidung und Verpflegung der Menschen erhalten, ist nicht kostendeckend. Die von den Ländern gezahlten Pauschalen decken teilweise noch nicht einmal 50 Prozent des notwendigen Bedarfes. Das Land und der Bund müssen sicherstellen, dass die Pauschalen für die Kommunen die anfallenden Kosten mindestens zu 75% decken. Ebenso sind die staatlichen Anstrengungen hinsichtlich des sozialen Wohnungsbaus zu intensivieren, da sich vielerorts ein akuter Mangel an entsprechendem Wohnraum zeigt.

Die Unterbringung von Flüchtlingen in Sammelunterkünften ist vor diesem Hintergrund auf höchstens drei Monate nach Stellung des Asylantrages zu begrenzen. Ziel ist es, die Geflüchteten schnellstmöglich dezentral in menschenwürdigem, privatem Wohnraum unterzubringen.

Zur guten Inklusion von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Gesellschaft und Arbeitsmarkt gehört aber auch eine entsprechende Betreuung. Diese Betreuung kann nicht von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialen Dienstes einer Gemeinde- oder Stadtverwaltung übernommen werden. Auch das Abwälzen dieser Aufgaben auf freie Träger wie AWO, Caritas oder Diakonie kann hier keine Lösung sein. Vielmehr braucht es ein tragfähiges Konzept, sowohl in finanzieller Hinsicht als auch organisatorisch gut durchdacht, bei dem sich gezielt und gut ausgebildete InklusionshelferInnen um die Belange der Flüchtlinge und Asylsuchenden kümmern. Auch bereits vorhandene Ressourcen können für die Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden genutzt werden. So bietet es sich an, den Bundesfreiwilligendienst für eine solche Betreuung (weiter) zu öffnen. Vielen jungen Menschen ist es schließlich ein Herzensanliegen, sich für die Belange von Flüchtlingen und Asylbewerbern einzusetzen.

Ebenso müssen Kommunen, in denen kurzfristig keine entsprechenden Wohnungen zur Verfügung stehen, Instrumente an die Hand gegeben werden, wie zum Beispiel die Möglichkeit, länger leer stehende Wohnungen oder Ferienwohnungen für eine gewisse Zeit zwangsanzumieten.

Wichtig ist auch die Bildungsperspektive der Kinder von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Eine länger andauernde Abstinenz ist nicht hinnehmbar. Deswegen ist es wichtig, dass die Länder in den Bildungseinrichtungen Fachkräfte für die Förderung zur Verfügung stellen. Zudem darf Kindern von Flüchtlingen und Asylsuchenden nicht mit dem Verweis auf die Überschreitung der zulässigen Gruppengröße der Zugang zu Bildungseinrichtungen verweigert werden. Hier brauchen die Kommunen Möglichkeiten zu Ausnahmen.

Nicht außer Acht gelassen werden sollte das ehrenamtliche Engagement. Oft finden sich bereitwillige BürgerInnen, die Flüchtlinge und Asylsuchende bei sich zu Hause aufnehmen würden. Hierbei handelt es sich meistens um BürgerInnen, die selbst aus einem betroffenen Land stammen. Hier müssen die rechtlichen Möglichkeiten geschaffen werden, um dieses Engagement weiter zu fördern.

Flüchtlinge und Asylsuchende brauchen auch eine angemessene Unterstützung im Krankheitsfall. Gerade Flüchtlinge, die aus den Bürgerkriegsstaaten zu uns kommen, haben häufig traumatische Erlebnisse zu verarbeiten. Dies braucht eine gute medizinische Betreuung. Auch bei dieser Aufgabe bedürfen die Kommunen der Unterstützung. Hier müssen sich Bund, Land und Kommunen über die Einrichtung eines gesamtstaatlichen Gesundheitsfonds Gedanken machen.

„Asyl sucht man nicht aus Spaß allein - Gründe für Flucht und Vertreibung eindämmen“

Kennzeichen der jetzigen Asylpolitik sind vor allem die wachsende Ungleichheit der Länder und die Polarisierung der Einkommensverteilung. Die Folge: Ein Viertel der Weltbevölkerung lebt in absoluter Armut. Was wir brauchen, um einem Wachstum der absoluten Armut entgegen zu wirken, ist eine faire Chance der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt, eine soziale Gerechtigkeit in der Weltwirtschaft. Um den Entwicklungsländern die gleichen Chancen zu gewähren, müssen die Handelsregeln neu entwickelt und die globale Rahmenbedingungen verbessert werden. Die Länder müssen aber auch darin unterstützt werden sich emanzipatorisch zu entwickeln. wichtige Voraussetzungen hierzu sind unter anderem:

So erfolgt die Stärkung von Demokratie und good governance zum Beispiel durch einen Aufbau effektiver und effizienter Verwaltungen, einer Professionalisierung der Beschäftigten im öffentlichen Sektor sowie Dezentralisierung und Eindämmung von Korruption. Es gilt, die Länder darin unterstützen, ihre Regierungsstrukturen zu verbessern und niemandem unser System „aufzudrücken“ und einen Kulturimperialismus mit Entwicklungspolitik zu bezwecken. Wenn wir nicht dazu beitragen, dass wir mehr Chancengerechtigkeit herstellen können, wird das vermutlich ernste Konsequenzen nicht nur für die Industrie- sondern vor allem für die Menschen in den Entwicklungsländer haben. Für uns ist Ungleichheit kein Anreiz für Menschen, sich um eine Verbesserung ihrer eigene Zukunft zu bemühen, sondern ein Katalysator für so genannte „neue Kriege“, die besonders der Zivilbevölkerung ernsthaft schaden.

Durch Rüstungsproduktion und -exporte sowie durch Kriegseinsätze der Bundeswehr trägt die Bundesrepublik dazu bei, dass Menschen in Not geraten und ihre Heimat überhaupt erst verlassen müssen. SPD und Jusos müssen daher für eine konsequente Abrüstungspolitik eintreten, Rüstungsexporte müssen verboten, Rüstungsproduktionen eingestellt werden. Darüber hinaus liegen Ursachen für Fluchtmigrationen in vielfältigen globalen neo-imperialistischen und neo-kolonialen

Verstrickungen der Bundesrepublik sowie der Europäischen Union. SPD und Jusos müssen daher global für eine menschliche und friedliche Welt eintreten, in der die industrialisierten Länder der so genannten westlichen Welt im globalen Norden nicht einseitig zulasten des globalen Südens wirtschaften und agieren.

Angenommen

IR19 Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften

Die Jusos setzen sich für eine im Grundgesetz verankerte Klausel ein, nach der den Staatsanwaltschaften Unabhängigkeit von Regierungsorganen garantiert wird, die der Unabhängigkeit der Gerichte gleichsteht. Verankert werden soll zudem, dass StaatsanwältInnen von parlamentarischen Wahlausschüssen legitimiert werden müssen.

Nicht behandelt

IR22 Resolution: Kein Frieden mit den Friedenswinter - gegen Antisemitismus, Querfront und völkisches Gedankengut.

Seit dem Frühjahr vergangen Jahres kommt es in Deutschland zu sogenannten Friedensdemos beziehungsweise Mahnwachen an Montagen. Die Demonstrationen richten sich nach eigener Aussage gegen die "gleichgeschalteten" Medien, gegen einen angeblich geplanten Krieg mit Russland und gegen die Politik des FED (Federal Reserve System).

Im Herbst schlossen sich diese Mahnwachen mit der traditionellen Friedensbewegung zusammen um zum Friedenswinter 2014/2015 aufzurufen. Gemeinsam wird zu vielen Veranstaltungen aufgerufen, es gab etwa eine gemeinsame Konferenz am 11. Oktober 2014 in Hannover.

Höhepunkte sollen die Ostermärsche und Demonstrationen am 8. Mai sein.

Wir Jusos Niedersachsen setzen uns für eine friedliche Weltordnung ein. Diese muss sich an unseren Grundwerten richten. Kriegerische Auseinandersetzungen sollen ebenso wie Diskriminierung und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören. Deshalb lehnen wir die Aktion des "Friedenswinters" und die Montagswahnwachen ab. Beide stehen unseren politischen Werten entgegen.

Die OrganisatorInnen stehen nicht für eine progressive Politik.

Die OrganisatorInnen und UnterstützerInnen des Friedenswinters stehen zu großen Teilen nicht für eine progressive Politik. Die Rhetorik dieser Personen ist zu häufig von antisemitischen Ressentiments, Verschwörungstheorien und völkischen Phrasen durchsetzt. Ken Jepsen ist ein zentraler Akteur der Bewegung. Bis 2011 war er Radiomoderator beim RBB bis er wegen antisemitischer Ausfälle entlassen wurde. Heute verbreitet er seine antisemitischen Ansichten und

Verschwörungstheorien auf seiner eigenen Homepage KenFM. Ein weiterer Organisator der Mahnwachen ist Jürgen Elsässer, der die ultrakonservative Zeitung Compact betreibt.

Die OrganisatorInnen kritisieren die gleichgeschalteten Medien, die von dunklen Mächten kontrolliert seien und deshalb über die Bewegung kritisch berichten. Interviewaussagen des Anmelders der Berliner Mahnwache, Lars Märholz, in denen er sich dahingehend äußert, dass die FED für alle Kriege in den letzten 100 Jahren verantwortlich sei, sind klar geschichtsrevisionistisch einzuordnen. Solche Aussagen sprechen Deutschland von der Verantwortung für die Verbrechen der Nazis frei und behauptet, dass die Menschen von geheimen KriegstreiberInnen angestachelt würden. Diese Rhetorik kennt man bereits von den NationalsozialistInnen, die auch der Auffassung waren das deutsche Volk vor KriegstreiberInnen beschützen zu müssen.

Für uns Jusos ist klar: diese Menschen repräsentieren nicht unsere Politik. Wir wollen keinen Vorschub leisten zu Antisemitismus, Verschwörungstheorien und Geschichtsrevisionismus.

Die Kapitalismuskritik ist nicht emanzipatorisch.

Die Kapitalismuskritik der Friedensbewegung ist ausgrenzend und monokausal. In ihr wird der Kapitalismus durch starke Fokussierung auf BankerInnen, die FED und Zinspolitik simplifiziert, monokausal und völkisch-antisemitisch kritisiert. Einzelne Personen werden für das Übel des Kapitalismus verantwortlich gemacht. Gleichzeitig wird ein "Zins-System" als Kernübel des Kapitalismus verantwortlich gemacht.

Wir Jusos wissen, dass das kapitalistische System totalitär und unabhängig von einzelnen Menschen besteht. Wir suchen keine Schuldigen für das System, unser Ziel bleibt die Überwindung desselben.

Antisemitismus lehnen wir ab.

Die Mahnwachen und der Friedenswinter dienen als Grundlage der Artikulation für antisemitische Vorurteile und Ressentiments. Kritik wird pauschalisiert an Regierungen, "der Ostküste" und sogar offen an "zionistische Banken" geäußert. Darüber hinaus zeigt sich seit dem letzten Gaza-Krieg ein klarer israelbezogene Antizionistischer-Antisemitismus mit den typischen Merkmalen der NSVergleiche, Doppelstandards und Symbolbilder, die traditionell antisemitisch sind. Insbesondere bieten die Demonstrationen immer wieder Plattformen für antistemitische Gruppen und Einzelpersonen.

Wir Jusos lehnen Antisemitismus ab. Die Solidarität mit allen Jüdinnen und Juden ist für uns Verbandsmaxime genauso, wie unsere kritische Solidarität mit dem Staat Israel. Wir lehnen jegliche Dämonisierung des Staates Israel ab.

Keine Verharmlosung des Nationalsozialismus

Ein Kernkritikpunkt der Friedensbewegung die Außenpolitik der USA und die Politik der NATO. Als progressiver Mensch kann man sicherlich eine Reihe von Entscheidungen der USA und der

NATO kritisch sehen. Die Kritik der Friedenswinterbewegung ist aber deutlich umfassender. Im Rahmen der Demonstrationen gegen die Sicherheitskonferenz wurde die NATO als schlimmster Kriegstreiber der Geschichte dargestellt und damit das millionenfache Leid, das durch den 2. Weltkrieg ausgelöst wurde verharmlost. Diese Kritik ist durchaus kein Einzelfall sondern eher die allgemeine Ansicht der Bewegung.

Wir Jusos bekennen uns klar zu der Ansicht, dass der Nationalsozialismus und die durch ihn ausgelösten Kriege das zentrale Verbrechen der Menschheit und lehnen jede Relativierung und Verharmlosung ab.

Entschieden der Querfront entgegentreten.

Die Mahnwachen- und Friedenswinterbewegung öffnet sich für rechte und linke Politik. So soll ein Grundkonsens geschaffen werden zu den zentralen inhaltlichen Übereinstimmungen. Aus diesem Grund finden sich neben Menschen, die sich als "links" sehen, viele ReichsbürgerInnen, verschwörungsideologischen Gruppierungen und ZinskritikerInnen. Lars Mährholz sucht den Handschlag mit dem Burschenschaftler Michael Vogt, der mit dem NPD Funktionär Olaf Rose eine revisionistische Dokumentation über Rudolf Heß produziert. Darüber hinaus zeigt sich immer wieder eine Nähe zu rechtsradikalen Bewegungen.

Der Friedenswinter wird gleichzeitig von vielen Abgeordneten der Partei "Die Linke" unterstützt. Dieter Dehm, Sarah Wagenknecht, Christine Buchholz und weitere traten etwa bei einer Demonstration am 13.12.2014 auf. Darüber hinaus wird der Friedenswinter auch finanziell durch eine Anzeige in der Friedenswinterzeitung unterstützt.

Für uns Jusos ist die Zusammenarbeit mit rechten Gruppierungen nicht hinnehmbar. Im Kampf gegen den Faschismus und eine neue Weltordnung kann es keine Zeit- und Zweckbündnisse mit rechten und anti-emanzipatorischen Gruppen geben.

Deshalb: Kein Frieden mit dem Friedenswinter

Der Friedenswinter bietet Anschluss für Personen die einem antisemitischem, paranoidem, rassistischem Weltbild folgen und eine verkürzte Kapitalismuskritik propagieren.

Wir Jusos stehen für eine gerechte und friedliche Welt. Wir stehen für die Überwindung von Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus. Diese Ziele mit dem Friedenswinter nicht zu erreichen.

Wir rufen aus diesen Gründen alle Personen dazu auf sich nicht an den Aktionen des Friedenswinters zu beteiligen und entschieden gegen Antisemitismus, regressive Kapitalismuskritik und Querfrontsbewegungen entgegentzutreten.

Angenommen und weitergeleitet an SPD-Landesparteitag

IR23 Keine Nachtabschiebung in Niedersachsen, wirklich keine!

Niedersachsen muss das Bundesland der Integration und des Zusammenhaltes aller hier lebenden Menschen sein. Toleranz und Solidarität sind für uns Jusos, die SPD, die rot-grüne Landesregierung und das gesamte Bundesland von sehr wichtiger Bedeutung. Diese Werte müssen mit Leben gefüllt werden, auch und vor allem in der Flüchtlings- und Asylpolitik.

Von der Flüchtlingspolitik, die wir Jusos uns wünschen, ist die SPD bundesweit leider weiterhin weit entfernt. Wir haben eine moralische Pflicht Menschen aufzunehmen, die vor Gewalt, Vertreibung und Verfolgung fliehen. Hinzu kommt, dass Flüchtlinge und EinwanderInnen unsere Gesellschaft sehr bereichern. Aber die Europäische Union schottet sich weiterhin ab und so bleibt es an der

Tagesordnung, dass beispielsweise verzweifelte Menschen im Mittelmeer bei dem Versuch ertrinken, in Europa Zuflucht zu finden. Diese Zustände halten wir für untragbar, daher muss der Weg für Flüchtlinge nach Europa vereinfacht werden. Ihr Aufenthalt hier muss zudem sicher, menschenwürdig und von einer solidarischen Willkommenskultur geprägt sein. Kettenduldungen, Winterabschiebungen, Abschiebungen allgemein und deren aktuelle Praxis, Flughafenverfahren, aktuelle Änderungen bezüglich der sicheren Drittstaaten auf dem Baltikum und viele Dinge mehr lehnen wir Jusos ab.

Zu all diesen drängenden Problemen könnten wir einen ausführlichen Antrag schreiben, doch wir wollen zunächst „vor der eigenen Haustüre kehren“: Als die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen 2013 ins Amt kam, wurde ein Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik angekündigt. Auch wenn wir Jusos im nationalen wie internationalen Kontext noch viel weiter gehende Maßnahmen fordern, war dieses Signal für uns ein wichtiges und zustimmungsfähiges, denn oft werden maßgebliche Veränderungen in unserem Bundesland angestoßen und schaffen es dann auch, die Bundespolitik zu verändern. Vieles hat sich seit dem Regierungswechsel in Niedersachsen bereits gebessert. In einigen Fragen haben wir hart mit unserer Mutterpartei gestritten, auf viele gute Dinge konnte man sich einigen, auf andere nicht. Viele SPD27 PolitikerInnen in Niedersachsen setzen sich beispielsweise für eine echte Willkommenskultur hier ein. Wir haben aber die Ankündigung von Boris Pistorius, zukünftig nicht mehr nachts abschieben zu wollen noch genau in Erinnerung, da sie die Umsetzung einer wichtigen Juso-Forderung darstellte. Doch leider müssen wir seitdem beobachten, dass dennoch nächtliche Abschiebungen in Niedersachsen stattfinden. Statt dieser Praxis einen Riegel vorzuschieben, beruft sich die Landesregierung, vor allem das Innenministerium nun darauf, dass es sich bei den Abschiebungen um die Zuständigkeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) handele und daher der Landespolitik die Hände gebunden seien. Für uns Jusos steht aber fest: Die rot-grüne Landesregierung steht – auch moralisch – in der Pflicht und im Wort, dass zukünftig nachts niemand mehr abgeschoben wird, der oder die sich in Niedersachsen aufhält! Auch angebliche Sachzwänge und Kompetenzfragen können wir nicht gelten lassen. Die SPD stößt vielerorts bereits gute und richtige Dinge in Fragen der Flüchtlingspolitik an, aber SPD und Grüne in Niedersachsen stehen im Wort, ihre Flüchtlingspolitik auch in diesem Punkt tatsächlich nachhaltig zu ändern.

Daher fordern wir unter anderem:

- Es darf keine nächtlichen Abschiebungen in Niedersachsen geben, auch keine des BAMF. Nächtliche Abschiebungen sind außerdem in ganz Deutschland zu unterlassen.
- Niedersächsische Behörden und Polizei dürfen nicht bei nächtlicher Abschiebung Amtshilfe leisten.
- Es muss eine Initiative der niedersächsischen Landesgruppe im Bundestag oder / und eine Bundesratsinitiative zur generellen Abschaffung von nächtlichen Abschiebungen geben.
- Die SPD in Niedersachsen und die niedersächsischen SPD-Abgeordneten aller Ebenen werden aufgefordert, intensiv dafür einzutreten, dass zudem weitere Maßnahmen (u.a. s.o.) ergriffen werden. Flüchtlinge sind uns willkommen! Und das muss in unserer Politik deutlicher werden, nicht nur in Niedersachsen sondern auch im Bund.

Des Weiteren muss eine Bundesratsinitiative zur Um- und Neustrukturierung des europäischen Asyl- und Flüchtlingssystems angestoßen werden. Eine wichtige Grundlage zur Neustrukturierung muss die Auflösung von Nachtabschiebungen sein.

Angenommen und weitergeleitet an SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion und Landesgruppe im Bundestag

IR24 Alternative für Deutschland entlarven – Zum kritischen Umgang mit der AfD

Anfang 2013 gründete sich eine neue Partei in Deutschland, die sich selbst rechts der CDU verortet. Seit der Bundestagswahl 2013 tritt die Alternative für Deutschland (AfD) bei regionalen und überregionalen Wahlen in der Bundesrepublik an.

Seit ihrer Gründung bemüht sich die AfD um ein bürgerliches Image. In ihren Führungszirkeln sind Menschen vertreten, die bereits vorher aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft bekannt waren. Seriöses Auftreten und scheinbar wissenschaftlich fundierte Argumente sollen Wählerinnen und Wähler anziehen. Die AfD versuchte von Anfang an, sich durch ein hohes Maß an Wirtschaftskompetenz zu profilieren und argumentiert stets mit euro- und europakritischen Argumenten.

Euro(pa)skepsis und nationale Interessen

So zählt Euro(pa)skepsis zu den politischen Kernthemen dieser Partei. Die AfD spricht sich in ihren Wahlprogrammen immer wieder für die strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips aus und fordert weniger Kompetenzen der europäischen Union zu Gunsten nationaler Selbstbestimmung. Darüber hinaus sieht die Alternative für Deutschland die europäische Währungsunion als gescheitert an, der Wettbewerb unter den europäischen Staaten ginge nicht mehr gerecht zu, da keine Anpassung der Währung an die einzelnen Volkswirtschaften erfolgte. Vor allen Deutschland würde durch die Währungsunion benachteiligt, da die Stabilität der deutschen Wirtschaft eine besser bewertete Währung verdiene. Als Konsequenz aus der gescheiterten Währungsunion fordert die AfD die Auflösung der Eurozone und möchte in Deutschland die D-Mark wieder einführen, als Alternative dazu bestünde die Möglichkeit eines sogenannten ‚Nord-Euros‘, der die nordeuropäischen Länder mit einer starken nationalen Wirtschaft zu sammenfassen würde. Eine gemeinsame Währung mit südeuropäischen Ländern und ihren „korrupten Wirtschaften“ würden Deutschland bloß schaden. Hier findet eine klare Abwertung südeuropäischer Länder statt, die auf Ressentiments basiert.

Reaktionäre Gesellschafts- und Bildungspolitik

Als „gesellschaftliche Grundeinheit“ bekommt die Familie besondere Aufmerksamkeit der AfD. Stärkung von Familien sieht die AfD als eine ihrer Kernaufgaben, doch dabei gelte es nur das reaktionäre und konservative Verständnis von Familie bestehend aus Vater-Mutter-Kinder(ern) zu schützen, alternative Lebensformen wie homosexuelle PartnerInnenschaften entsprechen laut AfD nicht der gesellschaftlichen Mehrheit und seien etwas abnormales.

So sieht die Alternative für Deutschland eine Aufklärung über alternative Lebensformen als schulisches Querschnittsthema als „Früh- und Hypersexualisierung“ von Kindern, die Schülerinnen und Schüler in

ihrer individuellen Entwicklung überfordere. Die bildungspolitischen Forderungen der AfD setzen ganz klar auf Elitenförderung. Eine auf dem Leistungsprinzip basierende Argumentation der AfD sieht die Inklusion als gescheitert an und fordert die Beibehaltung von Förderschulen für eingeschränkte und leistungsschwache Kinder. Darüber hinaus möchte die AfD sich für die Rückkehr zu einem drei gegliedertem Schulsystem, bestehend aus Gymnasium, Real- und Hauptschule, einsetzen. Inhaltlich soll der Unterricht an deutschen Schulen einen Schwerpunkt auf deutsche Kultur setzen, um das nationale Bewusstsein zu fördern. Die AfD möchte vor allem ein positives Gefühl deutscher Identität schaffen, indem im Geschichtsunterricht vor allem ein „deutlichen Schwerpunkt auf das 19. Jahrhundert und Befreiungskriege“ gesetzt wird, „die Grundlagen unsere Staates wurden in den Jahren 1813, 1848 und 1871 gelegt“. Dass die grausamen Taten des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland ebenso die nationale Identität Deutschlands prägten, wird in den Wahlprogrammen der Alternative für Deutschland nicht erwähnt.

Für den wissenschaftlichen und universitären Bereich fordert die AfD eine Rückbesinnung auf deutsche Stärken und damit die Beendigung des Bologna-Prozesses.

AusländerInnenfeindliche Einwanderungs- und Asylpolitik

Die Alternative für Deutschland wirft den etablierten und regierenden Parteien eine nicht regulierte Zuwanderung vor und fordert daher klare Regeln, die eine Einwanderung und Asylbeantragung drastisch erschweren. Argumentation und Aussagen erinnern hier stark an rechtsextreme Aussagen seitens der NPD. So wirbt die AfD im Bundestagswahlkampf 2013 mit einem Plakat mit der Aufschrift „Wir sind nicht das Weltsozialamt“, welches fast identisch mit einem Plakat der NPD ist („Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“). Die Alternative für Deutschland fordert, ZuwanderInnen Sozialhilfe und staatliche Leistungen „nur nach Standard ihrer Herkunftsländer zu gewähren“. Außerdem befürwortet die AfD eine Einwanderung nach Punktesystem, das eine Unterteilung in ‚gute‘ und ‚schlechte‘ ZuwanderInnen impliziert.

Außerdem fordert die AfD eine konsequentere Ausführung von Abschiebungen von AsylbewerberInnen, deren Asylantrag nicht bewilligt wurde. Von Humanität keine Spur.

Darüber hinaus fordert die Alternative für Deutschland die Einführung eines Hinweises auf Migrationshintergrund und Ethnie in den Akten bei einer begangenen Straftat. Dies soll bessere Aufklärung in den Statistiken über Straftaten herbeiführen. Hier liegt ganz klar eine Diskriminierung gegenüber Menschen nicht-deutscher Herkunft vor. Es wird unterstellt, dass Menschen mit Migrationshintergrund oder nicht-deutscher Staatsbürgerschaft eher dazu neigen, Straftaten zu begehen, als Menschen mit deutschem Pass.

„Das wird man doch wohl noch sagen dürfen“ als Populismus entlarven!

Qua Definition wird ‚Populismus‘ als eine Politik beschrieben, die sich besonders volksnah gibt und diffuse Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung weckt und für eigene Zwecke benutzt. Dabei beansprucht eine populistische Bewegung, für das Volk zu sprechen und behauptet, selbst Teil dieses Volkes zu sein. PopulistInnen polarisieren zwischen dem Volk und politischen Eliten. Dies äußert sich in scharfer Kritik an den etablierten (Volks-)Parteien, die als unfähig dargestellt werden. Daher ist die Forderung nach mehr direkter Demokratie typisch für populistische Bewegungen.

Hier lässt sich eindeutig das Verhaltensmuster der AfD wiedererkennen!

Die AfD greift irrationale Ängste der Bevölkerung auf, bauscht diese auf und präsentiert scheinbar einfache Lösungen für komplexe Probleme. Dabei gibt sie sich besonders volksnah und beansprucht für sich, das auszusprechen, was die Mehrheit der Bevölkerung angeblich denkt. So wird zum Beispiel die diffuse Existenzangst einiger Bürgerinnen und Bürger aufgegriffen, um damit gegen die Euro-Rettungspolitik Stimmung zu machen. Die AfD nutzt Ressentiments, um gegen ‚die Griechen‘ Stimmung zu machen. Dabei soll den BürgerInnen vermittelt werden, dass das Geld, das eigentlich Deutschland und seinen EinwohnerInnen zustünde, nach Griechenland gehe.

Vor allem hinter den Aussagen einiger AfD-PolitikerInnen zu Asylfragen versteckt sich viel Populismus, teilweise sogar Rechtsradikalismus.

Mitglieder der AfD fallen immer wieder durch fremdenfeindliche und islamophobe Aussagen auf. So behauptet Alexander Gauland, Vorsitzender der AfD Brandenburg und Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion Sachsen, man solle „eine Einwanderung von Menschen, die unserer kulturellen Tradition völlig fremd sind, nicht weiter fördern, ja, wir sollten sie verhindern. Es gibt kulturelle Traditionen, die es sehr schwer haben, sich hier zu integrieren. Von dieser kulturellen Tradition möchte ich keine weitere Zuwanderung.“ Diese kulturelle Tradition verortet Gauland „im Nahen Osten“.

Ebenso fremdenfeindlich ist eine Aussage von Petra Federau, Beisitzerin im Landesvorstand der AfD Mecklenburg-Vorpommern, in der sie sagt „wir holen uns nicht nur die Religionskriege, sondern auch alle Krankheiten der Welt ins Land“.

Jan-Ulrich Weiß, Landtagskandidat der AfD in Brandenburg, veröffentlichte auf Facebook eine antisemitische Karikatur, die impliziert, das Jüdinnen und Juden die ganze Welt beherrschen würden.

Uwe Wurlitzer, Kreisvorsitzender der AfD Leipzig, behauptete, der Islam sei problematisch, er hetze gewisse Leute auf und passe nicht zu Deutschland. Ein Mitglied des sächsischen Landesvorstandes geht noch weiter: Er artikuliert, dass der Islam eine fremde Religion sei und daher nicht die gleichen Rechte wie das Christentum haben könne. Der Islam gehöre, in seinen Augen, ausgemerzt.

Die Liste solcher Aussagen seitens verschiedener AfD-Mitglieder ließe sich mit diversen Aussagen fortführen.

Über diese ausländerInnenfeindlichen, antisemitischen und islamophoben Aussagen hinaus werden in der AfD auch chauvinistische und sozialdarwinistische Positionen vertreten. So versucht sich die AfD, außenpolitisch für eine Behauptung deutscher Interessen in der Welt und ein stärkeres deutsches Mitbestimmungsrecht in europäischen Organisationen einzusetzen. Mit der Begründung, dass Deutschland am meisten Geld in den Euro-Rettungsschirm investiert hätte, stünde Deutschland auch das Recht zu, die europäische Politik maßgeblich zu bestimmen.

Die bildungspolitischen Forderungen enthalten verdeckte sozialdarwinistische Forderungen.

Durch die Förderung von Eliten und die starke Selektion nach dem Leistungsprinzip werden Menschen schwächerer sozialer Herkunft und niedriger Leistungsfähigkeit nicht mitgenommen, sondern im Stich gelassen.

Soziale Deprivation und geschürte Ängste

Der Einzug der AfD in das europäische Parlament, sowie in die Landesparlamente in Brandenburg, Sachsen, Thüringen und jüngst auch in Hamburg zeigt, dass diese Partei es schafft, erfolgreich die Ängste von einem Teil des Volks aufzunehmen.

Analysen über WählerInnenwanderung zeigen, dass die AfD WählerInnenpotenzial aller Parteien abfischt. Die AfD zieht Wählerinnen und Wähler aller Parteien, bei den rechten Gedankengut teilweise nur in Ansätzen vorhanden ist, an. Während die bildungsfernen Schichten mit rechtsextremen Einstellungen eher dazu neigen, die NPD zu wählen, findet sich die rechtsextreme Mittelschicht in den Aussagen der AfD wieder.

Die Alternative für Deutschland konnte von den Nichtwählenden und den Protestwählenden viele Gewinne verzeichnen.

Das ist auf das subjektive Gefühl der sozialen Deprivation zurückzuführen. Menschen haben das Gefühl, sie würden in der Gesellschaft eine niedrigere Stellung einnehmen, als ihnen zustünde, fühlen sich benachteiligt oder gar isoliert. So entsteht Frust in Teilen der Bevölkerung. Die Menschen fühlen sich von der Politik nicht mehr mitgenommen und unverstanden. Das führt dazu, dass sie auf die Aussagen einer populistischen Partei anspringen, die für sich vermeintlich in Anspruch nimmt für das ‚einfach Volk‘ zu sprechen. Menschen, die mit ihrer Lebenssituation unzufrieden sind, sehen in der AfD ihre Hoffnung. Die Hoffnung, dass die eigenen Interessen endlich wahrgenommen werden.

Unterstützt wird dieses Phänomen dadurch, dass die AfD sogenannte ‚Outgroups‘ als vermeintliche Sündenböcke instrumentalisiert. So erfährt eine Aussage, die MigrantInnen unterstellt, in Deutschland die Sozialsysteme auszunutzen, bei jemandem, der sich vom Staat benachteiligt fühlt, Zustimmung. Die ‚Schuld‘ kann auf ‚die Ausländer‘ geschoben werden. So schürt die AfD basierend auf Ressentiments Abneigung und Angst gegenüber Menschen fremder Herkunft.

Forderungen:

Ständiger kritischer Umgang mit der Alternative für Deutschland

Den wachsenden Erfolg einer Partei mit rechtspopulistischen Hintergrund in Deutschland können wir nicht hinnehmen! Es ist auch die Aufgabe der SPD, die Politik der Alternative für Deutschland, die klar gegen bestimmte Gruppen zu hetzen versucht, immer wieder öffentlich zu kritisieren. Dazu gehört, den rechtsradikalen Hintergrund, der sich in Äußerungen von AfD PolitikerInnen versteckt, immer wieder öffentlich zu machen. Solche Aussagen dürfen nicht einfach hingenommen werden, daher müssen wir immer wieder auf die Problematik dieser Aussagen hinweisen.

Wir müssen der AfD ihre Arbeit erschweren, indem wir immer wieder darauf aufmerksam machen, dass ihre Aussagen eindeutig dem rechten Rand zugehörig sind und nicht der Meinung der deutschen Bevölkerung entsprechen. Die AfD darf in der Öffentlichkeit nicht die Plattform bekommen, die sie gerne hätte, um sich als die neue Partei darzustellen, die, ihrer Meinung nach, das Volk repräsentiere. In Medien muss immer wieder herausgestellt werden, dass es sich in Wirklichkeit um eine rechtspopulistische Partei, mit nationalkonservativen und ausländerInnenfeindlichen Ansichten handelt.

Unser Selbstverständnis als demokratische Partei lässt eine Zusammenarbeit mit der AfD auf keinerlei Ebene zu. Zur scharfen Kritik an der Partei Alternative für Deutschland gehört natürlich auch, dass die SPD niemals eine Kooperation mit der AfD eingeht. Weder in kommunalen oder überregionalen Parlamenten, noch bezüglich bestimmter Themen außerhalb politischer Parlamente. Eine Zusammenarbeit mit der AfD sende ein Signal, dass verheerende Folgen hätte. Für die SPD muss ganz klar gelten: Keine Zusammenarbeit mit RechtspopulistInnen!

Menschen mitnehmen – Ängsten vorbeugen

Als sozialdemokratische Partei darf die SPD die Menschen mit ihren Ängsten nicht allein lassen. Wir müssen konkreter auf die Wünsche, Bedürfnisse und Sorgen der Menschen in Deutschland eingehen. Frust, der zum Wählen rechtspopulistischer oder –radikaler Parteien führt, darf gar nicht erst entstehen und muss im Keim erstickt werden. Die SPD muss sensibler werden und ein besseres Gespür dafür entwickeln, was die Menschen in diesem Land bewegt. Wir müssen uns der Probleme unzufriedener Menschen annehmen und gemeinsam Lösungsorientiert handeln. Die Menschen müssen sich ernst genommen und verstanden fühlen, damit sie gar nicht erst in das Gefühl der Deprivation abrutschen.

Darüber hinaus muss die SPD den Menschen immer wieder deutlich machen, dass die AfD keine ernstzunehmende politische Alternative ist und ihre Argumentation auf Panikmache und Ressentiments beruht.

Politische Bildung als Schlüssel im Kampf gegen Rechts

Darüber hinaus fordern wir eine bessere und umfassendere politische Bildung für Menschen Deutschlands. Hierzu soll auch eine neue Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen beitragen, die einen Fokus auf den kritischen Umgang mit der Alternative für Deutschland legt.

Leider ist festzustellen, dass in der gesellschaftlichen Mitte Deutschland ein gewisses Potential an rechtsextremen Einstellungen zu finden ist, das sich in verschiedenen Dimensionen äußert. Diese Menschen neigen natürlich eher zu rechten Wahlentscheidungen als Menschen, die ein gefestigtes Weltbild, ohne ausländerInnenfeindliche, chauvinistische, antisemitische oder sozialdarwinistische Einstellungen, haben.

Nur durch kompetente politische Aufklärung, die bereits im frühen Schulalter ansetzt, kann die Entstehung und Weiterentwicklung rechter Einstellungsmuster verhindert werden. Daher sehen wir eine Notwendigkeit, die politische Bildung im Bereich Kampf gegen Rechts auszubauen.

Nur eine gute politische Aufklärung kann verhindern, dass Menschen auf die polarisierenden Aussagen von populistischen Organisationen reinfallen.

Angenommen und weitergeleitet an SPD-Landesparteitag und SPD-Landtagsfraktion

IR25 Inkonsequenzen beim Hundeführerschein beseitigen

Das Niedersächsische Gesetz über das Halten von Hunden (NHundG) wird dahingehend geändert, dass

a) eine vorliegende Sachkunde zum Halten von Hunden auch bei Personen angenommen wird, die innerhalb der letzten zehn Jahre vor Aufnahme der Hundehaltung für eine natürliche Person über einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren ununterbrochen einen Hund gehalten oder mit Hundehaltenden in einem Haushalt zusammengelebt hat.

b) als alternativer Nachweis der Sachkunde die Begleithundeprüfung anerkannt wird.

c) von Hundehaltenden und Hunden, deren Verhalten in der Öffentlichkeit eine sachkundige Führung der Hunde bezweifeln lässt, eine Pflichtschulung zur Hundeführung abzulegen ist.

d) das zentrale Hunderegister abgeschafft wird.

e) die Abnahme der Sachkundeprüfung durch einen Verbandstrainer erfolgen kann.

Nicht behandelt

O1 Internationalismus leben – deutschnationale Symbole überwinden

Als internationalistischer Richtungsverband sind deutschnationale Symbole mit unseren Grundsätzen nicht vereinbar. Das Tragen, zur Schau stellen oder andersartiges Präsentieren derartiger Symbole wird auf Veranstaltungen der Jungsozialisten nicht gutgeheißen.

Angenommen

Soz1 Vertretbare Arbeitsbedingungen im Gesundheitssystem und Pflegebereich

Eine qualifizierte Gesundheitsversorgung ist unabdingbar, da jeder Mensch krank werden kann und dann die bestmögliche Versorgung in Anspruch nehmen möchte. Für verbesserte Arbeitsbedingungen im Gesundheitssystem sollten folgende Punkte umgesetzt werden:

- Einführung einer gesetzlichen Personalbemessung (auch bekannt als Pflegepersonal- Regelung (PPR), die Bemessung soll sich dabei an einem Verhältnis von Ärztin_Arzt zu PatientIn von 1:4 orientieren)
- Aufhebung des Personaldefizits, indem insgesamt 162.000 Vollzeitstellen geschaffen werden, dabei sollen 70.000 auf den Pflegesektor fallen, 92.000 Stellen in übrigen Bereichen wie dem ärztlichen Dienst, dem Funktionsdienst, dem medizinisch-technischen Dienst, den Bereichen Service und Verwaltung zukommen.
- Abschaffung von steuerlichen Vorteilen bei Ausgründungen
- Privatisierungen von Krankenhäusern zurücknehmen
- Veranlassung von unangemeldeten kassenärztlichen Prüfungen zur Überprüfung der Arbeitsbedingungen
- Anspruch, dass Teilzeitkräfte wieder Vollzeit arbeiten können
- eine bessere finanzielle Ausstattung von Krankenhäusern durch eine bedarfsgerechte Refinanzierung der Personalkosten
- keine Bonuszahlungen an ChefärztInnen, insbesondere nicht aufgrund von höheren Fallzahlen und guten betriebswirtschaftlichen Ergebnissen
- Verbesserung von Qualitätsberichten von Kliniken, damit diese die tatsächliche Praxis und damit Qualitätsstandards widerspiegeln, weil darin bisher oft keine ausreichenden Fakten genannt werden, sodass Krankenkassen und BürgerInnen keinen aussagekräftigen Überblick bekommen können
- wenn das System der Fallpauschalen weitergeführt werden soll, dann unter Einbindung der oben genannten Personalbemessung und weiterer Qualitätsstandards Fortbildung von Beauftragten für Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz im Bezug auf psychische Belastungen und einer Erweiterung ihres Arbeitsbereiches in dieser Hinsicht

Nicht behandelt

Soz2 Jugendhilfesystem an die Herausforderungen der heutigen Zeit anpassen

Wir fordern die Kommunen und das Land auf, Jugendhilfen in einem größeren finanziellen Rahmen zu fördern, indem die Feststellung der Pflichtleistung Jugendhilfe in ihrer finanziellen Ausgestaltung genauer ausdifferenziert wird. Hierdurch soll unter anderem den HelferInnen ein Zugang zu Fortbildungsseminaren und anderen Weiterbildungsmaßnahmen ermöglicht werden. Weiterhin fordern wir bei Inobhutnahmen von Kindern seitens des Jugendamtes, dass bei einer richterlichen Prüfung, diese von einem Jugendrichter oder einem Familienrichter vorgenommen werden soll und nicht - wie bisher häufig der Fall - von einem Richter aus einem völlig anderen Arbeitsbereich.

Nicht behandelt

Soz3 Rassismus in der Medizin bekämpfen

Rassismus ist im medizinischen Alltag ein unausgesprochenes Alltagsproblem. Die Jusos in Niedersachsen fordern die SPD-Landtagsabgeordneten dazu auf, die Behandlung dieser Thematik im Rahmen von verpflichtenden regelmäßigen MitarbeiterInnenschulungen einzurichten und die Aufnahme einer konsequenten Rassismus-Prävention in das Curriculum aller medizinischen Ausbildungen aufzunehmen. Darüber hinaus sollte es niedrigschwellige Möglichkeiten für PatientInnen geben, rassistische Vorfälle zu melden und bspw. das Recht, nach einem solchen von der Person nicht mehr behandelt oder betreut zu werden, wenn das der Wunsch ist.

Auch für MitarbeiterInnen sollte es, ähnlich wie Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragte, eine Ansprechperson geben, an die man sich (auch anonym) wenden kann und über die auch rechtliche Schritte oder Unterstützung durch Personal-/Betriebsräte eingeleitet werden können.

Nicht behandelt

Soz4 Jeder Mensch ist gleich viel wert — egal woher er_sie kommt!

AsylbewerberInnen und ALGII-EmpfängerInnen gleichstellen und eine echte Existenzsicherung gewährleisten!

Vergleicht mensch die aktuellen Hartz IV Sätze mit den Asylleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AslLG), so lässt sich feststellen, dass die Beträge, die die jeweiligen Personen pro Monat, zur Existenzsicherung, erhalten stark voneinander abweichen. AsylbewerberInnen sind hier wesentlich schlechter gestellt als Hartz-IV EmpfängerInnen:

| HartzIV-Leistungen: | Grundleistungsbeträge nach AsylbLG: |
|--|---|
| Erwachsene/r ab 18 Jahren: 391,00€ | Erwachsene/r ab 18 Jahren: 224,97€ |
| (Mit Partner, dieser erhält 90% des Regelsatzes) | (Alle weiteren Haushaltangehörigen ab 14 Jahren: 199,40€) |
| Jugendliche (15-17 Jahre): 296,00€ | — — — |
| Kinder (ab 6 Jahren): 261,00€ | Kinder (7-13 Jahre): 178,95€ |
| Kleinkinder (unter 6 Jahren): 229,00€ | Kleinkinder (unter 7 Jahren): 132,93€ |

So würde beispielsweise eine vierköpfige Familie (2 Erwachsene, 1 Kind und 1 Jugendlicher) die Hartz-IV bezieht 1301,00€ Grundleistungen erhalten. Eine Familie, die Grundleistungen nach dem AsylbLG erhält muss hingegen mit 802,72€ 21 auskommen und erhält somit fast 500€ weniger zum Leben.

Folglich stellt sich die Frage, ob AsylbewerberInnen weniger Geld benötigen, um ihre Existenz zu sichern, als Hartz-IV EmpfängerInnen.

Die Antwort lautet: Nein!

Hier darf keinesfalls zwischen Hartz-IV und AsylbewerberInnenleistungen unterschieden werden! Jeder Mensch benötigt die gleiche Grundsicherung, um ein menschenwürdiges Leben zu führen! Und ein menschenwürdiges Leben steht jedem_jeder zu, egal aus welchem Land er oder sie kommt. AsylbewerberInnen dürfen hier nicht länger massiv benachteiligt werden! Da Hartz-IV den "Minimalbetrag zur Existenzsicherung" darstellt, sehen wir es als absolut notwendig an, dass auch AsylbewerberInnen genau diesen Betrag erhalten.

Unserer Meinung nach gibt es keine Argumente, die diese Benachteiligung rechtfertigen! Deswegen fordern wir die Grundleistungen nach dem AsylbLG auf das Niveau der Hartz-IV Sätze anzuheben und somit allen AsylbewerberInnen, die diese Leistungen beziehen, eine echte Existenzsicherung zu ermöglichen. Wir sehen es ebenfalls als selbstverständlich an, dass bei einer zukünftigen Anhebung der Hartz-IV Sätze ebenfalls die Leistungen für AsylbewerberInnen angepasst werden.

Angenommen

Soz5 Eingliederung eines anonymen Bewerbungsverfahrens im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Die Regierungskoalition und die SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen sollen sich dafür einsetzen, dass ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) aufgenommen werden soll.

Nicht behandelt

Soz6 Unser Umgang mit Antisemitismus

Grundsätzliches zu Antisemitismus

Zunächst ist festzustellen, dass Antisemitismus zahlreiche Begründungsmuster und Artikulationsformen hat. So vereint Antisemitismus religiöse, historische, ökonomische, politische, psychologische, kommunikative und philosophische Aspekte. Antisemitismus kann auch als Weltdeutungssystem begriffen werden, welches so bei keiner anderen Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit existiert.

Antisemitismus als gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hat eine Einzigartigkeit inne gegenüber anderen Vorurteilssystemen, da er die diskriminierte Minderheit nicht erniedrigt, wie beispielsweise Rassismus bezüglich der Hautfarbe, sondern im Gegenteil dazu überhöht. Im Antisemitismus ist stets von einer sogenannten jüdischen ‚Elite‘ die Rede, die angeblich zu viel Einfluss auf das Weltgeschehen und die Gesellschaft habe und alles kontrolliere. Dadurch wird der jüdischen Minderheit keine Minderwertigkeit unterstellt, wie anderen diskriminierten Minderheiten. Antisemitismus legitimiert sich dadurch, dass man sich von der jüdischer Kontrolle und dem Einfluss befreien müsse.

Wichtig ist an dieser Stelle auch, sich zu vergewissern, dass es ‚die Jüdinnen und Juden‘ als homogene Gruppe gar nicht gibt. Diese Zuweisung bestimmter Eigenschaften zu einer vermeintlich ethnischen Gruppe ist eine Gemeinsamkeit zwischen Antisemitismus und anderen Rassismen. So sind ‚die Jüdinnen und Juden‘ sowohl Angehörige der jüdischen Religion, als auch des jüdischen Volkes.

Struktureller Antisemitismus, System- und Kapitalismuskritik

Antisemitismus ist eines der ältesten Vorurteilssysteme der Welt und wird deshalb auch oft als antimoderne Weltanschauung definiert. So wurzeln einige Vorurteile so tief in der Gesellschaft, dass sie einfach auf heutige Verhältnisse übertragen werden. Antisemitismus wird im Gegensatz zu anderen Rassismusformen nicht immer mit dem direkten Begriff der „Jüdin“ oder des „Juden“ artikuliert. Die Ressentiments werden auf eine abstrakte „Elite“ übertragen. So geht beispielsweise Kapitalismuskritik stark verkürzt mit dieser Form antisemitischer Artikulation einher. Die Vorstellung, dass diese „Elite“ die Welt kontrolliere und damit der eigentliche Ursprung kapitalismusimmanenter Probleme sei, wurde auch nach der 2008 ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise regelmäßig kommuniziert. Die Lösung sehen AntisemitInnen darin, diese Elite zu beseitigen bzw. zu entmachten. Dieses Denken hat seinen Ursprung ebenfalls in dem uralten Vorurteil, dass Jüdinnen und Juden WuchererInnen, BetrügerInnen, und SpekulantInnen seien, was lediglich damit zu tun hat, dass für Jüdinnen und Juden im Mittelalter das Verbot verhängen wurde, gewöhnlichen gesellschaftlichen Tätigkeiten, wie Handwerksberufen nicht nachgehen zu dürfen. So waren Jüdinnen und Juden von den Aktivitäten der Gesellschaft bis auf die des Geldhandels ausgeschlossen. Dieses Denken ist geradezu zwangsläufig verknüpft mit der Vernichtungsphantasie, dass die Probleme der Welt zu lösen seien, indem die Jüdinnen und Juden, artikuliert als die „Elite“ beseitigt bzw. entmachtet werden. So haben auch nahezu alle Verschwörungstheorien gemein, einen antisemitischen Beigeschmack zu haben oder sie lassen sich ohne große Anstrengung auf das antisemitische Feindbild übertragen. So lässt sich auch der Vorwurf des Antisemitismus gegenüber dem vermeintlich linken Verschwörungstheoretiker Ken Jebsen nachvollziehen. Auch einige globalisierungs- und kapitalismuskritische Argumentationen sind verkürzt und deshalb oft antisemitisch. So wird aus Kapitalismus- lediglich Kapitalistenkritik.

Sekundärer Antisemitismus

Das Thema Antisemitismus ist mittlerweile eng verknüpft mit dem Zweiten Weltkrieg und der deutschen Geschichte. Die Shoa stellt einen Wendepunkt dar im Umgang mit Jüdinnen und Juden, denn sie ist der Auslöser des sogenannten sekundären Antisemitismus. Die beiden grundsätzlichen Motive des sekundären Antisemitismus sind die Relativierung und Leugnung des Holocaust und die Projektion der Schuld auf die Jüdinnen und Juden selbst als TäterInnen-Opfer-Umkehr.

Auch der Nationalismus und das Verlangen nach kollektiver Identität haben eine Katalysatorfunktion für sekundären Antisemitismus. Wer sich heute ungebrochen mit der deutschen Nation identifizieren möchte, wird auf das Hindernis Auschwitz stoßen und dazu tendieren, entweder die Fakten zu leugnen, die Schuld nicht anzuerkennen oder mit Gegenangriffen und Schuldprojektionen auf Jüdinnen und Juden zu reagieren. Es gibt sogar einen empirisch nachgewiesenen Zusammenhang zwischen Nationalismus und der Ablehnung der Vergangenheitsbewältigung. Es geht nicht mehr um die Frage der Exklusion der Jüdinnen und Juden aus dem nationalen Kollektiv wie bis 1945 und wie heute im Fall der „AusländerInnen“, sondern Jüdinnen und Juden werden wegen ihrer Mahnungen, den Holocaust und seine Ursachen nicht zu vergessen, für den prekären Zustand des nationalen Selbstbewusstseins mitverantwortlich gemacht.

In diesem Zusammenhang werden heutzutage immer wieder Stimmungen laut, wie zum Beispiel "Das ist 70 Jahre her, was hat das mit uns zu tun". Ziel solcher Behauptungen ist die Bagatellisierung der Shoa. Um wieder eine kollektive Identität herstellen und eine positive Beziehung zur deutschen Nation aufbauen zu können, wird die Geschichte relativiert, beispielsweise durch den Vergleich zu anderen Genoziden. Auch wird oft behauptet, die Jüdinnen und Juden wären auf einen eigenen Vorteil bedacht, indem sie an die Shoa erinnern. Dadurch versuchen vor allem Rechtsextreme die eigene Argumentation zu legitimieren, etwa durch die These „Man darf ja nichts mehr gegen Israel sagen, sonst ist man gleich Antisemit“.

Israel-Kritik

Kritik an der Israelischen Politik in Bezug auf den Nahostkonflikt ist ein besonderes Feld der antisemitischen Agitation. Auch hier tritt ein sehr altes antisemitisches Vorurteil zutage. Religiöser Antisemitismus, welcher Jüdinnen und Juden den Vorwurf der JesumörderInnen und VerräterInnen an der ‚wahren‘ Religion des Christentums anlastet, stellt immer die Existenzberechtigung des jüdischen Volkes an sich in Frage, seit über 2000 Jahren. Übertragen auf die heutige Situation wird wieder die Existenz des jüdischen Volkes durch die Existenz des jüdischen Staates kritisiert. Israel-Kritik ist somit oftmals nicht die Kritik am Handeln des Staates Israel, sondern an der Existenz des Staates an sich.

Auch wird oft behauptet, Israel-Kritik sei ein gesellschaftliches Tabu, dabei ist eher das Gegenteil der Fall. Bei keinem anderen Konflikt auf der Welt besteht so ein großes Bedürfnis, das Handeln der Akteurin oder des Akteurs zu kommentieren, was beispielsweise immer wieder in den Kommentarspalten der großen und bekannten Onlinezeitschriften zu sehen ist. Wenn es mal wieder zu einer öffentlichen Debatte über den Nahostkonflikt kommt, scheint nahezu jedeR einE Israel-ExpertIn zu sein. JederR hat eine Meinung und eine wie und warum auch immer gefestigte Position zu diesem Thema, alle kennen die vermeintliche Wahrheit. Auch wird immer versucht, den Nahostkonflikt in ein Verhältnis zu setzen mit den Geschehnissen des Zweiten Weltkrieges, wobei die klassische TäterInnen-Opfer-Umkehr stattfindet. So wird beispielsweise immer wieder der Gaza-Streifen mit den

Konzentrationslagern verglichen. Auch der Kritik gegenüber dem Handeln der Vereinigten Staaten liegt oft Antisemitismus zugrunde.

Wie wollen wir mit Antisemitismus umgehen?

Uns stellt sich immer wieder die Frage, wie man mit Antisemitismus umgehen sollte. Wir wollen uns an dieser Stelle klar positionieren, dass ein öffentlicher Fingerzeig oder lediglich der Vorwurf des Antisemitismus ohne eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema nicht unser Ziel sein kann. Allerdings ist das Wegschauen, Vergessen und Ignorieren der Zustände und der geschichtlichen Verantwortung ebenfalls nicht der richtige Weg. In der Debatte um Antisemitismus und Israelkritik sind die Fronten mittlerweile so verhärtet, selbst hier in Deutschland zwischen Menschen und Meinungen, die vom Nahostkonflikt weit entfernt sind.

Im öffentlichen Diskurs, in den sozialen Netzwerken und überall dort, wo über Jüdinnen und Juden, Israel oder auch den Holocaust diskutiert wird, wiederholt sich immer eine bestimmte Kritik, dass die Anschuldigung des Antisemitismus zu oft vorschnell getätigt wird und der Begriff nahezu inflationär verwendet wird. Genau hier ist Feingefühl geboten. Hier gilt es zu differenzieren zwischen legitimer Kritik am Handeln des Staates Israel und Menschenfeindlichkeit und Vorurteilen gegenüber Jüdinnen und Juden. Vorurteile, gegossen in bestimmte Semantiken sind vorhanden, jedoch fehlt oft das kritische Bewusstsein für die Brisanz bestimmter Äußerungen. So war sich unser Parteivorsitzender Sigmar Gabriel wohl nicht darüber bewusst, inwiefern sein Vergleich der israelischen Palästinenser-Politik mit einem Apartheid-Regime antisemitische Denkschemata reproduziert und Ressentiments befeuert. Auch einige andere MeinungsträgerInnen, ohne allen pauschal Antisemitismus vorzuwerfen, sind schon in dieses Dilemma geraten. Ein Urteil über den israelischen Staat sollte also immer ein historisches Bewusstsein und ein reflektiertes Wissen über das Phänomen des Antisemitismus voraussetzen.

All die ständig reproduzierten Vorurteile und Stereotypen gegenüber Jüdinnen und Juden sind nicht nur beim Straßenmob oder ungebildeten Menschen anzutreffen, sondern auch bei DichterInnen, DenkerInnen, PriesterInnen, Gelehrten oder PhilosophInnen. Selbst Voltaire betrachtete Jüdinnen und Juden als die „natürlichen Feinde“ aller Nationen. Antisemitismus ist also ein Ressentiment, wovor nahezu niemand gefeit ist, denn er ist mit der Geschichte der Menschheit seit langer Zeit eng verknüpft. So gilt es also, immer darauf aufmerksam zu machen und hinzuweisen. Viele Menschen setzen sich nie mit diesem Thema auseinander und können deshalb oft nicht zwischen legitimer Israel-Kritik und Antisemitismus, mal versteckt hinter vermeintlicher Kritik oder auch in Form flacher Hetze, unterscheiden. Andererseits muss auch betont werden, dass es sehr wohl zahlreiche Menschen gibt, die den Unterschied kennen, jedoch trotzdem antisemitische Parolen verbreiten und so Hetze gegen das jüdische Volk betreiben. Doch zwischen Kritik und der Reproduktion von Vorurteilen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gibt es klare Grenzen. Deshalb fordern wir, diesem Thema größere Aufmerksamkeit zu widmen. Wir fordern die Partei dazu auf, sich sowohl innerhalb als auch außerhalb mit Antisemitismus und seinen Artikulationsformen auseinanderzusetzen.

Richtlinien im Umgang mit Antisemitismus

Ein pauschaler Fingerzeig auf AntisemitInnen allein entschärft noch keine Debatte. Doch eine Entlarvung antisemitischer Vorurteile und Ressentiments sowie eine Sprachregelung dazu, wie wir selbst Kritik am Handeln des Staates Israel formulieren wollen, sind unablässig.

Deshalb fordern wir die Partei dazu auf, mit einer einheitlichen und differenzierten Definition von Antisemitismus, diesen offenlegen zu können und so einen Umgang damit zu erleichtern. Zudem fordern wir die Partei dazu auf, jeglichen Antisemitismus in den eigenen Reihen zur Sprache zu bringen und zu verurteilen.

Die Tatsache, dass Antisemitismus ein uraltes und in der Gesellschaft tief verwurzeltes Vorurteils- und Weltanschauungssystem ist, verlangt auch in der Bildung eine Auseinandersetzung mit dem Thema. Im Schulunterricht sollte über das Judentum als Religionsgemeinschaft und Volk informiert werden und auch die Entstehung und Entwicklung des Antisemitismus sollte Teil des Lehrplans sein. Zuvor muss man sich allerdings damit beschäftigen, wie Bildung in der Schule zu diesem Thema stattfinden soll. Bundespräsident Gauck forderte beispielsweise einen KZ-Besuch für SchülerInnen verpflichtend einzuführen. Diese und andere Fragen müssen diskutiert werden.

Wir fordern die SPD dazu auf, sich für mehr Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus und seinen Ursachen in der Bildung stark zu machen.

Doch auch gesamtgesellschaftlich muss eine Auseinandersetzung in Form von verantwortungsvollem Umgang mit der Geschichte und Erinnerungskultur stattfinden, denn Deutschland hat eine besondere Verantwortung im Umgang mit Antisemitismus. An dieser Stelle kommt immer der Begriff „Schuld“ ins Spiel. Auch um eine Schuldzuweisung geht es uns an dieser Stelle nicht. Hier entsteht immer wieder ein Missverständnis: der deutsche Staat hat eine einmalige Verantwortung gegenüber diesem Thema, weil kein anderer Staat es uns abnehmen sollte, immer wieder an die Geschichte und ihre Ursachen zu erinnern und sie am Leben zu erhalten, auch nach den Zeitzügen. Um über dieses Thema sprechen zu können ist ein historisches Gedächtnis bzw. ein historisches Wissen und Verantwortungsgefühl von Nöten. Nach dem Zweiten Weltkrieg fand keine tiefgreifende Reflexion bzw. ein Bewusstseinswandel statt. Der Holocaust wurde eher als Besessenheit einiger weniger NationalsozialistInnen dargestellt. Damit hat man es sich sehr einfach gemacht. Dass Antisemitismus in nahezu allen Schichten der Gesellschaft verbreitet war und ist, wurde nicht erkannt. Statt Empathie für die Opfer zu empfinden wurde der Zivilisationsbruch im Zweiten Weltkrieg marginalisiert. Es finden vermehrt Schuldabwehr und Rechtfertigung als Vergangenheitsbewältigung statt. Letztendlich führt wie bei den meisten Konflikten nur der Dialog zum Ziel. Der Dialog mit den Betroffenen, denn wer keine Jüdinnen und Juden kennt, bekommt den alltäglichen Antisemitismus auch nicht mit.

Deshalb fordern wir einen gesamtgesellschaftlichen Dialog zum Thema Antisemitismus und dem Umgang mit dem Holocaust, welcher sich nicht nur auf historische Daten und Jahrestage beschränkt, sondern in Form von Dialogforen mit allen Beteiligten und AkteurInnen.

Angenommen und weitergeleitet an SPD-Landesparteitag

Soz7 Obdachlosigkeit Erfassen

Die SPD Fraktionen im Niedersächsischen Landtag und im Bundestag werden dazu aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass das Statistische Bundesamt, sowie das Landesamt für Statistik Niedersachsen Zahlen zur Obdachlosigkeit in Deutschland und Niedersachsen erheben soll.

Diese Erhebung darf ausschließlich anonym erfolgen und die Daten werden mit entsprechender Sensibilität im Interesse der Peergroup sicher verwahrt.

Angenommen und weitergeleitet an SPD-Landesparteitag und Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion

Soz8 Fortschrittliche Familienpolitik. Elterngerecht - kindergerecht – geschlechtergerecht

1. Ein Familienbild des 21. Jahrhunderts

Familien sind für uns ein Ort wo Menschen Verantwortung für einander übernehmen. Sie müssen deshalb eine wichtige Rolle in unserer Politik einnehmen. Das traditionelle Familienbild der klassischen Ehe zwischen Mann und Frau ist nicht mehr zeitgemäß. Unsere Familienpolitik muss sich deshalb an der gesellschaftlichen Realität und unseren Forderungen an eine emanzipatorische Gesellschaft ausrichten.

Das bedeutet für uns konkret:

- Eine Ausrichtung der Familienpolitik losgelöst von einzelnen äußeren einzelnen Erscheinungsformen von Familien. Das bedeutet konkret eine Sensibilisierung für alle Erscheinungsformen von Familien bspw. im Schulunterricht.
- Eine Ausweitung des Adoptionsrechts. Grundsätzlich muss gleichgeschlechtlichen Paaren und älteren Paaren die Möglichkeit der Adoption offen stehen. In jedem Fall muss eine konkrete Einzelfallbetrachtung stattfinden.

2. Unterstützung von Familien sicherstellen

Familiengründungen stellen für viele Menschen Herausforderungen dar. Die Politik muss deshalb für alle Familien Unterstützungsangebote liefern.

Das bedeutet für uns konkret:

- Wir fordern die Gründung von kommunalen Unterstützungsnetzwerken für Familien. Diese sollen an den sozialen Strukturen der Kommunen ausgerichtet sein. Sämtliche AkteurInnen vor Ort wie beispielsweise Hebammen, MigrantInnenverbände und Kindertageseinrichtungen sind bei dem Aufbau dieser Netzwerke einzubinden.
- Das Land Niedersachsen soll für Städte und Gemeinde Mittel bereit stellen zum Aufbau von diesen kommunalen Unterstützungsnetzwerken für Familien.

3. Familien brauchen finanzielle Sicherheit

Familiengründungen dürfen nicht zu Armut führen. Die finanziellen Hürden zur Familiengründung sind deutlich. Wir wollen diese Situation nicht länger hinnehmen. Wir fordern eine Politik, die Familien vor Armut schützt und so Familiengründungen finanziell absichern.

Das bedeutet für uns konkret:

- Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für Familien. Die Wohnungsknappheit sorgt für Probleme für Familien, insbesondere in Städten.
- Finanzmittel müssen nach tatsächlicher Bedürftigkeit ausgezahlt werden. Familienleistungen dürfen nicht länger gegen andere Sozialleistungen aufgerechnet werden.

4. Flexibilität in Arbeit, Ausbildung und Studium für Familien

Familienbiographien sind selten einheitlich und über Generationen planbar. Verschiedene Phasen der Familienbiographien erfordern unterschiedlichen Zeitaufwand für Familie, Arbeit und Ausbildung. Gerade die Phase der Berufsfindung und Familiengründung zwischen 25 und 40 stellt viele Menschen vor Herausforderungen. Wir fordern eine Politik, die allen Menschen die Freiheit gibt ihre Familienplanungen selbstständig und ohne die Gefahr ins berufliche Abseits zu geraten, sicherstellt.

Das bedeutet für uns konkret:

- Zukünftig müssen familienpolitische Maßnahmen an Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet sein und nicht mehr an finanzpolitischen Rahmenbedingungen.
- Arbeitsplätze müssen familienfreundlicher werden. Zum einen erfordert das einen Ausbau von Arbeitszeitkonten, zum anderen müssen große ArbeitgeberInnen familienfreundliche Büros mit Wickelmöglichkeiten und Spielzeug zur Verfügung stellen.
- Arbeitszeitverkürzungen für Eltern junger Kinder. Diese sollen nach Möglichkeit gleichberechtigt zwischen beiden Elternteilen aufgeteilt werden.
- Prüfungsordnungen müssen überarbeitet werden, um die Möglichkeiten von Teilzeitstudiengängen zu erweitern. Das bedeutet auch gelockerte Prüfungsbedingung gezielt für Eltern. Die Infrastruktur für Familien muss auch an Hochschulen erweitert werden.
- Teilzeitausbildungen müssen für Eltern bei vollem Finanzausgleich möglich sein.

5. Kinderbetreuung für eine moderne Familienpolitik

Kinderbetreuung ist essentiell für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Der Staat muss eine flächendeckende, qualitativ hochwertige und an den Bedürfnissen der Eltern ausgerichtete Kinderbetreuung sicherstellen.

Das bedeutet für uns konkret:

- KiTa Einrichtungen müssen länger geöffnet sein. Mittelfristig ist die flächenabdeckende und bedarfsorientierte Einführung von Kindertagesstätten, die 24 Stunden am Tag geöffnet sind zu prüfen.
- Kindertagesstätten in freier Trägerschaft müssen unter staatlicher Aufsicht stehen und klare Qualitätsstandards erfüllen. Kinderbetreuung stellt eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit Staatsaufgabe dar.
- Eine Erhöhung der Betreuungsqualität. Gründe für den Fachkräftemangel sind geringe Vergütung, fehlende Zeit für Elternzusammenarbeit, eine hoher Krankenstand im Beruf und fehlende soziale Anerkennung. Diese müssen behoben werden. Eine Akademisierung des ErzieherInnenberufes lehnen wir ab.

Angenommen

Soz9 Faire Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen

Die Jusos Niedersachsen fordern eine Neubearbeitung der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion („künstliche Befruchtung“) durch den Bund und durch das Land Niedersachsen (Kinderwunschbehandlung), sodass jeder Person, unabhängig von Familienstand und sexueller Orientierung eine Kinderwunschbehandlung ermöglicht werden kann. Darüber hinaus fordern wir ebenfalls die Übernahme der Hälfte der Kosten durch die Krankenkassen für die genannten Personen. Bis zur Umsetzung der Übernahme durch die Krankenkassen sollen diese Kosten ebenfalls staatlich finanziert werden.

Angenommen und weitergeleitet an SPD-Landesparteitag und SPD-Landtagsfraktion

Soz10 „Du hast sie doch nicht mehr alle!“ - Gesellschaftlicher Stigmatisierung entgegenwirken und Versorgung psychisch erkrankter Menschen verbessern!

Psychische Erkrankungen werden in unserer Gesellschaft oft nicht ernst genommen und auch im medizinischen Bereich (von fachfremden Ärzten) oft als nichtig abgetan. Erkrankte Menschen haben in vielen Fällen mit Vorurteilen und Stigmatisierungen zu kämpfen. Oftmals konsultieren die Betroffenen erst spät oder gar nicht einen Arzt, zum einen aus eigener Unwissenheit und zum anderen aus Angst vor den Reaktionen Anderer. Viele psychische Erkrankungen werden als Schwäche abgetan und nicht als Krankheit ernstgenommen. Menschen mit somatoformen Beschwerden etwa werden selbst in medizinischen Zusammenhängen oft nicht ausreichend ernst genommen und fehldiagnostiziert. Es kann nicht sein, dass Menschen mit psychischen Leiden als SpinnerInnen abgetan werden. Auch beruflich müssen Betroffene oft Konsequenzen befürchten. Es ist dringend notwendig, für mehr gesellschaftliche Akzeptanz zu sorgen, damit Betroffenen der Gang zur/zum PsychotherapeutIn bzw. PsychologIn nicht noch zusätzlich erschwert wird. In der Tat beweisen Menschen, die sich unter diesen sehr schwierigen Umständen trotzdem dazu entscheiden Hilfe in Anspruch zu nehmen, sehr viel Mut.

Wir fordern daher:

- ein gesellschaftliches Umdenken muss befördert werden
- mehr Aufklärung über Krankheitsbilder und mögliche Therapieansätze in Form von Aufklärungs- und Informationskampagnen

Ein weiteres Problem für Betroffene psychischer Erkrankungen sind die sehr langen Wartezeiten auf einen Therapieplatz. Die durchschnittliche Wartezeit auf einen entsprechenden Platz etwa von Personen, die traumatische Erlebnisse hinter sich haben und in Folge dessen eine traumatherapeutische Betreuung bedürfen, liegt zwischen drei und elf Monaten. Auch Wartezeiten in anderen psychotherapeutischen Bereichen sind deutlich zu lang. Betroffenen kann nicht zugemutet werden, so lange Zeiträume ohne adäquate Behandlung ausharren zu müssen. Auch Menschen, die

von sexualisierter Gewalt betroffen sind, haben oft große Probleme entsprechende Hilfe zeitnah in Anspruch nehmen zu können. Besuche bei AllgemeinmedizinerInnen und GynäkologInnen verlaufen oft frustrierend und sind mit großer Belastung verbunden, da Betroffene häufig schon hier ausgiebig schildern müssen, was ihnen widerfahren ist und wie sie sich fühlen, um an etwaige Therapieplätze weitervermittelt zu werden. Diese sind häufig ebenfalls mit Wartezeiten verbunden. Hinzu kommt, dass die bewilligte Stundenanzahl eines Therapieansatzes oft für die PatientInnen nicht ausreichend ist, eine einfache Verlängerung der Stundenzahl ist zwingend notwendig.

Wir fordern daher:

- die drastische Verkürzung von Wartezeiten bei ambulanter und stationärer psychologischer und psychotherapeutischer Behandlung
- den Ausbau von kassenärztlichen Approbationen für PsychotherapeutInnen, um eine bessere Versorgungslage zu gewährleisten

Immer mehr Flüchtlinge kommen nach Deutschland, um hier Zuflucht zu suchen. Viele von ihnen haben schlimme Dinge erlebt und erleiden in Folge dessen schwere psychische Krankheiten. Aber auch andere ZuwanderInnen haben ebenso psychische Erkrankungen.

Wir fordern daher:

- die psychotherapeutische Behandlung in Deutschland auch in anderen Sprachen zu erleichtern und zu befördern

Viele Gruppen, die die Interessen von Menschen vertreten, die in Folge von sexualisierter Gewalt an psychischen Krankheiten leiden, beklagen nicht nur die zu langen Wartezeiten, die Stigmatisierung und nicht ausreichend zugelassene Therapiemöglichkeiten – um nur einige Probleme aufzuführen – sondern auch das vielen Opfern ihr Recht auf eine Entschädigung nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) nicht zugestanden wird. In der Regel ist eine Inanspruchnahme von Leistungen nach dem OEG mit einem hohen persönlichen Stress, mehreren Gutachten, Zeuginnenaussagen, Berufungen und vor allem mehreren Jahren Zeitaufwand verbunden.

Wir fordern daher:

- eine Reformierung im Umgang mit dem OEG, um den Betroffenen Leistungen, die ihnen zustehen, ohne weitere Schädigung zuzugestehen

Auch in der Ausbildung von TherapeutInnen muss sich Einiges tun. Nach dem Psychologiestudium müssen die AbsolventInnen noch in drei Jahren Vollzeit bzw. fünf Jahren Teilzeit eine therapeutische Ausbildung mit Praxisteil durchlaufen. Diese haben die PsychotherapeutInnen in Ausbildung (PIAS) selbst zu tragen. Wir Jusos lehnen ab, dass Menschen für ihre eigene Ausbildung aufkommen müssen.

Wir fordern daher:

- eine für die PIAS kostenneutrale Ausbildung
- für ihre Arbeit sind sie angemessen zu entlohnen und nicht wie in der Vergangenheit oft als völlig unterfinanzierte PraktikantInnen als billige Arbeitskräfte auszunutzen

Die Jusos Niedersachsen fordern einen für alle Betroffenen schnellen und niedrighschwelligem Zugang zu psychotherapeutischer Behandlung - sowohl ambulant als auch stationär. Psychische Krankheiten

sollten in ihrer Behandlung den physischen Leiden nicht nachstehen. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, die Menschen unterstützt und nicht stigmatisiert. Menschen mit psychischen Erkrankungen sollten in ihrem Weg bestärkt werden und nicht Angst vor Ausgrenzung fürchten müssen. Wir brauchen ein gesellschaftliches Umdenken und den Ausbau und die Unterstützung des gesamten Sektors rund um psychische Erkrankungen.

Angenommen und weitergeleitet an den SPD-Landesparteitag

Soz11 Abschaffung familienpolitischer Transferleistungen

Die Jusos fordern, die familienpolitischen Transferleistungen des Bundes zu prüfen und nur solche beizubehalten die erwiesenermaßen im Rahmen einer modernen Familienpolitik sinnvoll ist.

Die hierdurch frei werdenden finanziellen Mittel sind den Ländern und Kommunen zu strukturellen und umfassenden Förderung von Kindern und Familien insbesondere durch kostenlose Kinderbetreuung und einen völlig kostenlosen Schulbesuch inklusive der Ausstattung mit notwendigem Schul- und Lernmaterial zur Verfügung zu stellen.

Sofern der Wegfall der staatlichen Transferleistung(en) zu einer Hilfebedürftigkeit im sozialrechtlichen Sinne bei bisherigen EmpfängerInnen führen würde, sind die Leistungen im Einzelfall nach den aufzuhebenden Rechtsvorschriften weiter zu gewähren. Hierbei sind Einsparungen durch kostenfreie Kinderbetreuung zu berücksichtigen.

Angenommen

Soz12 Öffnung der Ehe für homosexuelle Menschen

Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich die Ehe für alle zu öffnen. Sie wird als Verbindung zweier Menschen, die Verantwortung füreinander übernehmen und füreinander eintreten, definiert, und nicht als Verbindung, die nur Mann und Frau eingehen können.

Nicht behandelt

S1 Rundfunkgebühr

Seit dem 01.01.2012 gilt die allgemeine Rundfunkgebühr. SchülerInnen, Auszubildende und Studierende, die bislang BAföG-berechtigt waren, sind von dieser befreit. Diese Befreiung gilt zugleich auch für verschiedene andere Gruppen.

Für nicht BAföG-berechtigte SchülerInnen, Auszubildende und Studierende (ca. 70%) ist dies nicht der Fall.

Die durchschnittliche Finanzierung durch die Eltern liegt bei den nicht BAföG-berechtigten bei durchschnittlich 476 Euro.

Gegenüber den befreiten Gruppen, ist dies eine unfaire und ungleiche Behandlung. Durch die entstehende, finanzielle Mehrbelastung schränkt es den Lernerfolg der SchülerInnen, Auszubildende und Studierende ein.

Deshalb fordern wir SchülerInnen, Auszubildenden und Studierende von der Rundfunkgebühr zu befreien.

Nicht behandelt

S2 Haftpflichtversicherung als Pflichtversicherung

In Deutschland hat jeder dritte Haushalt keine private Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Das kann im Ernstfall negative Folgen haben.

Daher machen wir Jusos uns für die Bekämpfung dieses Problems stark.

Konkret fordern wir, dass jeder Mensch zukünftig verpflichtet ist, eine Haftpflichtversicherung abzuschließen. Besondere Lasten bei Empfänger*innen von Transferleistungen sind zu kompensieren und im Besonderen sozialschwache Menschen abzusichern vor unvorhergesehenen Schädigungen.

Nicht behandelt

S3 Abschaffung Sommerzeit

Die Bundestagsfraktion, die MdEP sowie der Parteivorstand beauftragt werden, sich für die Abschaffung der Sommerzeit einzusetzen. Die Sommerzeit sollte die veränderten Lichtverhältnisse im Sommer besser ausnutzen und so zu Energieeinsparungen führen. Dieses Ziel wurde nie erreicht, folglich ist die Begründung für die zweimalig jährlich durchzuführende Zeitumstellung nicht gegeben. Daher ist die Sommerzeit als unwirksame Energiesparmaßnahme abzuschaffen.

Nicht behandelt

S4 Kinder- und Jugendbeteiligung überregional stärken

Dieser Beschluss ist Resultat der Arbeit der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Unterbezirk Braunschweig seit Sommer 2010. Ab diesem Zeitpunkt haben wir uns im Rahmen der Erarbeitung unseres Kommunalmanifestes auch mit dem Thema Kinder- und Jugendbeteiligung beschäftigt. Seither haben sich unsere Ansichten stets weiterentwickelt. So konnten wir unter anderem durch die gemeinsame Zusammenarbeit mit der SPD-Ratsfraktion im Jahr 2011 und eines Diskussionsprozesses mit dem jugendpolitischen Sprecher der SPD Bundestagsfraktion, Sönke Rix MdB, im Jahr 2012 einige neue Aspekte in diesem Themengebiet aufgreifen. In weiteren Diskussionen mit anderen Juso-Unterbezirken im Bezirk Braunschweig konnten wir so die großstädtischen Möglichkeiten mit Grenzen in ländlichen Räumen und deren Überwindung in Einklang bringen. Damit dient dieser Beschluss nicht nur für die Stadt, sondern als Grundlage für die gesamte Großraumregion Braunschweig.

2. Ausgangslage

Möglichkeiten zur Kinder- und Jugendbeteiligung sind kein Luxus, sondern sie sind die Grundlage zur Schaffung und Aufrechterhaltung einer demokratischen Gesellschaft, wobei dabei nicht zwingend die Aufrechterhaltung einer parlamentarischen Demokratie gemeint ist. Ein wichtiger Bestandteil dazu ist vor allem das Lernen des demokratischen Verhaltens für junge Menschen.

Partizipation bedeutet Mitentscheidung über die eigenen Lebensbedingungen. Über die Verbesserung der Lebensbedingungen von Personengruppen zu sprechen und diese umzusetzen, ohne diese Gruppen mit einzubeziehen, ist ein fundamental falscher Ansatz. Aus diesem Grund können positive Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche nur mit ihrer Beteiligung realisiert werden.

Beteiligungsmöglichkeiten haben einen bildungspolitischen Charakter. Neben dem bereits angesprochenen Lernen eines demokratischen Verhaltens und den damit in Zusammenhang stehenden demokratischen Prozessen - auch jenseits des etablierten politischen Systems - ist eben das Hinterfragen der bestehenden Gesellschafts- und Herrschaftsstrukturen Aufgabe der „Demokratieerziehung“ für junge Menschen. Damit ist nicht nur die Beschäftigung mit unserem politischen System sondern vor allem die Bewusstseinsbildung über die Eigentums- und Machtverhältnisse in unserer Gesellschaft gemeint. Eine korrekte Umsetzung des Bewusstseinswerdens von noch unbegriffenen Mächten dient auch einer Politisierung und Aufklärung der Jugend und damit auch langfristig der gesamten Gesellschaft. Sie ist letztlich entscheidend dafür, dass sich die Gesellschaft in einem langen Prozess demokratisch weiterentwickelt und nicht auf dem Status Quo hängen bleibt. Daher darf eine angemessene Förderung der Jugendbeteiligung nicht nur auf eine Form oder einem Gebiet - beispielsweise in der Kommunalpolitik - reduziert werden.

3. Außerverbandliche Beteiligungsformen

In der Kinder- und Jugendbeteiligung lassen sich allgemein vier außerverbandliche Formen und Arten unterscheiden, die hier kurz skizziert werden.

Parlamentarisch / Repräsentativ orientierte Jugendbeteiligung

In vielen Städten und Gemeinden gibt es sogenannte Kinder- und Jugendparlamente. Sie werden in der Regel direkt gewählt. Wahlverfahren und Alterszusammensetzung dieser Parlamente sind jedoch genauso wie die Entscheidungsbefugnis von Ort zu Ort sehr unterschiedlich. Ebenso variiert die Wahlbeteiligung. Als generelle Tendenz lässt sich indes feststellen, dass sie eher höher liegt, wenn die

Wahlverfahren in bzw. von Schulen und SchülerInnenvertretungen (SV) organisiert werden. Kinder- und Jugendparlamente sind vor allem in kleineren und mittelgroßen Städten verbreitet, weniger dagegen in Großstädten. Wegen des großen Einzugsgebietes und Problemen der Überschaubarkeit ergibt hier eher eine Anbindung an die Stadtteil- bzw. Bezirksebene Sinn.

Viele soziologische Untersuchungen haben ergeben, dass sich in diesen Parlamenten überproportional viele Jugendliche aus bürgerlich-akademischen Haushalten befinden. Diese verfolgen häufig bereits eine „politische Karriere“.

Anhörungsorientierte Beteiligungsformen

Hierunter fallen beispielsweise Kinder-Stadtteilversammlungen, Kinder-Sprechstunden, Kinder-Gemeinderatssitzungen oder wie in Braunschweig die alle zwei Jahre stattfindende Jugendkonferenz. Die Kinder oder Jugendlichen einer bestimmten Altersgruppe aus einer Stadt oder einem Stadtteil werden zu bestimmten Terminen eingeladen, um ihre Ideen, Probleme oder Anliegen den Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung vorzutragen. Alle eingeladenen Jugendlichen können teilnehmen, ein Wahlverfahren findet nicht statt. Um die Versammlung besser strukturieren zu können, bitten die Einladenden häufig vorab um die Benennung von Fragen und Themenvorschlägen. Wichtig ist, dass Politik und Verwaltung sich verpflichten und einen geeigneten Weg finden, die Kinder und Jugendlichen nach der Versammlung darüber zu informieren, was aus ihren Vorschlägen geworden ist.

Beauftragten-Modell

Diese Modelle ähneln in Intention und Durchführung in gewisser Weise dem Modell der Anwaltsplanung. Haupt- oder ehrenamtlich tätige Erwachsene treten bei Verwaltungen oder in politischen Entscheidungsgremien für die Interessen von Kindern und Jugendlichen ein. Dies kann in Form sogenannter Kinder- oder Jugendbeauftragter, Kinderanwälte oder Kinderbüros geschehen. Wichtig ist in jedem Fall, dass dies nicht abgehoben oder isoliert von den Kindern und Jugendlichen, sondern ähnlich wie bei der Anwaltsplanung in enger Kooperation mit den Kindern und Jugendlichen geschieht. Dazu sind kindgerechte Formen der Ansprache erforderlich. Ein bekanntes Modell ist der „Till in Düsseldorf“, der von Spielplatz zu Spielplatz und anderen Treffpunkten von Kindern und Jugendlichen geht und sich ihre Sorgen anhört.

Projektorientierte Jugendbeteiligung

Bei projektbezogenen Formen der Beteiligung geht es meistens um ganz konkrete Planungs- und Entscheidungsprozesse. Kinder und Jugendliche erhalten Gelegenheit, ihre Wünsche und Interessen einzubringen. Dies kann zum Beispiel über Zukunftswerkstätten, Workshops, aktivierende Befragungen usw. geschehen. Diese Beteiligungsform geht einen Schritt weiter zum „Beauftragten-Modell“. So erarbeiten Kinder und Jugendliche in gemeinsamer Begleitung mit ehren- oder hauptamtlichen Betreuern nach einem vierteiligen Phasenschema (Kritikphase - Fantasiephase - Umsetzungsphase - Präsentation) kreative Ideen für eine kinderfreundliche und jugendgerechte Gemeinde bzw. Stadtteils und setzen diese unter Beachtung eines begrenzten Budgets um.

Im Gegensatz zur parlamentarisch orientierten Beteiligungsform lässt sich hier beobachten, dass sich vor allem Kinder und Jugendliche an den Projekten beteiligen, die bislang wenig mit Politik anfangen konnten.

4. Innerverbandliche & institutionelle Beteiligungsformen

Neben den vier außerverbandlichen Formen, gibt es noch eine Vielzahl weiterer Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen.

Beteiligung von Jugendverbänden

Die Beteiligung von Jugendverbänden geschieht vornehmlich durch die Jugendringe. Jugendringe sind Zusammenschlüsse der Jugendorganisationen und -verbände in einer Gemeinde, Stadt oder in einem Kreis, um die Vertretung der Interessen von Kindern und Jugendlichen wahrzunehmen. Sie sollen zu allen jugendrelevanten Themen angehört werden und haben Mitgliedschaft bzw. Anhörungsrecht in den Jugendhilfeausschüssen. Ihnen entsprechen auf Länderebene die Landesjugend- und auf Bundesebene der Bundesjugendring.

Bekannte Verbände unter dem Dach des Bundesjugendrings sind unter anderem die DGBJugend, die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken, das Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt sowie christliche Jugendverbände.

Neben den Jugendringen liegt die zweite Säule der Jugendförderung in der Deutschen Sportjugend als Jugendorganisation des Deutschen Olympischen Sportbundes. Ihre Hauptaufgabe ist die Interessen von Kindern und Jugendlichen innerhalb der einzelnen Sportverbände zu vertreten und durch Bildungsarbeit Begegnungen mit ausländischen Sportjugendwerken zu organisieren und somit zur internationalen Verständigung beizutragen.

Parteijugendorganisationen

Viele politische Parteien haben auch eigene oder ihnen nahestehende Jugendorganisationen. Diese sollen einerseits die Interessen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen innerhalb der Partei vertreten, andererseits außerhalb der nahestehenden Mutterpartei für deren Inhalte oder Grundwerte werben - insbesondere in der eigenen Altersgruppe. Außerdem stehen diese Jugendverbände - meistens unter ihrem europäischen und/oder weltweiten Dachverband - zum politischen Austausch mit ihren internationalen Pendanten zur Verfügung.

Finanziert werden die Bundesvorstände der Jugendorganisationen aller im Bundestag vertretenen Parteien (JU, Jusos, JuLis, GJ) mit Ausnahme der Linksjugend [‘solid], aber zusätzlich um die JungdemokratInnen / Junge Linke als parteiunabhängige Organisation vom Ring politischer Jugend (RPJ). In Niedersachsen gibt es durch die Vereinigung politischer Jugend (VPJ), in Braunschweig durch die Arbeitsgemeinschaft politischer Jugend (APJ) ebenfalls öffentliche Fördermittel.

Parlamentswahlen

Für Wahlen zum Deutschen Bundestag, den jeweiligen Landesparlamenten und den kommunalen Vertretungskörperschaften (Kreistag, Rat der Stadt/Stadtrat, Gemeinderat oder Bezirksversammlung) gibt es grundsätzlich für alle deutschen BürgerInnen ab 18 Jahren die Möglichkeit, das aktive und passive Wahlrecht auszuüben. Für Wahlen zum Europäischen Parlament sind alle EU-Bürger ab 18 Jahren wahlberechtigt.

In einigen Ländern ist zu Landtagswahlen oder Wahlen zur Vertretungskörperschaft das Wählen ab 16 Jahren möglich. Für Vertretungskörperschaften gilt teilweise auch das aktive und passive Wahlrecht für EU-Bürger.

Bildungsinstitutionen

Innerhalb von allgemein- und berufsbildenden Schulen werden eigene Vertreter der SchülerInnen durch jene gewählt. Sie vertreten in der Regel unter dem Namen SchülerInnenvertretung (SV) die Interessen ihrer Gruppe gegenüber der Schulleitung. Um die Arbeit aller SVen stärker miteinander zu vernetzen und gegenüber der Gesetzgeber sich stärker Gehör zu verschaffen, gibt es häufig (über-)regionale Zusammenschlüsse der SVen in Form von Bezirksschüler-, Kreis- oder Stadtschülervertretungen sowie einer Landesschülervertretung. Auch an Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland gibt es studentische Vertretungen, die von den Studierenden selbst gewählt werden. Diese Gremien (Fachschaftsräte, Studierendeparlamente bzw. -räte sowie der Allgemeine Studierendenausschuss (Asta)) setzen sich häufig nicht nur für die Interessen von Studierenden, sondern auch für die Situation von Beschäftigten an der Universität bis hin zu weltpolitischen Themen ein, von denen sie selbst nicht betroffen sind und rufen oft zu Demonstrationen auf.

5. Positionen zur überregionalen Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung

Die Diskussionen aus den vergangenen Jahren haben uns gezeigt, dass die vielfältigen Möglichkeiten in der Großraumregion Braunschweig sowie bundesweit stark unterschiedlich genutzt werden. Unsere Forderungen beziehen sich daher nicht nur auf die Stadt Braunschweig.

Schwerpunkt im Außerverbandlichen auf die projektorientierten Jugendbeteiligung

Aufgrund des begrenzten Budgets der öffentlichen Haushalte setzen wir bewusst einen

Schwerpunkt auf die projektorientierte Jugendbeteiligung. In Braunschweig steht dieses Konzept bereits in der Umsetzung. Auch wenn man je nach Kommune individuell erörtern muss, welches Konzept je nach Gemeindestruktur sinnvoll erscheint, werben wir für diese Beteiligungsform, da man durch diese Orientierung - im Gegensatz zum parlamentarischen Modell - viele junge Menschen für ein politisches Engagement gewinnen kann, die bisher nichts mit Politik zu tun hatten oder haben wollten.

Zudem sehen wir Jusos die parlamentarische Demokratie nicht als „alternativlose“ Form oder „letzte“ Entwicklungsstufe der Demokratie an. Durch die Umsetzung einer projektorientierten Kinder- und Jugendbeteiligung wird allen Beteiligten eine alternative Form von demokratischen Entscheidungsprozessen jenseits von Parlamenten nahegebracht.

Fördermittel für Parteijugendverbände für die gesamte Region ausbauen

Die Jugendorganisationen aller Parteien, die im Bundestag, Landtag oder den Vertretungskörperschaften vertreten sind, müssen auch kommunal stärker als bisher gefördert werden. Bislang ist dies momentan nur in Braunschweig der Fall. Wir stehen für eine Ausweitung in weiteren Kommunen des Großraums Braunschweig ein.

Auch wenn der Vorwurf der „verdeckten Parteienfinanzierung“ im Raum steht, muss es den Jugendorganisationen zudem stärker ermöglicht werden, ihre Kosten, die zur politischen Aufklärung der Jugend dienen, finanziert zu bekommen. Beispielsweise müssen eigene Zeitungen oder Flyer im Rahmen des jährlichen Budgets ausgeglichen werden können, auch wenn der Name der Mutterpartei in diesem Zusammenhang vermerkt wird. Wichtig ist aus unserer Sicht, dass die Meinung der eigenen Jugendorganisation im Vordergrund steht.

Wahlrecht ab 16 Jahren unabhängig von Herkunft und Nationalität

Das Wahlrecht ist nicht nur ein Grundrecht sondern auch ein Menschenrecht. Uns ist als Jusos unbegreiflich, warum man jungen Menschen mit 16 Jahren schon einen verantwortungsvollen

Umgang mit alkoholischen Getränken zurechnet und Ihnen auch die Ausweispflicht „aufbürdet“, aber Ihnen für Landtags-, Bundestags- und Europawahlen nicht zutraut, sich mit den Inhalten und den Konsequenzen auseinanderzusetzen. Diese Diskriminierung wird außerdem dadurch entlarvt, dass man mit der Genehmigung der Erziehungsberechtigten mit dem Erreichen des 14. Lebensjahrs bereits Mitglied einer demokratischen Partei sein kann.

Die demokratische Mitgestaltung und Mitbestimmung darf auch nicht von der Herkunft und der Nationalität abhängen. Eine demokratische Gesellschaft hat ganz im Gegenteil die Pflicht Minderheiten zu schützen und ihre Meinung im besonderen Maße zu berücksichtigen. Deshalb fordern wir ein Wahlrecht für alle Einwohner der Bundesrepublik Deutschlands ab 16 Jahren unabhängig der individuellen Nationalität auf allen politischen Ebenen ein.

Mitbestimmung von SchülerInnen und Studierenden stärken

Demokratie endet nicht am Schultor und nicht am Vorlesungssaal. Schule und Hochschule können nur funktionieren, wenn sie den Bedürfnissen der SchülerInnen bzw. der Studierenden gerecht wird. Um dies zu gewährleisten, fordern wir deshalb ein stärkeres Mitbestimmungsrecht der SchülerInnenvertretungen für die Gestaltung des Schulalltags. Außerdem fordern wir, dass die Senate, in denen Studierende Mitspracherecht haben, wieder das höchste beschlussfassende Gremium an Universitäten und Fachhochschulen werden.

Angenommen

S5 Mehr Transparenz innerhalb des Informationskapitalismus

Unternehmen wie Google Inc., die Internetdienstleistungen in Form von Suchmaschinen anbieten, müssen im Rahmen einer digitalen Agenda verpflichtet werden, offenzulegen, nach welchen Kriterien die jeweilige Suchmaschine die Treffer sortiert und in welchem Umfang ihre Datenerhebung verläuft. Zum Schutz des Individuums muss die Auswertung transparenter erfolgen.

Nicht behandelt

S6 Befreiung von Menschen mit Behinderung vom ARD/ZDF Beitragsservice

Wir fordern, dass Menschen mit Behinderung, gerade weil sie solidarisch ihre Rundfunkgebühren zahlen, stärker als bisher mit Angeboten bei den öffentlich rechtlichen Medienanstalten angesprochen werden. Hier muss wieder ein Nachteilsausgleich geschaffen werden um Menschen mit Behinderung zu entlasten und den Empfängern des Beitrages die Motivation schaffen soll die Barrierefreiheit des Öffentlich-rechtlichen Fernsehens um ein vielfaches zu erhöhen. Vorstellbar ist ein Ausbau von Informationssender auf Phoenix mit DolmetscherIn der Deutschen Gebärdensprache als auch der Ausbau von Hörfilmen.

Angenommen

U1 Landwirtschaftspolitik überdenken

Landwirtschaftspolitik überdenken

In Niedersachsen ist der landwirtschaftliche Sektor nicht nur ein großer Arbeitgeber, sondern auch ein sehr wichtiger Sektor unserer Wirtschaft. Diesen zu gestalten, gibt uns die Chance ökologischer, nachhaltiger, gerechter und sozialer mit unserer Welt um zu gehen. Deshalb 5 müssen die Jusos Niedersachsen sich eine klare Ausrichtung in diesem Themenbereich geben. Der neue Juso Landesvorstand wird daher beauftragt unter Berücksichtigung von Ergebnissen aus Seminarinhalten diese weiter auszuarbeiten und in präzisierter Fassung in die Landes SPD und damit auch in die aktuelle Landes- und Regierungspolitik zu bringen. Dabei sollen vor allem die Mittel und Instrumente zur Zielerreichung, die adressierten und möglichen umsetzenden Ebenen erarbeitet werden, sowie eine tiefgehende Auseinandersetzung mit kritischen Größen bei Monokultisierung und landwirtschaftlichen Betrieben. Über die Resultate wird der nächsten LaKo Bericht erstattet.

Tierhaltung

Niedersachsen ist das Land der Legehennen, Putenhöfen und Schweinemastbetrieben, daher ist es wichtig sich mit den Tierhaltungspraktiken zu beschäftigen. Diese Tiere sind empfindsame und soziale Lebewesen, dies muss vom Menschen anerkannt werden und in den Diskussionen um Tierhaltung berücksichtigt werden. Wie sehr die industrielle Tierhaltung diese Leben beeinflusst, kann über die Massentierhaltung in den Ställen und Käfigen hinaus beobachtet werden. Es wird Leben unterteilt in verwertbares und nicht-verwertbares Leben. Dazu zählt neben der Zucht von möglichst profitablen Tieren auch die Aussortierung von Tieren. Dabei kommt es zu Qualzuchten, wie zum Beispiel bei Milchkühen, deren Euter schmerzhaftes Volumen erreichen sollen, sowie zur massenhaften Abstufung von Tieren zu Müll, wie bei männlichen Kühen in der Legehennenzucht. Diese Zuchtmethoden müssen beendet werden.

Pflanzenbau und Naturschutz

Agrarpolitik ist immerzu auch Umweltpolitik. Durch das Entstehen von Monokulturen für die Gewinnung von Energiepflanzen oder Futtererzeugung für die Massentierhaltung, entstehen große Schäden an Natur und Umwelt. Durch die Monokulturen werden dem Boden einzelne Nährstoffe im großen Maße entzogen und die eingeschränkte Pflanzenvielfalt wirkt sich negativ auf die Biodiversität aus. Dadurch steigt der Düngerbedarf auf den Feldern, das Bienensterben wird vorangetrieben und für Wildtiere entsteht ein Nahrungsangebot, welches deren Population in die Höhe treibt. Durch die Überbewirtschaftung von Ackerflächen kommt es zu Bodenerosion und somit zum Verlust von nutzbarem Land. Der steigende Düngerbedarf und das übermäßige Ausbringen von Gülle aus der Tierhaltung verunreinigen zunehmend das Grundwasser. Somit entstehen auf weite Sicht nicht nur Schäden für die LandwirtInnen selbst, sondern auch insbesondere für die Allgemeinheit. In Bezug auf das Trinkwasser müssen die kommunalen Wasserwerke zunehmend hohe Investitionen tätigen um das Grundwasser filtern zu können. Von daher ist es nötig eine neue Ausrichtung in der Bewirtschaftung von Ackerland voranzutreiben. Die Unterstützung von Biolandbau reicht dabei nicht aus, da dieser auf Düngemittel wie der Gülle zurückgreift. Es ist daher auch nötig eine Förderung von bioveganer Landwirtschaft einzurichten, da dabei insbesondere auf die Durchmischung von Pflanzen gesetzt wird um den Nährstoffhaushalt des Bodens ohne künstlichen und tierischen Dünger zu optimieren. Es bedarf neben der Förderung von Alternativen allerdings auch einer Regulierung von bisherigen Methoden um effektiv eine Agrarwende zu vollziehen.

Förderpraxis

Die aktuellen milliardensubventionen in der Agrarpolitik und den angegliederten Verarbeitungsbranchen tragen maßgeblich zu den Problemen der Landwirtschaft bei. Durch die staatliche Förderung wird der politisch gewollte Export von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vorangetrieben. Durch die Exporte werden Märkte in Entwicklungs- und Schwellenländern mit billigen Produkten aus Deutschland und ganz Europa überschwemmt. Dies hat zur Folge, dass die lokal produzierten Güter nicht konkurrenzfähig sind. Aus dem Verfall von Preisen auf den lokalen Märkten resultiert schließlich ein Rückgang der eigenen Produktion und es entsteht somit eine einhergehende Abhängigkeit von Importen. Neben der Exportförderung sorgen die Subventionen auch für künstlich niedrig gehaltene Lebensmittelpreise auf dem deutschen Markt. Zur Sicherung vom Lebensunterhalt der KonsumentInnen ist diese Regulierung allerdings häufig nicht nötig. Statt einer ausgewogenen Ernährung wird dadurch eine konsumorientierte Ernährung gefördert, die im Speziellen in einen Überkonsum von tierischen Produkten resultiert. Für die landwirtschaftlichen Betriebe ist die Subventionierung eng mit der Preisregulierung verbunden und versetzt diese in ein Abhängigkeitsverhältnis. Ohne die massive Subventionierung könnten die LandwirtInnen höhere Preise für ihre angebotenen Produkte erzielen und unabhängiger werden. Die flächenbezogene Mittelzuweisung fördern die wirtschaftlich gut dastehenden Großbetriebe und Agrarkonzerne und unterstützen damit den Konkurrenzdruck für kleine bäuerliche Betrieben. Eine solche Subventionierung sicher nicht die Versorgung der Bevölkerung, sondern die Kapitalakkumulation der UnternehmerInnen.

Die Förderpraxis muss daher überarbeitet werden und statt auf Export und Billigproduktion zu zielen, müsste sie verstärkt auf ökologische und nachhaltige Kriterien ausgerichtet sein. Zuwendungen an Großbetriebe müssen darüber hinaus begrenzt werden und durch eine Förderung von Klein- und Kleinstbetrieben die bäuerliche Landwirtschaft vorangetrieben werden.

Angenommen

U2 Schutz der Bienen

Die Landeskonferenz fordert die Bundestagsfraktion und den niedersächsische Landtagsfraktion auf:

- Sofortige Reduzierung, per Verordnung, des Einsatzes von Insektiziden, Herbiziden und Pestiziden

Wir erachten es für Sinnvoll eine Sperrstunde für Bienen von 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr einzurichten. Es sollte ein Nachtflugverbot von Bienen gleichkommen um die Problematik zu umgehen, dass die Bienen Pestiziden ausgesetzt werden könnten. Weiterhin erachten wir es als sinnvoll eine Bienenmaut einzuführen, da die Kosten der Instandhaltung der Infrastruktur gedeckt werden müssen. Um eine Bemessungsgrundlage zu bekommen sollten die BienenkönigInnen dazu angehalten werden Statistische Einwohnermeldedaten abzuführen.

Angenommen und zur Kenntnisnahme an die SPD-Landtagsfraktion und SPD-Bundestagsfraktion weitergeleitet

U3 Fischbestände

Fischbestände schützen – durch Kennzeichnung Klarheit schaffen

Wir fordern, dass auf Produkten, die Bestandteile aus Fisch enthalten, neben der Handelsbezeichnung der Art, der Produktionsmethode und dem Fanggebiet auch das subfanggebiet (Einteilung von Fischgebieten), die Fangmethode und ein Code zur transparenten, vollständigen Rückverfolgung bis zum Fang/zur Ernte über alle Verarbeitungsstufen für den Verbraucher angegeben werden müssen.

Nicht behandelt

U4 Uns und der Welt geht der Phosphor aus

Die Bundes- und Landesregierung sollte ein Masterplan in der Landwirtschaft- und in der Umweltpolitik umsetzen, indem man die Forschung und Technologie der Rückgewinnung von Phosphor fördert. Dazu gehört die Reduzierung des Einsatzes von Phosphor in der Landwirtschaft und im privaten Bereich.

Nicht behandelt

U5 Förderung erneuerbarer Energien

Die Jusos setzen sich in der Energiepolitik für Fortschrittlichkeit und die Förderung erneuerbarer Energien ein.

Eine Deckelung des Anteils erneuerbarer Energien an der Gesamt-Stromversorgung nach oben hin wird daher abgelehnt.

Angenommen

U6 Wildtiere raus aus dem Zirkus

In 16 europäischen Ländern, darunter Österreich und Griechenland, wurde bereits die Haltung aller oder bestimmter Wildtiere im Zirkus verboten. Es ist nun an der Zeit, dass dies auch in Deutschland passiert.

Die Jusos Niedersachsen sprechen sich deutlich gegen die Haltung von Wildtieren in Zirkussen aus. Kein Tier soll für unsere Unterhaltung leiden müssen. Da Wildtiere in einer Gefangenschaft, wie der im Zirkus, nicht ansatzweise artgerecht gehalten werden können, muss die Bundesregierung endlich ein Verbot diesbezüglich erlassen.

Angenommen

U7 Biosprit

Die Jusos setzen sich auf europapolitischer Ebene für den Erhalt der Kraftstoffqualitätsrichtlinie ein, um auf diese Art und Weise dem Markt für Kraftstoffe aus alternativen Rohstoffen die Tür zu öffnen.

Nicht behandelt

U8 Ablehnung von Fracking

Antrag der Jusos Nord-Niedersachsen an die Jusos Niedersachsen und die SPD Niedersachsen zur Ablehnung von Fracking mit umweltgefährdenden chemischen Zusätzen zur unkonventionellen Erdgasförderung:

1. Die Jusos lehnen die unkonventionelle Förderung von Erdgas mit chemischen Zusätzen durch das sogenannte „Fracking“ ab.
2. Das Land Niedersachsen soll für diesen Zweck keine Grundstücke zur Verfügung stellen, soweit dies rechtlich zulässig ist.
3. Die Jusos bitten die Jusos Niedersachsen und die SPD Niedersachsen, unverzüglich die politischen Gremien zu informieren, wenn ihnen Informationen über geplante Explorationen vorliegen. Die Informationsbitte gilt auch für die Kenntnisnahme von Verpressungen von Lagerstättenwasser im Land Niedersachsen.

Deshalb fordern wir:

- Die Aussetzung von Fracking-Maßnahmen in ganz Niedersachsen, bis eine Technik entwickelt worden ist, die eine Förderung von Erdgas durch Fracking gänzlich ohne Einsatz von gesundheitsgefährdenden und umweltschädigenden Stoffen zulässt.

- Vor dem Hintergrund der angekündigten Entwicklung einer Technik zur Behandlung von Lagerstättenwasser erwarten wir, anfallendes Lagerstättenwasser aus schon vorhandenen Erdgasförderstätten vor der Verpressung der vor Ort entstandenen Abwässer mit dieser Technik zu behandeln, um eine Gefährdung des Grundwassers und des Bodens auszuschließen.
- Nachdem nunmehr die Ergebnisse der vom Bundesumweltministerium und dem Land NRW in Auftrag gegebenen Gutachten vorliegen, ist eine neue Beurteilung der gesamten Fördertechnik und der damit einhergehenden Gefahren notwendig.
- Genehmigungsverfahren zu Explorationen, Bohrmaßnahmen, Durchführung von Fracking-Maßnahmen und dem Fördern von Gas (also Erlaubnisverfahren zur Bergbauberechtigung sowie Bewilligungsverfahren für Betriebspläne) sind unter Beteiligung der betroffenen Gemeinden als Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit durch BürgerInnenbeteiligung zu gewährleisten.
- Umweltverträglichkeitsprüfungen werden Voraussetzung für alle Genehmigungsverfahren, die eine Gasförderung als Ziel haben.
- Explorationen und Bohrungen zur Förderung von Gas in Wassereinzugs- und Wassergewinnungsgebieten der Grund- und Trinkwasserversorgung und in deren angrenzenden Gebieten mit Grundwasserzustrom sowie in Natur- und Landschaftsschutzgebieten sind nicht zulässig. Diese Forderungen sind im Bundesbergrecht und Umweltrecht aufzunehmen.
- Die Landesregierung wird aufgefordert, die Öffentlichkeit frühzeitig über Anträge zur Exploration sowie zur Erdgasförderung und den damit verbundenen Maßnahmen zu informieren und die Träger öffentlicher Belange sowie die BürgerInnen unmittelbar nach Antragstellung umfassend zu unterrichten.
- Wir unterstützen die Bestrebungen, das Bergrecht zu novellieren.
- Wir fordern die Beweislastumkehr für Schäden. Danach ist vom jeweiligen Gasförderunternehmen nachzuweisen, dass aufgetretene Schäden der Umwelt, im Grund und Boden oder am Eigentum nicht ursächlich in der Gasförderung und den damit verbundenen Maßnahmen einschließlich des Betriebens von Lagerstättenwasserleitungen und des Verpressens von Flow-Back in der Region liegen. Die Gasförderunternehmen müssen sich dafür versicherungsrechtlich absichern oder entsprechende Kauttionen für eventuell auftretende Schäden hinterlegen.
- Ebenso fordern wir Monitoring-Messstellen, die eine Hebung oder Senkung des Geländeniveaus dokumentieren, seismisches Monitoring sowie ein generelles Grundwassermonitoring aller Erdgasbohrungen in der Region. Die grundwasserführenden Schichten sind regelmäßig zu überprüfen und zu beproben, um eine Verunreinigung kurzfristig feststellen und gegebenenfalls geeignete Sicherungsmaßnahmen durchführen zu können.

Angenommen und weitergeleitet an den SPD-Landesparteitag und zur Kenntnisnahme an die SPD-Landtagsfraktion

U9 Einführung eines Umweltgesetzbuchs (UGB) – der Grundstein für ein praktikables und ganzheitliches Umweltrecht

Die Regierungskoalition und die SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen sollen sich dafür einsetzen, dass umweltrechtliche Kodifizierungen in einem bundeseinheitlichen Umweltgesetzbuch (UGB) zusammengefasst werden.

Nicht behandelt

U10 Abschaffung der Kastenstände und Kettenhaltung in der Tierzucht

Wir fordern die SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen Kastenstände in der Tierzucht sowie die Kettenhaltung in der Rinderzucht gesetzlich zu verbieten.

Nicht behandelt

U11 Energiewende unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten weiterentwickeln

Das Erreichen eines neuen Zeitalters der Energieerzeugung bleibt eine zentrale Herausforderung für die Politik der nächsten Jahrzehnte. Die Umsetzung der Energiewende muss seitens der Jusos kontinuierlich kritisch begleitet und politische Akzente gesetzt werden. Die vorhandene Gesetzgebung der Energiepolitik muss neuen Gegebenheiten angepasst und weiterentwickelt werden. Hierbei müssen ökologische und soziale Aspekte wieder stärker im Mittelpunkt stehen als dies gegenwärtig der Fall ist.

Die Kernpunkte unserer Forderungen definieren wir wie folgt:

- Der Ausbau und die Entwicklung erneuerbarer Energieformen sind weiterhin angemessen von staatlicher Seite zu fördern. Jede weitere Reduktion der EEG-Umlage (EEG: Erneuerbares Energie Gesetz) ist jeweils gründlich zu prüfen. Dabei ist abzuwägen ob die Mittel daraus nicht besser in geeignete Investitionsmaßnahmen für Klein- und Privaterzeuger sowie Projekte in öffentlicher Trägerschaft anzulegen sind, um eine gesunde Balance im Mix der Energieerzeuger erlangen und die Abhängigkeit von den großen Energieversorgern zu verringern. Bei Ausgaben für Forschung und Entwicklung ist ein eindeutiger Fokus auf die Entwicklung der regenerativen Energien zu legen. Ausgaben für Forschung auf dem Gebiet fossiler Energien sowie Kernenergie

werden dagegen zurückgefahren und auf die Betreiber der jeweiligen Kraftwerksarten verlagert.

- Die effizientere Nutzung von Energie erfordert auch einen bewussteren Umgang mit dieser. Ausnahmen für energieintensive Betriebe von der EEG-Umlage werden überprüft und eingeschränkt, damit private Verbraucher nicht über Maß belastet werden und sich für gewerbliche ein zusätzlicher Anreiz zum Einsatz energiesparender Technologien bietet.
- Der beschlossene Ausstieg aus der Kernkraft sorgt gegenwärtig für einen massiven Anstieg des Anteils der fossilen Brennstoffe am Energiemix. Bei eher mäßiger Entwicklung der regenerativen Energien führt dies jedoch zwangsläufig zu einem Anstieg des CO₂ Ausstoßes. Die Kraftwerksentwicklung muss daher einer engeren staatlichen Kontrolle unterliegen. Auf der einen Seite soll die Erschließung von Offshore-Windkraft Anlagenzügig erfolgen, um neue Kapazitäten im Bereich der erneuerbaren Energien zu schaffen. Auf der anderen Seite sind für bestehende Anlagen, die auf fossilen Brennstoffträgern basieren, Zeitpläne für geeignete Modernisierungsmaßnahmen zu entwickeln. Der Fortschritt im Ausbau von Kraftwerken gerade in Bezug auf eine Reduktion des CO₂ Ausstoßes ist angemessen festzuhalten und muss der Öffentlichkeit in regelmäßigen Abständen zugänglich gemacht werden. Auf Nichteinhaltung dieser Entwicklungsvereinbarungen ist mittels Konventionalstrafen und im äußersten Fall auch durch Schließung der jeweiligen Anlagen zu reagieren.
- Die Entwicklung eines modernen Stromnetzes, das die Last für die Energieversorgung zukünftiger Generationen tragen kann und dabei auch den speziellen Charakter eines Mix aus verschiedenen erneuerbaren Energietechniken miteinbezieht, ist zügig voranzubringen. Es muss vermehrt der Dialog mit Anwohnern gesucht werden, um gemeinsame Lösungen zu entwickeln die gegebenenfalls auch von so genannten Megatrassen Abstand nehmen.
- Fragwürdigen Technologien zur Erschließung und Überausbeutung von fossilen Ressourcen, wie dem Fracking, erteilen wir eine klare Absage. Auch eine experimentelle Erprobung dieser Technologie halten wir für nicht gewinnbringend und alle bisherigen Verordnungen sind zurückzunehmen. Damit weitere Genehmigungen in Zukunft nicht erst erteilt werden können, sind die Gesetze dahingehend zu überprüfen und Lücken zu schließen.
- Der Handel mit Emissionszertifikaten hat sich auf Grund verschwindend geringer Kurse überholt. Zu diesem System muss eine Alternative geschaffen werden, mit der gerade die großen Verursacher von CO₂-Ausstößen angemessener an den Kosten des Klimawandels und der Energiewende beteiligt werden. Die gesetzten CO₂ Reduktionsziele sind für uns unumstößlich und eine Nichteinhaltung bzw. Verschiebung kommt für uns nicht in Frage, daher ist ein zügiges Gegensteuern unerlässlich.
- Die Frage nach einer gerechten und sozialverträglichen Verteilung der Kosten für Energie ist eine zentrale Aufgabe linker Politik. Zur besseren Durchsetzung von Verbraucherinteressen wird eine möglichst flächendeckende Abdeckung durch Stadtwerke in kommunaler Trägerschaft angestrebt, die noch mehr als bisher vielfältige Aufgaben erfüllen können. Neben der Grundversorgung zu sozialverträglichen Tarifen können auch die Entwicklung von energiesparenden Wohnformen und geeignete Infrastrukturmaßnahmen, wie dem Einrichten von E-Tankstellen, in den Aufgabenbereich von Stadtwerken fallen.

U12 Bezahlbarer Strom ist wichtig

Strom als Haushaltsenergie ist als Teil der Bedarfe der Unterkunft nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) anzuerkennen und damit nicht mehr in pauschalisierter Form zu gewähren.

Das Zweite Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) ist daher wie folgt zu ändern:

- in § 20 Abs. 1 Satz 1 ist der Teilsatz „Haushaltsenergie ohne die auf die Heizung und Erzeugung von Warmwasser entfallenden Anteile“ zu streichen, sodass er folgend den Wortlaut erhält: „Der Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts umfasst insbesondere Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat sowie persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens.“
- § 22 Abs. 1 Satz 1 ist durch Ergänzung wie folgt zu ändern: „Bedarfe für Unterkunft, Heizung und Haushaltsenergie werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen 13 anerkannt, soweit diese angemessen sind.“
- § 22a Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung (Änderung kursiv): „Die Länder können die Kreise und kreisfreien Städte durch Gesetz ermächtigen oder verpflichten, durch Satzung zu bestimmen, in welcher Höhe Aufwendungen für Unterkunft, Heizung und Haushaltsenergie in ihrem Gebiet angemessen sind.“
- § 22 Abs. 3 Satz 1 ist wie folgt abzuändern (Änderungen kursiv): „Die Bestimmung der angemessenen Aufwendungen für Unterkunft, Heizung *und Haushaltsenergie* soll die Verhältnisse des einfachen Standards auf dem örtlichen Wohnungsmarkt *und der örtlich verfügbaren Energieversorger* abbilden.“

Die entsprechenden Mehrkosten sind den kommunalen TrägerInnen vom Bund zu erstatten.

Die Höhe des Regelbedarfes ist erst anzupassen, wenn die Differenz aufgrund der Berechnungen zur Regelbedarfshöhe verbraucht ist.

Hierbei ist von den TrägerInnen der Grundsicherung für Arbeitssuchende, insbesondere vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales dafür Sorge zu tragen, dass die anfallende Mehrarbeit durch ausreichend zusätzliches Personal in den Jobcentern kompensiert wird.

V1 Stadt, Land, Fluss - Niedersachsen im verkehrspolitischen Spannungsfeld

Personenbeförderung

In urbanem und ländlichem Raum sind die Erfordernisse an Verkehrsinfrastruktur komplett verschieden. Eine gute sozialdemokratische Verkehrspolitik muss dem Rechnung tragen. Als Prämisse verkehrspolitischer Entscheidungen muss Effizienz gelten. Diese kann nur auf lokalen Gegebenheiten basierend ergründet werden. Generalisiert stellt sich die Situation wie folgt dar. Es existiert, gemessen an der Versorgungsdichte und Taktung, ein starkes Stadt-Land Gefälle. Dieses wird sich weder ökonomisch sinnvoll ausräumen lassen, noch ist es politisch richtig. Zentral ist eher, dass keine Region „abgehängt“ wird.

Verkehrsinfrastrukturpolitik ist Daseinsvorsorge!

Unter dem Aspekt der Daseinsvorsorge muss ein Mindestbedarf definiert sein, deren Mittel zur Erreichung gemessen an den Bedingungen vor Ort bestimmt werden. Als erster Gesichtspunkt dabei muss die soziale Dimension genommen werden, denn Verkehrspolitik ist Sozialpolitik. Mobilität wird sich in Zukunft verteuern. Daher ist das Ziel, einen gerechten Ausbau öffentlicher Straßen- und Schienennetze im Sinne der Reduzierung von Kosten für die VerbraucherInnen zu erreichen. Ein Recht auf Mobilität soll durch eine verbesserte und verursacherInnenorientierte Kostenpolitik erreicht werden.

Demographischer Umbruch

Der demographische Wandel wird Niedersachsen bezogen auf das Thema Infrastruktur vor große Herausforderungen stellen. Die Auswirkungen werden dabei regional sehr unterschiedlich ausfallen. So wird die Bevölkerung im Nord-Westen deutlich steigen und jünger werden. Demgegenüber wird vor allem der Süd-Osten große Teile seiner Bevölkerung verlieren. Insgesamt ist die Bevölkerungszahl in Niedersachsen rückläufig und der Anteil älteren Menschen wird stark zunehmen. Diese Aspekte müssen bei einer auf die Zukunft ausgerichteten Verkehrsinfrastrukturplanung zwingend berücksichtigt werden. Nicht nur die aktuelle Nachfrage muss sich in der Planung widerspiegeln, sondern auch die prognostizierten Entwicklungen. Dabei dürfen auch Themen wie bspw. der Rückbau von Verkehrsinfrastruktur nicht außer Acht gelassen werden. Die Rückbauplanung darf in der Argumentation dabei nicht dem Fehler unterliegen versunkene Kosten argumentativ zu berücksichtigen. Vor allem muss zunächst ebenenübergreifend geprüft werden wo die Infrastruktur des Landes mit der des Landkreises und der der Kommune im Ziel übereinstimmt und ein Einsparen keine negativen Auswirkungen hätte. Beim Rückbau von Straßen könnte zum Beispiel dem bundesweiten Ziel weniger Landschaftsversiegelung vorzunehmen Rechnung getragen werden. Ein Rückbauprogramm ist auch deshalb einzuführen weil die bisherigen Abstufungsprozesse von Straßen zu lange dauern und durch das verkommen lassen das Material der NutzerInnen schädigen.

Inklusion im Verkehr

Gerade weil Mobilität ein zentraler Teil der Daseinsvorsorge ist, muss Sie nicht nur leistbar, sondern von jedem nutzbar sein. Nach dem Leitsatz „nicht die Rampe oder der Fahrstuhl ist das extra, sondern die Treppe“ müssen auch sämtliche kleine Bahnhöfe barrierefrei ausgebaut werden.

Potentiale nutzen – Wahl des Verkehrsträgers nach Stärken

Das Oberziel einer Potentialorientierten Verkehrspolitik besteht in der Verkehrsvermeidung. Zudem muss eine zukunftsorientierte niedersächsische Verkehrspolitik ein geeignetes Engpassmanagement

entwickeln und nachhaltig kontrollieren. Die Frage der Wahl des Verkehrsträgers darf nicht schwarz oder weiß empfunden werden, also z.B. immer Bahn statt Auto, sondern zum Teil in Kombinationen dieser oder anderen Verkehrsträgern. Die Wahl des Verkehrsmittels hängt momentan maßgeblich von dem Wohnort, der Entfernung zum Ziel und den persönlichen Präferenzen der Menschen ab, die sich anhand von Gewohnheiten entwickeln. Beim Wohnort ist zunächst von Bedeutung, ob man urban, oder ländlich wohnt.

Während sich im städtischen Bereich zu viel motorisierter, ineffizient genutzter Individualverkehr bewegt, Fahrräder meist schon eine gute Nutzung haben und ÖPNV zumindest Zentrumsorientiert gut ausgebaut ist und sowohl SPNV, als auch überregionaler Verkehr gut erreichbar sind, ist die Situation im ländlichen Raum eine andere. Der motorisierte Individualverkehr wird auf absehbare Zeit eine essentielle Rolle einnehmen. Fahrradverkehr ist mehr als Freizeitfortbewegungsmittel angesehen und kann sich selbst auf kurzen (Alltags-)Strecken nicht gegen das Auto durchsetzen. Der ÖPNV geht meistens wenig über die Pflichtbeförderung der SchülerInnen hinaus und regionaler SPNV wurde in den „Nuller-Jahren“ stark eingeschränkt, sodass viele Kleinstädte keine Bahnanbindung mehr haben. Überregionale Anbindungen sind nur indirekt über jeweilige urbane Zentren erreichbar.

Mobilitätswüste ländlicher Raum

Dementsprechend viel Handlungsbedarf besteht im ländlichen Raum! ÖPNV muss mehr sein als Schülerbeförderung und somit auch einen anderen Stellenwert bekommen. Taktungen müssen gut sein und einen Anreiz bieten den ÖPNV zu nutzen. Wo noch nicht vorhanden müssen Nacht- und Wochenendbusse zu Regionalzentren eingeführt werden und eine umfassende Fahrplansynchronisierung an Grenzen der Tarif- und Verbundsysteme, vor allem auch an Ländergrenzen geschehen. Das Resultat muss ein ganzheitlicher Niedersachsentakt sein! Ebenfalls bedarf es vielerorts einer deutlichen Tarifsenkung, da gerade diejenigen die am meisten öffentlichen Verkehr benötigen sich diesen nicht finanziell leisten können. Dementsprechend fordern wir die ÖPNV-Träger auf Sozialtickets und Monatstickets einzuführen wo bisher nicht geschehen.

Dementsprechend deutlich muss der Forderung nach infrastruktureller Unterstützung für „Elterntaxis“ eine Absage erteilt werden. Jede Investition in diesen Bereich ist eine entgangene für ÖPNV und zugleich mit einer Privatisierungstendenz einhergehend. Differenzierter ist die Schaffung von BürgerInnenbussen zu sehen. Einerseits fördern sie Ehrenamtlichkeit ermöglichen Mobilität für Personen denen sie sonst nicht zur Verfügung gestanden hätte, sie verleitet aber auch dazu auf ÖPNV Ausbau zu verzichten. Dementsprechend bedarf es einer Regulierung, die dazu führt, dass gut frequentierte BürgerInnenbusse nach einer gewissen Zeit in reguläres ÖPNV Angebot gewandelt werden müssen.

Das Fahrrad muss als Verkehrsträger gestärkt werden. Fahrradwege müssen zwingend an Hauptverkehrsstrecken, auch innerstädtisch und zwischen Kommunen an Land-/Kreisstraßen, mitgeplant und realisiert werden. Ziel hierbei: Eine 25%ige Nutzung des Fahrrads am Gesamtverkehrsstreckenaufkommen.

Um an bestehenden SPNV-Strecken wieder mehr Kommunen anbinden zu können fordern wir Bedarfshaltepunkte und eine netzumfangreiche Elektrifizierung. Im Sinne eines zügigen und effizienten Ablaufes des Verkehrs muss zudem eine komplette Beschränkung realisiert werden. Dazu ist es eine politische Entscheidung, Strecken zu ertüchtigen um damit ein Angebot zu schaffen. Erst wenn das Angebot vorhanden ist, wird es möglich, Verkehrsströme besser zu koordinieren und möglichst auf die

Schiene und regionale Massentransportmittel zu verlagern. Doch Attraktivität ergibt sich auch aus weiteren Nebenbedingungen. Je besser die Fahrt im Zug empfunden wird, desto häufiger wird er genutzt. Da nach wie vor mobiles Internet in Niedersachsen lückenbehaftet und vielerorts langsam ist muss das Land bei zukünftigen Bahnstreckenausschreibungen den Bahngesellschaften die Bereitstellung einer flächendeckenden und kostenfreien W-Lan Internetverbindung für alle Passagiere in den SPNV Zügen vorschreiben.

Dort wo eine Reaktivierung der Anbindung per SPNV nicht durchführbar ist muss ein Alternativenbindungskonzept greifen, das Vergleichbar sein muss. Denkbar wäre die Einführung eines Niedersachsenbusnetzes das kleinere Mittelzentren ohne Bahnanbindung verbindet.

Auch auf den Straßen müssen infrastrukturelle und administrative Maßnahmen ergriffen werden. Straßen die aufgrund von Partikularinteressen bestehen müssen z.B. an Realverbände abgegeben werden. Zudem müssen auf Bundes- und Landstraßen an „abgehängten“ Kommunen gesichert werden, dass der Zugang zu BABs über verkehrstechnische Effizienzsteigerungen verbessert wird. Der Autobahnzugang muss in jedem Landkreis zumindest über eine durchgängig mit Tempo 100 befahrbare Bundesstraße gesichert sein.

Infarktrisiko des Stadtverkehrs

Anders sieht es im städtischen Verkehr aus. Im Abwägungsprinzip der Maßnahmen sprechen wir uns deutlich gegen eine gezielte Verschlechterung der Bedingungen für einzelne Verkehrsträger aus, die aufgrund von politischen Erwägungen getroffen werden, ohne dass damit eine Verbesserung für einen anderen erreicht wird. Dementsprechend sind wir gegen vereinfachte und vermehrte Tempo 30 Einführung im städtischen Hauptstraßenverkehr. Autofreie Innenstädte, mit Ausnahme des reglementierten Lieferverkehrs, müssen als Ziel gelten und ausgeweitet werden. Car Sharing soll in der Durchsetzung befördert werden, z.B. durch Rabatt im ÖPNV-Abo. Ergänzend muss auch hier das Fahrrad einen höheren Stellenwert einnehmen. Freiwerdende Bereiche müssen mit Radschnellstraßen verplant werden. Dabei muss deutlich sein, dass ÖPNV und Fahrrad keine Konkurrenz sind, sondern ihre steigenden Anteile denen des MiV abnehmen müssen.

Mobilität aus einem Guss statt Ticketsalat

Die ideale Kombination von Verkehrsmitteln zu finden um das geplante Ziel zu erreichen ist sehr aufwendig. Neben dem Vergleich von Tarifen und Zeitaufwand bedarf es einer Anwahl verschiedenster Plattformen (Nahverkehrshomepages, Busanbieter, Carsharinganbieter). Dies führt dazu, dass selten der situationsbezogen ideale modal-split genutzt wird, sondern der Einfachheit halber auf das Auto zurückgegriffen wird. Dementsprechend muss eine Plattform für Niedersachsen geschaffen werden, die den idealen Weg ausgibt inclusive, falls notwendig, Verkehrsträgerwechseln und nur einen Buchungsvorgang benötigt. Dieser „integrierte Niedersachsentarif“ soll schnell und barrierearm am besten über APPs nutzbar sein um gefühlte Umstiegshemmungen der Nutzenden zu nehmen.

Politische Steuerung statt Nacheilende Marktlogik

Das klassische Wechselspiel von Angebot und Nachfrage darf nicht die Basis der Entscheidungsfindung für Verkehrsinfrastrukturprojekte sein. Um es plastisch zu sagen: Wenn keine oder wenig Verkehrsmittel nach Punkt X fahren, werden auch keine oder wenig Fahrgäste nutzen können. Es kommt zu noch weniger Nachfrage. Der resultierende Teufelskreis besiegelt den Niedergang ganzer

Landkreise. Wir wollen ein politisch entschiedenes und zeitgemäßes Angebot schaffen um so den Anreiz und die Möglichkeiten zur Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zu realisieren.

Verkehr aus Genderperspektive

Neben dem Unterschied nach örtlichem Zugang besteht auch aus Gleichstellungssicht heraus eine Schere. In wenigen Feldern ist das veraltete und verkrustete Rollenbild so hart wie im Verkehr. Männer haben im Schnitt häufiger Autos zur Verfügung als Frauen, fahren mehr Kilometer und sind weniger Abhängig von Mobilitätsanbietern. Die Schaffung und Erhaltung von einfach erhältlichem und bestmöglichem Modal-split Angebot kann diese Mobilitätsungerechtigkeit ein wenig abschwächen. Wir fordern daher von der Landesregierung einen Bericht inwiefern welche politischen Maßnahmen Geschlechterungleichheit abmildern oder verstärken und ein Konzept welche Maßnahmen das Land zur Schließung der Schere forciert.

Fernbuskandal

Die Aufhebung des Fernbusverbots war in der vorliegenden Form falsch. Sie schwächen mit überproportionalen Wettbewerbsvorteilen den SPNV. Diesem muss Einhalt geboten werden. In Niedersachsen soll an sämtlichen regulären Fernbushaltepunkten ein „Haltegeld“ eingeführt werden. Zudem muss sich Niedersachsen im Bund dafür einsetzen, dass die LKW Maut auf Fernbusse ausgeweitet wird.

Güterbeförderung

xY ungelöst – Die Trasse muss kommen!

Die Y-Trasse ist unabdingbar um die überlasteten Straßen zu entlasten und um eine bessere Vernetzung zu haben. Hannover, Hamburg und Bremen stehen in idealer geographischer Relation. Durch bessere Vernetzung besteht ein enormes Potential. Dabei begrüßen wir deutlich den umfassenden Beteiligungsprozess, der von der jetzigen Landesregierung initiiert wurde. Es muss aber deutlich bleiben, dass die schlussendliche Entscheidungsfindung eine politische ist und auch hier nach der Streckenführung mit der geringsten Belastung für die AnwohnerInnen gegangen werden muss. BürgerInnenbeteiligung geht immer mit der Gefahr einher, dass die mit den meisten Mitteln das stärkste Lobbying für sich betreiben kann. Dies muss verhindert werden!

Egal wie gut der LKW fährt – Züge fahren Güter!

Durchgehender LKW Verkehr stellt einen enormen Anteil des Wochentäglichen Verkehrsaufkommens der Bundesautobahnen dar. Neben einem enormen Unfall- und Sicherheitsrisiko, Schwierigkeiten mit Lenkzeiten durch Staus und weiteren hinderlichen Faktoren, haben viele eigentlich nur als Ziel von einer Grenze Deutschlands zur anderen zu kommen. Niedersachsen ist von diesem Transitverkehr durch A2 und A7 besonders betroffen und muss sich dementsprechend stark im Bund für eine Erhöhung der LKW-Maut einsetzen, deren frei werdende Mittel in den Ausbau und Neubau eigenständiger Gütertrassen investiert werden um die Attraktivität zu steigern an den Grenzen LKW Container auf den Zug umzuladen.

Hafenstrategie

Für alle norddeutschen Bundesländer stellen die Häfen ein großes wirtschaftliches Potential dar. Dementsprechend hoch ist der Konkurrenzdruck. Die damit einhergehende Problematik ist deutlich. Ohne Rücksicht werden sämtliche Häfen ausgebaut und vertieft, starke Eingriffe in die Natur in Kauf

genommen und Überkapazitäten geschaffen, die für Ineffizienz sorgen. Dementsprechend muss Niedersachsen neben den jüngst gestarteten Gesprächen eine Institutionalisierung einer Koordinationsstelle vornehmen, bei der sämtliche betroffenen Bundesländer eine faire Verteilung und Spezialisierung der Häfen ausarbeiten und dafür sorgen, dass die resultierende volkswirtschaftliche Gesamtrechnung das beste Resultat erzielt.

Lärmschutz Kontamination

Güterversorgung geht immer mit negativen externen Effekten einher. Selbstverständlich müssen diese bestmöglich vermieden werden, zum einen lässt sich dies jedoch nicht vollkommen verhindern, zum anderen müssen die Kosten der Vermeidung in einem, der Maßnahme angemessenen, Rahmen sein. Daher muss auch hier das Prinzip minimaler Betroffenheit angewendet werden. Gütertrassen ohne Notwendigkeit durch größere Städte zu führen ist dementsprechend abzulehnen.

Schiene: Absprache International

Der Schienengüterverkehr ist im Gegensatz zum konkreten LKW Aufkommen wesentlich planbarer und von staatlicher Seite her steuerbar. Trotzdem ist Europa ein Flickenteppich. Niedersachsen als Grenzland ist von diesem Flickenteppich Dasein direkt betroffen. Entsprechend muss eine bessere Grenzkoordination geschaffen werden um perspektivisch ein gesamteuropäisches, gemeinsam durchgeplantes, effizientes (Güter-)Netz mit gegenseitiger Einsehbarkeit zu erreichen.

Verkehrsinfrastruktur als Wirtschaftsmotor

Verkehrsinfrastruktur nimmt als Entwicklungspotential eine besondere Rolle in verschiedensten Politikfeldern ein. Arbeits- und Beschäftigungspolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, aber auch Wissenschafts-, sowie Innovationspolitik sind direkt betroffen wenn es um die Zukunft des Verkehrs geht. Verkehrsinfrastruktur zu schaffen und zu erhalten erzeugt Arbeitsplätze von einfachen Hilfstätigkeiten über Handwerkliche Ausbildungsberufe bis hochspezialisierte technische Ingenieurstätigkeiten. Aber auch wenn die Infrastruktur geschaffen ist erfolgen weitere positive Effekte, wie z.B. durch bessere Erreichbarkeit der Arbeitsstellen, Volkswirtschaftliche Potentiale durch Stauminimierung und ähnliches. Hieraus zeigt sich welche Wirtschaftswachstumsketten sich aus diesen Maßnahmen ergeben. Bei kluger Investitionspolitik kommt jeder Euro wieder beim Staat an. Dies ist aber nur der Fall, wenn eine dauerhafte Beschäftigung erfolgt. Dementsprechend müssen Instandhaltungsmaßnahmen immer frühzeitig erfolgen, ohne verschleppt zu werden und zukünftig keine Sanierungsstaus mehr zugelassen werden. Auch im Rückbau steckt Beschäftigungspotential. Zunächst die Maßnahmen selber, aber auch später freiwerdende Ressourcen können zielgerichtet in Beschäftigung umgesetzt werden.

Niedersachsen soll daher auch eine Vorreiterrolle einnehmen die aktuellen Maßnahmen mit Innovativen Konzepten zu füllen. Dafür sollen verstärkt die Universitäten mit ihrem wissenschaftlichen Know How eingebunden werden und Verkehrsinfrastruktur mit der Technik von morgen beleben. Dabei zählt nicht nur die Preisgünstigkeit, sondern potentieller gesellschaftlicher Mehrwert.

Die Forderungen in Kürze:

- Keine Region darf abgehängt werden
- Mobilität muss trotz Teuerung für alle nutzbar sein, eine soziale Preisgestaltung ist Pflicht

- Prognosen ernst nehmen, Rückbauplanungsprogramm auflegen
- Angebote schaffen, statt Nachfrageorientierung
- Inklusion jetzt! Niemand darf von Teilhabe an Mobilität ausgeschlossen sein
- Keine Schwarz-Weiß Förderung der Verkehrsträger, sondern unter Aspekten von Effizienz
- Mobilitätswüste ländlicher Raum „begrünen“
 - o ÖPNV ist mehr als SchülerInnenbeförderung
 - o Einrichtung von Nacht- und Diskobussen zu Regionalzentren
 - o Finanzielle Leistbarkeit der Tickets
 - o Nein zu Elterntaxis
 - o Fahrrad auch im Alltag fördern
 - o SPNV ausweiten und verbessern durch Bedarfshalte, Elektrifizierung und Beschränkung
 - o W-Lan als Bahnstreckenausschreibekriterium
 - o Abgabe von Straßen
 - o Zügigere Anbindung an Fernverkehr durch Verkehrssteuernde Maßnahmen
- Stadtfarkt stoppen
 - o Keine gezielte nutzenfreie Diskriminierung von Verkehrsträgern
 - o Kein erleichtertes Tempo 30
 - o Autofreie Innenstädte realisieren
 - o Car Sharing und Fahrrad nicht als ÖPNV Konkurrenz wahrnehmen
 - o Radschnellstraßen aufbauen
- Geschlechtergerechtigkeit abbauen – Konzeptentwicklung durch die Landesregierung
- Y-Trasse nach belastungsminimierenden Gesichtspunkten
- Güter auf die Schiene
- Lärmimissionen mindern und zwingend in der Planung berücksichtigen
- Gemeinsame Hafenstrategie der Norddeutschen Bundesländer
- Europaweite Kommunikation des Schienen Güterverkehrs
- Verkehrsinfrastruktur als Beschäftigungsmotor wahrnehmen
- Regelmäßige Investition statt aufschieben
- Niedersachsen als Innovationsvorreiter der Verkehrsinfrastruktur

Niedersachsen als Vorreiter in der Bundesverkehrspolitik Niedersachsen kommt als verkehrstechnische Drehscheibe eine Schlüsselrolle zu. Per Straße, Schiene, Luft und Wasser erreichen Güter und Personen das Land oder werden weitergeleitet. Mit dieser Rolle geht ebenso eine Verantwortung einher zu der sich die Jusos klar bekennen.

Der Infrastrukturelle Sanierungsstau muss behoben, die Finanzierung auf solidere Füße gestellt werden und ein langfristiges nachhaltiges Denken einsetzen. Dabei stellt vor allem die Schuldenbremse und das hohe Volumen des Sanierungsstaus das Land Niedersachsen vor starke Probleme. Im Vordergrund muss daher stehen wie dieser Problemlage trotzdem begegnet werden kann.

Finanzierungsspielräume der Bundesverkehrswegeplanung

Bei den Bauprojekten, die für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet werden, haben sich in den letzten Jahren mehr Projekte angehäuft als bearbeitet werden konnten. Dieses sind Projekte, die in den Plan aufgenommen wurden, obwohl die nötigen finanziellen Mittel zur Umsetzung nicht vorhanden sind. Ihre Umsetzung ist nicht so dringend bewertet wie die oberen. Die Anmeldung erfolgte aber für den Fall, dass Gelder durch Verzögerungen bei anderen Projekten übrig sind. Angesichts des Investitionsstaus beim Substanzerhalt fordern wir verbindliche Wege zu finden, wie diese Praxis kurzfristig, bis zur Änderung des Gesamtsystems, verhindert werden kann.

Insgesamt muss bei der Verteilung der Gelder jedoch auf ein neues System umgestellt werden. Ein Teil der Summe muss für Projekte verwendet werden, deren Umsetzung von überregionaler Bedeutung ist und bei deren Realisierung auch der Bund in Eigenverantwortung die Regie führt, der Rest soll per Schlüssel an die Bundesländer verteilt werden. Des Weiteren muss strenger kontrolliert werden, dass die für ein einzelnes Projekt genehmigten Gelder auch genau dort ankommen und nicht beispielweise für Mehrkosten bei anderen Vorhaben verwendet werden.

Vom Bundesverkehrswegeplan zur Verkehrsstrategie 2030

Obwohl das Bundesministerium die mit der Bundesverkehrswegeplanung verbundenen Probleme treffend analysiert hat, werden auch für die kommende Planung die geeigneten Reaktionen ausbleiben. Das Problem ist das Gesamtsystem. Wir fordern eine Verkehrsstrategie 2030 statt 5-Jahres-Plänen, hinter denen jedes Mal zurück geblieben wird. Die Fehlanreize durch Schönrechnen müssen durch neue Verteilungsmodalitäten behoben werden und bundesweit eine Priorisierung von Erhalt vor Neubau eingeführt werden. Außerdem muss ein Verwendungsnachweis erfolgen, der sicherstellt, dass die Teuerungen nicht bei anderen Projekten abgezogen werden, sondern aus dem Haushalt bestritten werden. Zudem muss die Priorisierung deutlichen Vorrang für die Schiene gewähren.

Investitionsstau stoppen

Die Bodewig-Kommission hat herausgearbeitet, dass ein bundesweiter jährlicher Mehrbedarf von 7,5 Milliarden Euro besteht um dem Sanierungsstau und damit einhergehenden höheren Kosten zu begegnen.

Wir sehen es als unabdingbar an dem zu folgen und mehr in die Infrastruktur zu investieren. Deswegen bekennen wir uns zu den Bodewig-Empfehlungen. Wir wollen, gemeinsam mit Bund und Kommunen dafür sorgen, dass der niedersächsische Teil dieses Sanierungsstaus beseitigt wird. Ohne ein sofortiges Handeln stehen die Infrastruktur und die Zukunft des Landes in Gefahr. Zudem steigen Kosten von

Sanierung nicht linear. Das heißt es wird überproportional teurer. Ein weiteres Aufschieben stellt also eine Bereicherung auf Kosten kommender Generationen dar.

Erhalt vor neu

Bei der der Ausstellung des Bundesverkehrswegeplans, den Zureichungen des Landes, aber auch bei Bauprojekten, die in eigener Hoheit der Länder und Kommunen liegen, fordern wir, dass der Substanzerhalt vor Neubauten gehen muss. Beim Erhalt sowohl des Straßen- und Schienennetzes als auch bei Ingenieurbauwerken (Brücken, Schleusen, Tunnel) hat sich ein beträchtlicher Investitionsstau aufgetan. Dieser muss beseitigt werden um einen flüssigen und für alle VerkehrsteilnehmerInnen sicheren Verkehrsablauf zu garantieren.

Preisbremse im Bahnverkehr

Niedersachsen muss die Bundesebene auffordern, sich bei der DB AG für eine Harmonisierung der Preis- und Angebotsstruktur einzusetzen, die zu einer transparenteren und verbraucherInnenfreundlicheren Preisgestaltung führen. Neue Modelle der Preisgestaltung lehnen wir ab und fordern stattdessen eine generellere Attraktivierung der Preise im Regional- und Fernverkehr. Der Bund als alleiniger Inhaber der DB AG muss hier politisch Einfluss nehmen und im Rahmen der Möglichkeiten im Aufsichtsrat agieren. Vor allem ist dies unter dem Gesichtspunkt sozialer Erwägungen zu realisieren und nicht unter der Maßgabe der Gewinnerzielung.

EU-Ausschreibungen beim ÖPNV anprangern

Wie bei der Wasserversorgung muss Mobilität als Teil des Grundrechts in der Daseinsvorsorge verankert werden. Dementsprechend soll die ÖPNV Vergabe nicht europaweit ausgeschrieben werden. Die verpflichtende Tariftreue allein ist nicht hinreichend. Bedingungen guter Arbeit gehen darüber hinaus und werden von zumeist kommunalen Trägern eher eingehalten als von gewinnorientierte Unternehmen. Auch hierfür muss Niedersachsen den Bundesrat nutzen und diesen Erwägungen Rechnung tragen.

Fahrscheinloser ÖPNV

Das Land Niedersachsen muss den Kommunen innovative ÖPNV-Finanzierungsmodelle ermöglichen und genehmigen, die als Leuchtturmprojekte dienen können. Diese sollen zeigen wie Mobilität günstig für alle, auch im Rahmen von SGB II, ermöglicht werden kann. Ein steuer- oder abgabenfinanzierter und daher fahrscheinloser ÖPNV darf nicht vom Land verbaut werden. Zudem werden die Kommunen aufgefordert dahingehende Modelle zu entwickeln.

Verpflichtende Abstimmung bei Infrastrukturmaßnahmen

Im Hinblick auf Effizienz und nachhaltige Behandlung der sanierten Infrastruktur ist es zentral, dass zukünftig die Träger im Vorhinein abstimmen müssen welche Maßnahmen an der betreffenden Stelle in naher Zukunft anfallen um Arbeitsschritte zu sparen. Dies muss regelmäßig vor der Genehmigung von Projekten geschehen.

Es kommt zu häufig vor, dass z.B. frisch sanierte Straßen wieder geöffnet werden um Telekommunikationsinfrastruktur oder Gasversorgung nachzubessern. Es muss geprüft werden inwiefern dies auch in der Raumordnung fest verankert werden kann.

Niedrigzinsphase nutzen

Ein Leben von der Substanz ist schlimmer als eine verdeckte Kreditaufnahme, bzw. führt zu dem gleichen Ergebnis. Wir müssen jetzt die Chance ergreifen, günstig an Geld zu kommen, um in der akuten Lage zu investieren. Die momentan niedrigen Zinsen sorgen dafür, dass die meisten Investitionen niedriger sind, als die Opportunitätskosten einer späteren Maßnahme.

Die Schuldenbremse ist nach wie vor politisch falsch und für eine Nachhaltige und flexible Politik mit Gestaltungsanspruch hinderlich. Dennoch muss man sich jetzt damit arrangieren. Um trotzdem die Möglichkeit zu haben dieser Zwickmühle zu entgehen fordern wir als Investitionsquelle die Einführung einer Infrastruktugesellschaft Niedersachsen. Diese soll die Gelder dritter leicht höher verzinsen als es marktüblich für sichere Anlagen ist und damit die Verkehrsinfrastrukturprojekte finanzieren. Die Durchführung, Planung und Entscheidung über die Projekte muss dabei definitiv beim Land liegen.

Öffentlich-Private Partnerschaft Ablehnen

Dieses Modell hat in der Vergangenheit bei Großprojekten nicht überzeugen können. Bei öffentlich-privater Partnerschaft (ÖPP) sind zukünftig alle Verträge im Vorfeld generell öffentlich zugänglich zu machen und einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Sofern dies nicht gewährleistet ist, wird ÖPP grundsätzlich abgelehnt. Bei der Planung von Infrastrukturprojekten ist institutionell zu prüfen, ob das aktuelle Verfahren der Ausschreibung, Durchführung und Überwachung Effizienz garantiert. Neue Modelle wie Generalunternehmungen sind mit sozialer Ausgestaltung der Verträge denkbare Modelle. Außerdem fordern wir, dass staatliche Projektdurchführungen nicht härterer und kleinteiligerer Regulierung unterstehen als Privat durchgeführte Projekte. Konkret sollen zukünftig Projekte im Kontext definiert werden und eine Baudurchführung in einem Stück ermöglichen, statt aufgeteilt auf viele aneinandergrenzende Projekte. Bestes Beispiel hierfür ist der Autobahnbau (A1 Modell).

keine Privatisierung der Infrastruktur

In dem Zug fordern wir auch eine strikte Absage an Privatisierung von Infrastruktur. Das Abgeben von Infrastruktur senkt nicht nur die Möglichkeit staatliche Verantwortung zu übernehmen, es schafft auch eine nicht notwendige Abhängigkeit von Privaten. Ebenso darf das Land bei der Genehmigungspolitik der kommunalen Haushalte nicht dafür sorgen, dass diesen nahezu kein Ausweg bleibt als zu privatisieren.

Anschaffungspolitik als Mittel der Gestaltung

Der Staat hat eine herausgehobene Verantwortung um Innovation zu Fördern. Durch das Anpassen der staatlichen Beschaffungspolitik kann der Staat alternativen Technologien den Massenmarkt ermöglichen. Dies kann vor allem dazu dienen, alternative Antriebstechnologien für die Flotte des Landes einzusetzen und somit Beiträge zur Emissionsverringerung beizutragen.

Die Forderungen in Kürze:

- Konstruktionsfehler des Bundesverkehrswegeplans nicht Instrumentalisieren
- Weg vom Bundesverkehrswegeplan zur Verkehrsstrategie 2030
- Investitionsstau stoppen – Bodewig Empfehlung erfüllen
- Erhalt vor neu
- Preisbremse für den Bahnverkehr

- Fahrscheinlosen ÖPNV ermöglichen
- Abstimmungspflicht statt maliges Straßen aufreißen
- Niedrigzinsphase nutzen
- Nein zu ÖPP
- Keine Privatisierung von Infrastruktur
- Anschaffungspolitik des Landes als politisches Gestaltungsmittel

Angenommen